

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



29. September 1989
Jg. 10 Nr. 20

G 7756 D

Preis:
2.50 DM

Antifaschismus

**Schwache
DGB-Kritik
an Faschismus
und Reaktion**

Seite 8

Nordwest-Kurdistan

**„Serihildan“ —
Volksaufstand gegen
die Kolonialmacht**

Seite 12

Drogen

**Jagdszenen aus
Hannover
gegen afrikanische
Asylbewerber**

Seite 24

Destabilisierungspolitik

**50. Jahrestag
des sowjetisch-
deutschen
Nichtangriffsvertrages**

Seite 32



Das Interesse an öffentlicher Kinderversorgung wächst. Mit einer Reform des Jugendhilferechts will die Regierung reagieren, ohne irgendwelche Festlegungen über Mindeststandards und Gebührenfreiheit zu treffen.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221 / 21 64 42
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221 / 21 16 58

Inhalt 20/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
Öffentliche Kinderbetreuung: Streit zwischen Union und FDP: Wie die Arbeitskraftreserven mobilisieren?.....	5
Melderecht: Bundesregierung plant Änderung.....	7
Dienstleistungsabend: Stuttgart als Pilotprojekt?.....	7
CDU-Parteitag: Ausländer sozial nicht vollwertig.....	7
Antifaschismus: Schwache DGB-Kritik an Faschismus.....	8
Erste Positionen des DGB zu den Republikanern.....	9
BRD: Aggression gegen die DDR läuft auf Hochtouren.....	10
Internationale Presse: ... der endgültige Sieg des Westens im Kalten Krieg.....	11

Auslandsberichterstattung

Nordwest-Kurdistan: „Serihildan“ — Volksaufstand gegen die Kolonialmacht.....	12
PKK-Generalsekretär Özalp zum PKK-Prozeß in der BRD.....	13
Schweiz: Bundesrat will Frauen-Nacharbeit.....	13
US-„Drogenkrieg“: Mehrzweckwaffe für innen und außen.....	14
USA: Neue Strategien für Lateinamerika.....	14
Norwegen: Die rassistische Bewegung.....	15
Südafrika/Azania: Rassisten planen Reformen gegen schärfere Sanktionen.....	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
SPD-Broschüre aus Bayern verharmlost Republikaner.....	18
Ein kritischer Beitrag zum Chemikaliengesetz.....	18
Schwangerenberatungsgesetz: CDU setzt auf Mitglieder der FDP.....	19
Leistungsverdichtung: Rationalisierung oder Schulung und die Produktivität steigt.....	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
München: DGB und Mieterverein: Mietenstopp und Umwandlungsverbot!.....	22
Siemens AG: Konzernstrukturen neu organisiert.....	22
Kommunalwahlen: Linkes Wahlbündnis kandidiert.....	23
Krankenhauspersonal: Gleiche Rechte für Ausländer.....	23
Drogen: Jagdszenen aus Hannover gegen afrikanische Asylbewerber.....	24
Niedersachsen: Rechtsverschiebung vor der Wahl.....	25
Asbest: Umweltsenatorin fordert Verbot.....	25
Panther-Wellpappenfabriken: Betriebsrat in der Auseinandersetzung um die Einführung des Drucktarifes gebildet.....	26
Forderung für Neufassung der Lohnstruktur liegt vor.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Kommunalwahlen in Essen: DKP: Gegen Konzerne, für Arbeiterinteressen.....	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Justizministerium: „Justiz und Nationalsozialismus“.....	30
Ausländerwahlrecht: Westberliner SPD am schwanken?.....	31
Destabilisierungspolitik: 50. Jahrestag des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages.....	32

Spezialberichte

Beziehungen zur DDR: Niedersachsen ist als Grenzland das Hauptaufmarschgebiet gen Osten.....	36
Ausbau des „Nordstaates“ für Nord- und Ostexpansion.....	38
„Deutsche Frage“: Völkerrechtswidrige Politik. Geraer Forderungen einlösen!.....	39

Lohnsenkungen und mehr Differenzierung

Der Präsident von Gesamtmetall, Stumpfe, hat in einem Brief an den Vorsitzenden der IG Metall, Steinkühler, angeboten, schon jetzt über die Tarifrunde 1990 zu verhandeln. Seine Vorstellungen: Ausweitung der Differenzierung bei den Arbeitszeiten; keine generelle Arbeitszeitverkürzung; „ausgewogene und angemessene“ tarifliche Lohnerhöhungen, um den Beschäftigungsaufbau und die Geldwertstabilität nicht zu gefährden; mögliche Tarifverträge, die eine Qualifikationskomponente enthalten. Der Brief ist auch an die Bezirksleiter der IG Metall geschickt worden. Er soll die

Flexibilisierung inkaufnehmenden Positionen auf. Er plädierte für die Einschränkung der Tarifautonomie, denn in Arbeitszeitfragen müßten sich die Politiker einschalten. Wer die wöchentliche Arbeitszeit weiter verkürze, der versündige sich an den Menschen in Osteuropa, die die Hoffnung hätten, daß das wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Gemeinschaft seine Möglichkeiten ausschöpfe. Dann der indirekte Angriff — so formuliert im Handelsblatt — auf spürbare Lohnerhöhungen: Es habe keinen Sinn, jetzt „nur in Kaufkraft zu machen.“ Vielmehr sei die bevorstehende Tarifrunde „die Stunde der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.“ — (mal)



Gesamtmetall fordert noch mehr Flexibilität. Bild: Flexibles Fertigungssystem bei Ford.

Diskussion auf dem Gewerkschaftstag beeinflussen.

Stumpfe erklärte am 25.9. im Handelsblatt, die Metall-Arbeitgeber wollten mit diesem Angebot einen Beitrag zu einer friedlichen Lösung der Tarifrunde 1990 leisten und den von der IG Metall anvisierten „Großkonflikt“ nach Möglichkeit vermeiden.

Schützenhilfe bekamen die Metall-Kapitalisten nicht unerwartet von Bundeswirtschaftsminister Haussmann. Er bezeichnete auf einem Parteitag der baden-württembergischen FDP es als „hochpolitische Aufgabe“, eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu verhindern. Damit lenkte er zuerst einmal von den anvisierten Lohnsenkungen ab und wertete die Lohnsenkung und weitere

Rundreise von PAC-Delegation

Vom 11. bis 25. November wird eine Rundreise einer Delegation des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) durch die Bundesrepublik und Westberlin stattfinden. Die Delegation wird geführt vom Verantwortlichen des Azanian Trade Union Co-ordinating Centre (ATUCC — Gewerkschafts-Koordinations-Zentrum), Tshepeng Mika, aus Dar-es-Salaam. Das Zentrum ATUCC ist 1983 gegründet worden zur materiellen und finanziellen Unterstützung der azanischen Gewerkschaften im rassistischen Südafrika. Genosse Mika will die Solidaritätsbewegung über den Aufbau und die Kämpfe der azanischen Ge-

werkschaftsbewegung sowie deren Unterstützung des Befreiungskampfes gegen das rassistische Südafrika informieren. Großes Interesse besteht an Kontakten zu gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppen. Bisher sind folgende Termine fest:

12. bis 14.1.: Zwei Veranstaltungen in *Westberlin*

16.11.: Veranstaltung in *Hamburg*

17. bis 22.11.: Termine offen

23.11.: Veranstaltung in *Mannheim*

24.11.: Veranstaltung in *Karlsruhe*

Die Rundreise wird von der Azania-Solidaritätsgruppe Westberlin organisiert. Wer Interesse an der Organisation einer Veranstaltung oder weiteren Informationen hat, wende sich an:

Azania-Solidaritätsgruppe,
c/o Christa Meyer,
Schlesische Straße 35,
1000 Berlin 36,
Tel: 030/6 11 94 52. — (rub)

Erster Abendverkauf am 5.10.

Am 5. Oktober soll der erste Dienstleistungsabend stattfinden. Nach den Streiks und den Tarifabschlüssen im Einzelhandel versuchen Kapitalistenverbände und Bundesregierung, die öffentliche Meinung für den Abendverkauf endgültig sturmreif zu schießen. Ohne Rücksicht auf bestehende Arbeitszeitvereinbarungen und Mitbestimmungsrechte von Personalräten erklärte Regierungssprecher

Klein: Die Bundesbehörden mit Publikumsverkehr öffneten donnerstags bis 20.30 Uhr. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) unterstützt „örtlich aktive Werbegemeinschaften“ und „aktive Einzelhändler“. Auf sie komme es jetzt an, damit der Dienstleistungsabend als Chance genutzt wird. DIHT-Präsident Stihl forderte die Industrie- und Handelskammern auf, für die Abendöffnung zu werben. Nach einer DIHT-Umfrage bei rund 12 000 Einzelhandelsbetrieben wollen ein Drittel donnerstags länger öffnen, ein Drittel nicht, der Rest sei unentschieden. Hohe Beteiligung sei in Mittelzentren, in Fußgängerzonen und Einkaufszentren zu erwarten. Probleme machten hauptsächlich die Unternehmen mit Betriebsrat. Das „Handelsblatt“ meldet, daß die Geschäfte der Innenstadt in München und Stuttgart öffnen, daß über den Abendverkauf Betriebsvereinbarungen mit den Betriebsräten großer Kaufhäuser wie Hertie und Kaufhof abgeschlossen werden konnten. In Westberlin sind bei Hertie und Kadewe solche Verhandlungen gescheitert. Die Betriebsräte wären „stark gewerkschaftlich“. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände rät den Kunden, den ersten „langen Donnerstag“ im Kalender rot anzustreichen. „Der Erfolg des Dienstleistungsabends hänge jetzt vom Bürger ab.“ — (rub)

Bündniskandidaturen in Baden-Württemberg

An sieben Orten sind zu den Kommunalwahlen am 22. Oktober in Baden-Württemberg linke Bündnislisten zugelassen, an denen Mitglieder des BWK beteiligt sind.

In *Stuttgart* haben BWK, DKP, Volksfront, VSP und verschiedene Einzelpersonen im Februar eine Alternative Linke Liste gegründet. Die ALL hat eine Wahlplattform zu verschiedenen kommunalpolitischen Themen beschlossen. Sie tritt für eine antifaschistische Kommunalpolitik ein und nimmt gegen die von den Konzernen diktierte Kommunalpolitik Stellung. Bedauerlich ist, daß aufgrund sektiererischer Positionen insbesondere innerhalb der VSP und der DKP das Angebot der MLPD, ihre schon beschlossene Eigenkandidatur zurückzuziehen und sich an der Liste zu beteiligen, abgelehnt wurde. Es wird deshalb nun zwei linke Kandidaturen in Stuttgart geben.

In *Weinheim* wird eine Bündnisliste mit 9 Kandidaten (40 Plätze wären möglich) antreten, die von DKP, BWK, VSP und Volksfront unterstützt wird. Programmatische Schwerpunkte sind Antifaschismus — in Weinheim kandidieren „Republikaner“ und NPD auf der „Deutschen Liste“ des Faschisten Deckert, der im Gemeinderat sitzt — und Forderungen gegen den Freudenberg-Konzern, der großen Einfluß auf

die Kommune ausübt.

In *Heidelberg* kandidieren Mitglieder des BWK auf einer offenen Liste der DKP, die 19 Leute umfaßt. Sie führt den Wahlkampf unter dem Stichwort „Für eine antifaschistische Kommunalpolitik“.

In *Heilbronn* kandidiert wie schon 1984 die Alternative Linke Liste, die BWK, DKP, MLPD, VSP sowie Leute aus anderen linken Organisationen und Zusammenhängen tragen. Schwerpunkte der Plattform sind Antifaschismus und Forderungen gegen die Interessen von Konzernen und Geschäftswelt.

In *Offenburg* beteiligen sich an einer offenen Liste der DKP, die 10 Leute umfaßt (19 wären möglich), BWK und Volksfront. Schwerpunkt ist der antifaschistische Kampf, Forderungen gegen die kommunalpolitischen Folgen der kapitalistischen Modernisierung und gegen Militärprojekte im Ortenaukreis.

In *Freiburg* kandidiert die Linke Liste/Friedensliste, die von der Friedensliste, DKP, BWK, Volksfront und Leuten aus anderen linken und alternativen Projekten unterstützt wird. Die Friedensliste hatte 1984 einen Sitz im Gemeinderat errungen. Die Liste, sie umfaßt 48 Kandidaten, hat eine Broschüre „Beiträge zum kommunalpolitischen Programm“ veröffentlicht. Schwerpunkte sind Antifaschismus, Ausländerpolitik sowie Arbeit und Wirtschaft. Das Bündnis fordert eine kommunale Wirtschaftsordnung, die sich am Bedarf der Bevölkerung und nicht an Profitinteressen der Kapitalisten orientiert.

In *Konstanz* tritt ebenfalls eine Alternative Linke Liste mit einer kompletten Liste (40 Kandidaten) zu den Wahlen an. Sie hat sich aus der Alternativen Liste entwickelt, die als Bündnis von DKP, BWK, Volksfront und Unorganisierten 1984 kandidiert hatte. Als Kandidaten dazu gekommen sind Leute aus autonomen und feministischen Zusammenhängen; VSP und MLPD unterstützen die Liste. Neben dem antifaschistischen Kampf sind u.a. Forderungen für soziale Ansprüche der Werktätigen, gegen Kapitalistenförderung Bestandteil des Programms. (jüg)



Zwischen den Republikanern und anderen Parteien dieses Spektrums gebe es keine Unterschiede, erklärte Lothar Jachmann, Sprecher der „Bundesfachgruppe Verfassungsschutz in der ÖTV“, auf einer Veranstaltung der DFU Mitte September in Bremen. 144 ehemalige Funktionäre von NPD und DVU sind Mitglieder der Republikaner. Die Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten demonstrierte für deren Ausschuß aus der Gewerkschaft. — (mal)

Aktuell in Bonn

Dienstleistungsabend

Wenige Tage vor dem 5. Oktober, dem ersten Donnerstag, an dem Einzelhandelskapitalisten ihre Geschäfte bis 20.30 Uhr öffnen dürfen, trommelt die Regierung zugunsten der Kapitalisten. Post und Arbeitsämter würden ebenfalls länger geöffnet halten, tönte es aus dem Bundespresseamt und aus dem Wirtschaftsministerium. Eine Umfrage des „Handelsblattes“ ergab Ende September noch Schwierigkeiten. So werden vorerst nur fünf Arbeitsämter bis 20.30 Uhr geöffnet. Das Postministerium erklärte, es liege im Ermessen der Ämter, sprich: der örtlichen Postdirektionen, ob Postämter nach 18 Uhr geöffnet blieben. Da wird die Regierung sicher noch nachsetzen, um der Absicht der Einzelhandelskonzerne, die Arbeit im Einzelhandel in die Nacht auszudehnen, zum Erfolg zu verhelfen.

Städtetag: Wohnungsbau!

Ein Sozialwohnungsbauprogramm der Bundesregierung in Milliardenhöhe hat das Präsidium des Deutschen Städtetages gefordert. In den nächsten Jahren sollten damit jährlich 100 000 Sozialwohnungen gefördert werden, fordert der Städtetag. Dafür müßten jährlich ca. 10 Mrd. DM bereitgestellt werden. Andernfalls drohe ein „nationaler Notstand“ bei der Wohnraumversorgung. Der Städtetag deutet an, daß ein solches Programm auch Steuererhöhungen rechtfertigen könne. Diese Steuererhöhungen sollen

sicherlich nicht die großen Haus- und Grundbesitzer zahlen.

Beamtenversorgung

Am 22. September ging der Gesetzentwurf zur „Anpassung der Beamtenversorgung an die Rentenversicherung“ durch die erste Lesung im Bundesrat. Ein Veto von Bundesländern wird es dazu nicht geben: Allgemeine Einigkeit zwischen den SPD- und den CDU/CSU-geführten Regierungen der Länder. „Vorzeitig“ gewährte Pensionen sollen ab dem Jahr 2002 um jährlich 3,6 Prozent gekürzt werden. Der Bundesrat schlägt hierzu lediglich vor, diese Regelung „schrittweise“ einzuführen.

„Brüder und Schwestern“

Laut Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucksache 11/5110) sollen Aus- und Übersiedler bei ihrer Einreise keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr haben. Stattdessen soll künftig „zur Überbrückung“ zwölf Monate lang ein „Eingliederungsgeld“ gezahlt werden. Das Arbeitslosengeld wird für die Betroffenen bisher nach „geschätztem“ Westeinkommen berechnet. Klar also: Sie sollen weniger bekommen.

Stromtarif

Die Stromrechnungen für Haushalte und Unternehmen werden nach Tarifregeln ausgestellt, die es seit 1933 gibt. Deren erklärtes Ziel war die „Steigerung des Stromabsatzes“. Das paßt schlecht zur allseits beliebten Forderung, Energie und daher Strom sparsam zu verbrauchen. Daher plant die Bundesregierung für Anfang 1990 eine neue Tarifordnung

Elektrizität (BTO Elt), die angeblich „finanzielle Anreize zum Stromsparen“ geben soll. Die Spaltung des Stromtarifs in Grundpreis und Arbeitspreis soll allerdings erhalten bleiben, so daß über einen Sockel hinaus verbrauchte Kilowattstunden doch billiger bleiben. Das bedeutet: Mehr zahlen und sparen sollen die privaten Haushalte, die Unternehmen hingegen können weiterhin begünstigt Strom verbrauchen.

BGS in Namibia

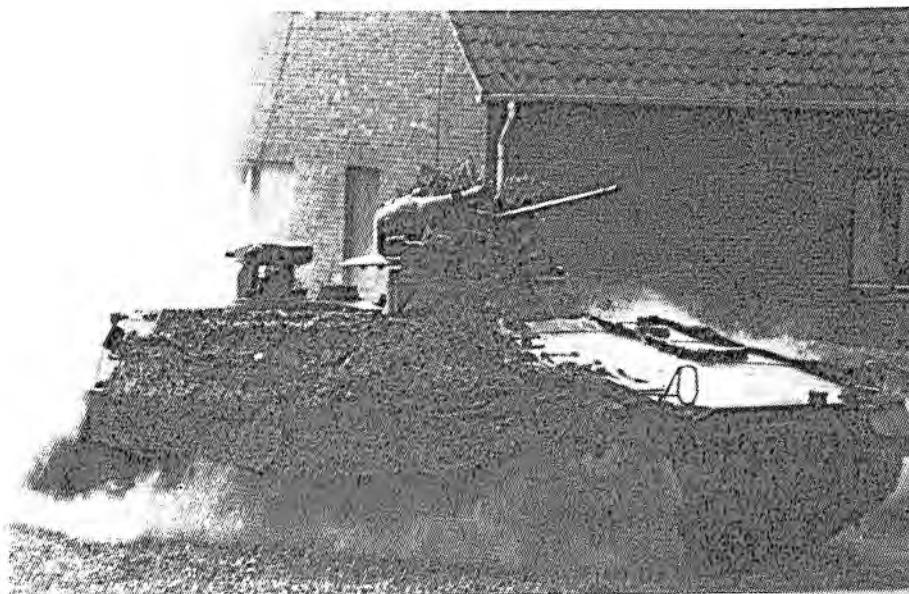
Laut Bundesregierung haben die 50 Bundesgrenzschützer in Namibia (in Windhuk im Gleichschritt marsch marsch vom Flugzeug weg) eine Mission mit „rein zivilem Charakter“. Die Grünen machten bei der Debatte im Innenausschuß verfassungsrechtliche Bedenken geltend, die SPD kritisierte den Zeitpunkt der Reise, die FDP wollte die Entsendung „nicht als Präzedenz-Fall“ verstanden wissen. Doch die CDU/CSU nannte die „deutsche Hilfe vor Ort“ die richtige Schlußfolgerung aus der Geschichte, und notfalls müsse das Grundgesetz eben geändert werden.

Gegen Tarifrechte

FDP-Wirtschaftsminister Haussmann hat die Verhinderung weiterer Arbeitszeitverkürzungen eine „hochpolitische Aufgabe“ genannt. In diesen Fragen dürften „die Funktionäre von Gewerkschaften und Arbeitgebern nicht allein entscheiden“, hier müßten sich die Politiker einschalten. Haussmanns Begründung für diese freche Drohung gegen gewerkschaftliche Rechte: Wer die wöchentliche Arbeitszeit weiter verkürze, versündige sich an den Menschen in Osteuropa, die die Hoffnung hätten, daß das wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Gemeinschaft seine Möglichkeiten „ausschöpfe“. Das wird die Flüchtlinge freuen, daß ihre nunmehr „freie“ Arbeitskraft in Nacht- und Wochenendschichten freiheitlich „ausgeschöpft“ werden soll!

Was kommt demnächst?

Am 28.9. berät der Bundestag u.a. über die Errichtung einer Stiftung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern und über die Wirtschaftsbeziehungen EG-RGW. Blüm gibt eine Regierungserklärung zur Beschäftigungspolitik ab. Am 29.9. berät der Bundestag u.a. über eine Erklärung Stoltenbergs zur Einstellung der Tiefflüge der Bundeswehr in Labrador (Kanada) und zur Verminderung der Tiefflüge in der BRD. Am gleichen Tag beraten die EG-Sozialminister über die geplante EG-Sozialcharta und die Harmonisierung des Kindergelds. Am 30.9. führt die CDU in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Landesparteitage durch. Am Sonntag, den 1./10., finden die Kommunalwahlen in NRW statt.



Das Verteidigungsministerium hat eine Neufassung des Abkommens mit Großbritannien über Militärmanöver in der Lüneburger Heide angekündigt. Das neue Abkommen soll eine vierwöchige Übungspause im Sommer vorsehen (das geltende Abkommen erlaubt Übungen das ganze Jahr über) und eine Begrenzung „militärischer Aktivitäten“ an Wochenenden und Feiertagen „auf das absolut notwendige Minimum“. Sprecher der Bürgerinitiativen gegen die Manöver in der Lüneburger Heide haben das neue Abkommen als „völlig unzureichend“ abgelehnt.

Öffentliche Kinderbetreuung

Streit zwischen Union und FDP: Wie die Arbeitskraftreserven mobilisieren?

Eigentlich wollte die Bundesregierung vergangene Woche eine Reform des Jugendhilfegesetzes vorlegen, mit der die öffentliche Kinderbetreuung verbessert werden soll. Ursprünglich hatte die Familienministerin Lehr vorgesehen gehabt, einen Anspruch auf ganztägige Betreuung für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr ins Gesetz zu schreiben. Dagegen hatte vor allem die niedersächsische Landesregierung protestiert, das sei für die Länder, die die Einrichtungen zu finanzieren hätten, zu teuer. Man einigte sich auf eine nicht zwingende „Soll“-Vorschrift: Anspruch für „alle Kinder, für deren Wohl eine Förderung in Tageseinrichtungen

gen erforderlich ist“. Damit, so Frau Lehr, wäre gewährleistet, „daß beispielsweise Kindern von Alleinerziehenden oder berufstätigen Eltern ausreichend Plätze angeboten werden müssen“. Die konkrete Verwirklichung sollte durch Landesgesetze geregelt werden. Nun hat das FDP-Präsidium Einspruch eingelegt: Die Generalsekretärin, Frau Schmalz-Jacobsen, will einen Rechtsanspruch auf Tageseinrichtungen für alle Drei- bis Sechsjährigen im Gesetz verankern. Einig sind sich Union und FDP, daß noch im Oktober ein Entwurf vorgelegt werden soll, damit noch in dieser Legislaturperiode das Gesetz verabschiedet werden kann.

Das scheint zunächst paradox: Die Liberalen, bekannt als Vorkämpfer für Privatisierung und Beseitigung von Rechtsansprüchen der Lohnabhängigen, sollen auf einmal für die staatliche Garantie von Reproduktionsleistungen eintreten? Vorsicht ist jedoch bei dieser Wirtschaftspartei angebracht: Das Monopolkapital verlangt aus Gründen des Arbeitsmarktes nach einer „Bevölkerungspolitik“ ...

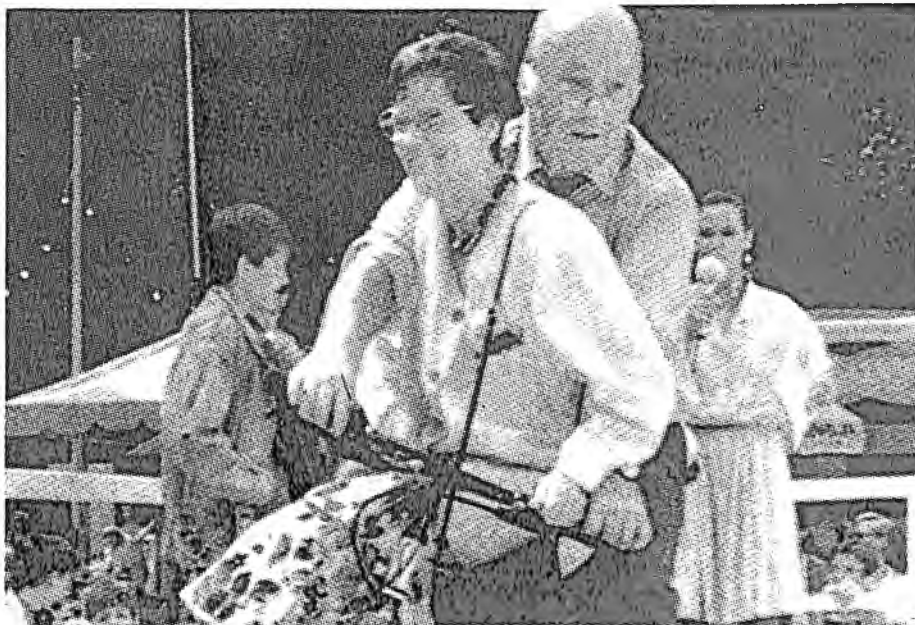
Arbeitsmarkt, Kinderwunsch und Verwirklichung

Gegenwärtig kommen die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre in das Alter, in dem man in der BRD für gewöhnlich Kinder hat. Ob nun diese Leute tatsächlich im großen Umfang Familien gründen, hängt von den Umständen ab: von den individuellen Einkommen (eventuell aufgestockt durch Kindergeld) ebenso wie von den Einrichtungen zur Kinderversorgung. Einrichtungen, in denen Kinder versorgt werden, das Zusammenleben mit anderen Kindern lernen usw., sind zunehmend auch für solche Lohnabhängigen wichtig, deren materielle Umstände ansonsten die Erfüllung des Kinderwunsches leichter möglich machen: Eine dauerhafte Trennung der Frau vom Beruf ist von den Betroffenen nicht erwünscht und wäre wohl dann doch oft nur möglich bei erheblichen Einschränkungen in der Lebenshaltung. Die Regierung erwähnt außerdem die hohe Zahl von Scheidungen, die dazu führt, daß Kinder bei einem Elternteil aufwachsen. So kommt inzwischen auch häufig von Leuten, die die Regierungskoalition (und in ihr besonders die FDP) zu ihrer Klientel rechnet, die Forderung nach Verbesserung bei der Versorgung mit Kindertagesstätten, Ganztageschulen usw.

Die Familienpolitik der konservativ-liberalen Koalition hat es bisher verstanden, sich gegenüber diesem Drängen mit Frau Prof. Süßmuth und Frau Prof. Lehr als Repräsentanten im Ministerrang

den Ruf von Fortschrittlichkeit zu verschaffen: Man akzeptiere im Gegensatz zur überholten christlich-konservativen Familienauffassung, nach der die Frau zu den Kindern und an den Herd gehöre, den Wunsch vieler Frauen nach Berufstätigkeit, staatliche Politik müsse Bedingungen dafür schaffen, daß Familie und Beruf vereinbar seien.

Allerdings scheint es nahezu unmöglich, die angestrebte Familienpolitik ohne staatliche Aufwendungen im gewißen Umfang zu betreiben. und sie gerät so ständig in Konflikt mit den Erfordernissen reaktionärer Wirtschaftspolitik, die den existentiellen Druck auf die Arbeiterhaushalte zielstrebig ausgebaut hat und die entschieden gegen öffentliche



Mit billigen Lösungen geht Frau Süßmuth derzeit hausieren. Zum Beispiel: „bedarfsgerechte Öffnungszeiten“ für Kindergärten von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr. Das verschafft den Kapitalisten mehr Frauen für die Teilzeitarbeit, vermeidet aber die von vielen Familien dringend benötigte Versorgung von Kindern mit Mittagessen.

Eine solche Position kann sich bei der Union und den Liberalen entwickeln, soweit sie in Übereinstimmung mit dem Interesse des Monopolkapitals an der Entwicklung des Arbeitsmarktes steht: Die Erwerbstätigkeit von Frauen, auch mit Kindern, soll hoch bleiben; andererseits ist es auch bevölkerungspolitisch erwünscht, die physischen Möglichkeiten der potentiellen Familiengründer zu nutzen, solange das möglich ist.

und billige Versorgung der Lohnabhängigen auftritt. So muß in der Regierungskoalition die Forderung nach besserer Kinderversorgung fast zwangsläufig zum Streitpunkt geraten.

Der Entwurf des Jugendhilfegesetzes im Wortlaut wird aus diesem Grund bisher der Öffentlichkeit vorenthalten. Aus der Diskussion in der Union läßt sich jedoch einiges über die Zielsetzungen entnehmen.



Noch mehr Lebenszeit fürs Kapital

Das Aufgeben des christlich begründeten Familienbildes, mit der sich aufopfernden Mutter im Mittelpunkt, führt bei der Union keineswegs zu einer aufgeklärteren Vorstellung von der Person. An dessen Stelle tritt vielmehr eine technokratisch-brutale instrumentelle Betrachtung des Menschen. Frau Lehr erregte Anfang dieses Jahres denn auch ziemliches Aufsehen bei den christlich eingestellten Teilen der Union, als sie äußerte: „Ich werde mich für eine baldige Verlängerung des Erziehungserlaubtes auf zwei Jahre einsetzen und alles tun, damit es dann zu einem nahtlosen Übergang in den Kindergarten kommen kann.“ Fast unbeachtet blieb dabei aber, daß diese Forderung begleitet war von dem Vorstoß des damaligen Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz, des niedersächsischen Kultusminister Göltner, das Einschulungsalter um ein Jahr von sechs auf fünf Jahre herabzusetzen. Die erforderlichen finanziellen, räumlichen und personellen Mittel für die Aufnahme von Zweijährigen sollten also durch Verschiebung der Schulzeit nach unten gewonnen werden — das wäre die passende Ergänzung zur vorgesehenen Verlängerung der Lebensarbeitszeit nach oben durch Heraufsetzen des gesetzlichen Rentenalters.

Mehr Geld und Einfluß für die Kirchen

Der Protest von christlicher Seite wird allerdings stark gedämpft, da die Konservativen in ihrer Bevölkerungsleitplanung die Amtskirchen als starke Aufsichtsinstanzen vorgesehen haben. Der „Rechtsanspruch“ auf einen Kindergartenplatz, egal ob uneingeschränkt für al-

le oder eingeschränkt auf die „bedürftigen“ Kinder, soll eingebettet bleiben in das Subsidiaritätsprinzip, das privaten Einrichtungen, insbesondere den Kirchen, einen Vorrang vor öffentlichen Trägern der Kinderbetreuung einräumt. Das eröffnet reaktionärer Politik Möglichkeiten, wachsende Teile der Arbeiterbevölkerung unter die Kontrolle und Aufsicht der Kirchen zu bringen. Weiter führt das dazu, daß ein beträchtlicher Teil der eventuell erhöhten öffentlichen Ausgaben für Kinderversorgung einen Umweg durch den Kirchensäckel nehmen muß.

Gebührenfreiheit und Mindeststandards nicht vorgesehen

Das Subsidiaritätsprinzip gestattet auch eine schroff unterschiedliche Ausgestaltung der Einrichtungen für die Kinderbetreuung je nach sozialer Stellung der Eltern. Vor allem von den Liberalen wird verbreitet, daß auch hier Freiheit walten müsse — das steuerbegünstigte Kindermädchen führt den Nachwuchs in den Elite-Kindergarten, bei dem Trägerschaft und Gebühren dafür sorgen, daß sich, kaum aus den Windeln, das Gefühl für den Unterschied von Arm und Reich entwickelt.

Aus der baden-württembergischen FDP kam schließlich noch der Vorschlag die Trägerschaft für Kindergärten zu einem gut Teil direkt bei den Kapitalisten anzusiedeln.

Der Streit in der Regierungskoalition um den „Rechtsanspruch“ auf Kindergarten entsteht aus der versuchten Gratwanderung: Einerseits verlangt das Monopolkapital die hohe Verfügbarkeit über die Arbeitskraft, was öffentliche Beiträge zu Einrichtungen zur Kinderbetreuung nahezu unumgänglich macht; andererseits aber sollen diese Einrich-

tungen möglichst nichts kosten, was bloß geht, wenn sie nicht als öffentliche, sondern privat zu erledigende Aufgabe gelten. So ist es kein Zufall, daß die rechtlichen Bestimmungen zur Versorgung mit Kindergärten und Kindertagesstätten im Jugendhilferecht angesiedelt bleiben sollen. Wären diese Einrichtungen als bildungspolitische Einrichtungen behandelt, nötig für die Entwicklung der Kinder zu selbstverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Personen, müßten sie kostenfrei sein wie die Schulen und wären Mindeststandards bei Ausstattung, Personal und Pädagogik unter öffentlicher Kontrolle selbstverständlich. So aber bleibt die rechtliche Konstruktion einer nachgeordneten Hilfe im Falle privaten Versagens. Damit müssen beispielsweise die Gemeinden Gebühren verlangen, und sind solche Dinge wie Ausstattungsgrundsätze öffentlicher Kontrolle durch die Gemeinderäte weitgehend entzogen und liegen in der Richtlinienkompetenz von Landesministern.

Aber wäre eine „Verschulung“ der Kindergärten, eventuell sogar eine Pflicht zum Kindergartenbesuch, nicht eine drastische Einschränkung der persönlichen Freiheit der einzelnen Familien? Das Gegenteil ist der Fall. Die Bevölkerungspolitik des Monopolkapitals, eiskalt unmenschlich berechnend — wie lassen sich die Kosten minimieren für soundsoviel Arbeitskräfte, benötigt im Jahre 20xx, unter Berücksichtigung von y% Anwerbung im Osten, bei Ausdehnung der Lebensarbeitszeit usw. —, setzt den meisten in der Gesellschaft enge äußere Bedingungen, denen sie sich zu unterwerfen haben, bis auf jene kleine Zahl von Reichen, für die solche Schranken nicht entstehen.

★

Vor knapp zwanzig Jahren hatte die Arbeiterbewegung im Kampf um eine öffentliche Kinderversorgung eine ziemliche Niederlage erlitten. Der Reaktion war es gelungen, vor allem bei den akademisch gebildeten Lohnabhängigen Aufstiegsinteressen zu mobilisieren; die von der SPD angestrebten Gesamtschulen mit einer ganztägigen Versorgung ließen sich nicht halten, es wurde modern, für die private Versorgung von Kindern zu sein.

Jetzt ist aber aufgrund konjunktureller Umstände — starke Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskraft, die sich auch auf junge Frauen mit Abitur erstreckt — und demographischer Umstände eine politische Situation entstanden, in der genau diese Mittelschichten Interesse an öffentlicher Kinderversorgung äußern. Die Union sowie die FDP sind in der schwierigen Lage, dieses Interesse wie verborgen auch immer berücksichtigen zu müssen. Das bietet aber Chancen in der Sache etwas durchzusetzen, wenn von den Gewerkschaften mobilisiert wird für ausreichende und den erforderlichen Mindeststandards entsprechende öffentliche Versorgung der Kinder. — (alk)

Melderecht

Bundesregierung plant Änderung

Die Bundesregierung hat im September einen „Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG)“ in den Bundestag eingebracht. In der Zielsetzung formuliert sie: „Bei der Durchführung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16. August 1980 hat sich gezeigt, daß in einzelnen Regelungen noch stärker als bisher auf eine bürgerfreundliche Gestaltung sowie auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht und das Gebot der Verwaltungsvereinfachung Rücksicht zu nehmen ist.“

Zwischen 1980 und heute liegen die Volkszählung, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung mit der Kreierung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung und dem Verbot des Melderegisterabgleichs mit den Volkszählungsdaten. Besagter Melderegisterabgleich wäre durch das Melderechtsrahmengesetz gedeckt gewesen: Die Meldebehörde darf an andere Behörden Daten übermitteln, „wenn dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit oder der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgabe erforderlich ist“ (§ 18, Abs. 1 MRRG). Wer nun glaubt, das Verbot bestimmter Übermittlungen durch das Verfassungsgericht solle berücksichtigt werden, der irrt: „Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des MRRG haben sich im übrigen bewährt. Sie sind ein Beispiel für einen effektiven bereichsspezifischen Datenschutz“.

Vielmehr soll diese Änderung gewährleisten, durch die Volkszählung erstmalig gewonnene Informationszusammenhänge über die Haushaltsstruktur fortzuschreiben zu können, sowie erfolgte sozialpolitische Entwicklungen über familiäre Beziehungen und Abhängigkeiten melderechtlich abzudecken. In den Aufgaben und Befugnissen wird nun gemäß Informationsbegründung verstärkt der unterschiedlichsten Dienststellen betont, statt der ursprünglichen sicherheitspolizeilichen Aufgabe.

Daten von Kindern werden nach Vollendung des 18. Lebensjahres bei den Eltern nicht mehr gelöscht, sondern bis zum 27. Lebensjahr fortgeschrieben. „Insbesondere soll damit die Erteilung notwendiger Bescheinigungen für den Bereich der sozialen Sicherung erleichtert werden.“ Die sozialpolitische Entrechtung, daß erwachsene Menschen statt ein ausreichendes Einkommen während der Ausbildung zu erhalten, auf Kindergeld und BAföG gedrückt werden, wird nun melderechtlich nachvollzogen. In dieselbe Kerbe der Stärkung des familiären Gewaltverhältnisses schlägt die Änderung, daß bei auswärts

wohnenden Minderjährigen immer die Wohnung der Eltern der Hauptwohnsitz ist, egal, an welchem Ort sich der überwiegende Teil des Lebens des Ausgezogenen abspielt.

Bisher durfte die Meldebehörde nur Daten erheben bei der An- und Abmeldung des Einwohners. Nunmehr darf sie dies auch bei der Änderung des Wohnstatus eines Einwohners. Ein Beispiel: In einer Wohngemeinschaft war für einen Teil die Wohnung Hauptwohnung, für den anderen Zweitwohnung. Wird nun aus der Zweitwohnung eine Hauptwohnung, so durften bisher nur von der direkt betroffenen Person Daten erhoben werden. Da sich aber der Wohnstatus der anderen Person auch geändert hat, kann das Meldeamt auch von ihr Informationen abverlangen. „Eine entsprechende Legitimation ist jedoch im Hinblick auf die Führung der Wanderungsstatistik und der Berichtigung der Melderegister erforderlich“, heißt es in der Begründung.

Alle Zitate aus: Bundestagsdrucksache 11 / 5111 vom 31.8.1989 — (thh)

Dienstleistungsabend

Stuttgart als Pilotprojekt?

Wenn es nach dem Stuttgarter Bekleidungskonzern Breuninger gegangen wäre, hätte der Dienstleistungsabend schon am 5. Januar 1989 stattgefunden. Die



Zahlreiche Belegschaften streikten gegen den Dienstleistungsabend.

Vorbereitungen für diesen Tag wurden seit spätestens Herbst 1988 getroffen. Breuninger-Geschäftsführer van Agtmael konnte im Januar 1989 verkünden, daß Breuninger sofort mit dem Abendverkauf beginnen könne, sobald die politische Entscheidung getroffen sei. Einen bedeutenden Einfluß auf die Meinungs-

bildung hatte auch die über zehn Jahre währende Kampagne für den Abendverkauf bis 22 Uhr in der Klett-Passage.

Als Anfang Juli 1989 auch in Baden-Württemberg der Manteltarifvertrag mit der Verankerung des Ladenschlußgesetzes um 18.30 Uhr verabschiedet wurde, waren in Stuttgart die Weichen schon gestellt. Die Protokollnotiz, die besagt, daß davon nur „zur Vermeidung von spätöffnungsbedingten Wettbewerbsnachteilen“ abgewichen werden kann, war in Stuttgart ungeprüft zum Maßstab geworden. Jetzt, kurz vor dem 5. Oktober steht der Abendverkauf in der Stuttgarter Innenstadt so gut wie sicher. Neben Breuninger sind es Fachgeschäfte und zahlreiche kleinere Läden. Vor allem in den Einkaufszonen werden die Läden öffnen. Betriebsräte gibt es dort so gut wie keine.

Inzwischen haben auch die Geschäftsleitungen von Kaufhof und Hertie Anträge auf Ladenöffnung am Donnerstagabend bis 20.30 Uhr gestellt: die Belegschaften sind verunsichert, da sie inmitten von ca. 100 abendgeöffneten arbeiten. In dieser Situation hat das Unternehmerargument gewirkt, daß die „eigene“ Firma Einbußen erleiden würde, in deren Folge Arbeitsplätze gestrichen werden könnten. Aus diesem Grund haben die Belegschaften ihre Betriebsräte aufgefordert, in die Verhandlungen einzutreten. Von den Beschäftigten geht kaum mehr jemand davon aus, am Abendverkauf vorbeizukommen.

Das ist bitter, haben doch in zahlreichen Aktionen und im Streik auch die Beschäftigten der Stuttgarter Kaufhäuser ihren Widerstand gegen den Dienstleistungsabend erklärt. Die Betriebsräte werden aller Wahrscheinlichkeit nach eine Betriebsvereinbarung abschließen. Dann wollen sie wenigstens eine bessere Arbeitszeitverteilung als bisher erreichen — vor allem eine größere Anzahl freier Wochenenden. Bisher hatte eine Verkäuferin z.B. bei Hertie nur jeden 6. Samstag frei. — (uld. AGD/ccs)

CDU-Parteitag

Ausländer sozial nicht vollwertig

Die Neubestimmung der Ausländerpolitik war eines der wichtigsten Themen auf dem CDU-Parteitag in Bremen. Offenbar ermutigt durch die Wahlerfolge der Republikaner, faßte die CDU einen Beschluß, der eine sehr weitgehende Ausgrenzung der ausländischen Lohnabhängigen aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben in der BRD vorsieht. Die Erfahrungen und das Wissen um die brutale Fremdarbeiterpolitik des Naziregimes werden frech beiseite geschoben, und mit bisher nicht dagewesener Offenheit wird klargestellt, wer als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft anzusehen

ist:

„Das deutsche Volk hat sich in seiner Geschichte offen gezeigt für die Aufnahme von Menschen fremder Nationalität. ... Wer von den bei uns lebenden Ausländern Deutschland als Zukunft für sich und seine Kinder sieht, dessen Weg führt zur deutschen Staatsangehörigkeit. Mit dem Erwerb der Staatsangehörigkeit wird die rechtliche Zugehörigkeit zu unserer staatlichen Gemeinschaft dokumentiert; Rechte und Pflichten werden gleichermaßen übernommen.“

Damit wird ein klarer Trennungsstrich gezogen, für welchen Teil der Bevölkerung sich die CDU in ihrem politischen Handeln noch verpflichtet sieht und für welchen nicht. Nach der Feststellung der Unterschiede im rechtlichen und politischen Status zwischen deutschen und nichtdeutschen Staatsangehörigen geht die CDU dann noch einen Schritt weiter und kündigt an, daß auch im Sozialstatus entsprechende Unterschiede einzurichten seien: „Außerdem können unser soziales Netz, unsere vielfältig differen-

zierten Bildungseinrichtungen mit freiem Zugang, eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum sowie eine umfassende von Staat und Gesellschaft getragene Daseinsvorsorge nicht einer unbeschränkten Zahl von Menschen zur Verfügung gestellt werden.“ Es ist damit zu rechnen, daß die CDU die ohnehin schon bestehenden Diskriminierungen der ausländischen Lohnabhängigen — z.B. bei der Steuergesetzgebung, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt — in nahezu allen sozialstaatlichen Bereichen verschärfen will. Die deutsche Staatsangehörigkeit würde sich so mit einem deutschen Sozialstatus verbinden, auf den eben nicht Anspruch hat, wer nicht deutsch und damit der „staatlichen Gemeinschaft“ nicht „zugehörig“ ist. Späth, der ja nicht mehr ins Präsidium gewählt wurde und sich in seinem politischen Handeln jetzt „freier fühlt“ und mehr über den Bundesrat agieren will, wird einer derjenigen sein, die diese Politik in der Praxis vorantreiben. Es sei nur an seine Bundesratsinitiative zu Be-

ginn dieses Jahres erinnert, Asylbewerbern die Sozialhilfe auf 80 % zusammenzustreichen, weil diese weniger brauchen würden als Deutsche. In dem Beschluß selbst wurde bereits die Forderung aufgenommen, daß „die Verpflichtung zur Abschiebung bei schweren Delikten und bei Delikten im Wiederholungsfall als Nebenstrafe im Strafgesetzbuch verankert werden“ soll.

Im Forderungsteil orientiert sich die CDU an den von Schäuble mit der FDP ausgehandelten Eckwerten für ein neues Ausländergesetz, die die Rechtlosigkeit der ausländischen Lohnabhängigen weiter zementieren. (siehe Pol. Ber., 10/89) Drastische Verschärfungen werden für die Asylpolitik gefordert: Ausweitung der Zwangsarbeit; Zurückweisung bereits an der Grenze, wenn der Flüchtling aus einem Staat einreist, in dem ihm keine Verfolgung droht; Verschärfung der Abschiebepolitik und EG-Harmonisierung, so daß jeweils nur einmal in einem EG-Staat Asylanträge eingereicht werden können. — (rac)

Antifaschistische Gewerkschaftsdiskussion

Schwache DGB-Kritik an Faschismus und Reaktion

In den letzten Monaten gab es intensive Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften um die Republikaner und andere faschistische Organisationen, um die Frage, wie mit faschistischen oder rassistischen Aktivitäten in Betrieben umzugehen ist oder wie man das Problem von Republikaner-Funktionären, die die Gewerkschaftsmitglieder sind, befassen soll. Der DGB legte jetzt am 5.9.1989 „erste Positionen“ zu den Republikanern vor.

Während beispielsweise von etlichen Ortsvereinen der IG Metall (s. Sondernummer der „Metall“ zum bevorstehenden IGM-Gewerkschaftstag) die Republikaner eindeutig als faschistische Organisation eingestuft und behandelt werden, windet sich der DGB hier eher um eine klare Aussage herum und spricht den REP ein „klar und eindeutig zuzuordnendes ideologisches und politisches Konzept“ ab. Die Kritikpunkte des DGB greifen dementsprechend auch etwas kurz: Nicht benannt wird der von den REP massiv propagierte Nationalismus und Revanchismus. Ebenfalls vermißt man eine Auseinandersetzung mit den Programmpunkten der REP, die auf Schaffung völliger Freiräume für kapitalistisches Wirtschaften abzielen.

Problematisch ist insbesondere, daß der DGB die Ursache für den Zulauf und die Stimmengewinne der Republikaner offensichtlich im wesentlichen bei den „sozial benachteiligten Schichten und Schichten mit mittlerem bis unterem Bil-

dungsniveau“ sucht. Dies entspricht der landläufigen Interpretation der Wahlergebnisse, wonach im wesentlichen Lohnabhängige das reaktionäre Wahlerpotential der REP stellen würden. Der DGB als gewerkschaftliche Interessenvertretung genau dieser gesellschaftlichen Klasse sollte besseres zu tun haben, als interessierte Vorurteile blanko zu übernehmen, nämlich zum Beispiel Kritik an konservativer und reaktionärer Politik betreiben. Mit keinem Wort geht der DGB auf die herrschende Regie-

runbspolitik ein, die mit ihrer Förderung der „Leistungswilligen“, Ausgrenzung der sozial Schwachen systematisch eine völlig individualisierte, entsolidarisierte, kollektiver Rechte beraubte Konkurrenz-Gesellschaft betreibt, wo jeder gegen jeden gehetzt werden soll, während gleichzeitig mit der Ausländerpolitik die rassistische Ungleichbehandlung von Menschen vorpraktiziert wird. Das Positionspapier des DGB legt aber eher den Schluß nahe, daß er deshalb eine „andere Politik, die die Ursachen der Wahlerfolge der Republikaner bekämpft“, will, weil er in den Opfern „sozialer Probleme, Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot“ die potentiellen REP-Wähler sieht. Daß aber die Arbeits- und Wohnungslosen die „rechtsextremistisch Anfälligen“ sind, ist empirisch nicht haltbar.

Zu begrüßen ist, daß der DGB es als



Erste Positionen des DGB zu den Republikanern

1. Ziele der Republikaner

Die Republikaner sind keine programmatisch gefestigte Partei. Ihre Forderungen bestehen vielfach aus politischen Gemeinplätzen, politischen Maximalforderungen und simplen Rezepten. Die programmatischen Aussagen sind politisch nicht aufeinander abgestimmt und fügen sich nicht zu einer Gesamtkonzeption zusammen ... Die fehlende Festlegung auf ein wirklich klares und eindeutig zuzuordnendes ideologisches oder politisches Konzept (macht) eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Republikanern nicht leicht. Dennoch läßt sich anhand der bisherigen programmatischen Aussagen und Forderungen der Republikaner diese Partei als antidemokratisch, rechtsextremistisch und nationalistisch einordnen. Dies wird insbesondere an folgenden Punkten deutlich:

Die Republikaner verharmlosen nationalsozialistische Verbrechen ...

Die Republikaner schüren Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß ...

Die Republikaner wollen die Pressefreiheit einschränken ...

Die Republikaner wollen die Gewerkschaftsarbeit beschränken und die Tarifautonomie zerschlagen ...

2. Die Partei

... (Die Funktionäre) kommen vornehmlich aus dem Lager von NPD, anderen rechten Gruppierungen oder der CDU und CSU ... Nach Aussagen des Vorsitzenden soll die Partei zur Zeit ca. 13 000 Mitglieder haben ... Aussagen (sind) nicht verifizierbar, daß ein

Großteil der Mitglieder Polizisten oder Beschäftigte des übrigen öffentlichen Dienstes sind ... Die Finanzierung der Partei ist bis auf weiteres absehbar als sicher anzusehen. Bei der Europawahl gab es ... eine Wahlkampfkostenerstattung von 16,1 Millionen DM. Bei ähnlichen Wahlergebnissen in nächster Zeit könnten die Republikaner bis Ende 1990 mit weiteren 40 bis 60 Millionen DM rechnen...

3. Die Wähler

... (Die vorliegenden Wahlanalysen) lassen den Schluß zu, daß Wähler der Republikaner aus unterschiedlichen Bereichen kommen:

— Ein Protestpotential von Wählern der heutigen Bundestagsparteien ..., vornehmlich jedoch aus dem Lager der Unionsparteien...

— Ein Großteil des Wählerpotentials kommt aus sozial benachteiligten Schichten und Schichten mit mittlerem bis unterem Bildungsniveau ...

— Überdies muß nach wie vor von einem nennenswerten Prozentsatz der „Ewig Unbelehrbaren“ ausgegangen werden...

4. Schlußfolgerungen

Die Heterogenität der Wählerschaft ist Ausdruck dafür, daß die Republikaner in der Gesamtbevölkerung bereits sehr stark akzeptiert sind ... Es muß gelingen, diejenigen, die den ... Republikanern folgen, zu ihren jeweiligen thematischen Schwerpunkten anzusprechen und gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit zu betreiben. Notwendig ist hierfür eine andere Politik, die die Ursachen der Wahlerfolge der Republikaner bekämpft. Dazu gehören soziale Probleme, Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot

sowie der Glaubwürdigkeitsverlust der etablierten Politik...

5. Aufgaben für die Gewerkschaften

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß der DGB 1969 einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die NPD und 1987 Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die DVU und die FAP gefaßt hat. Aus der personellen und inhaltlichen Nähe bzw. Überschneidung der Republikaner und ihres Programms mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien resultiert die Tatsache, daß in der Mitgliedschaft über einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die Republikaner diskutiert wird. Ein solcher Beschluß darf jedoch nicht zu Beginn einer intensiven Auseinandersetzung ... stehen, sondern muß — wenn er gefaßt wird — das Ergebnis einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung sein. Überdies wäre ein zum jetzigen Zeitpunkt gefaßter Unvereinbarkeitsbeschluß möglicherweise ein falsches Signal in der Mitgliedschaft, die damit die Auseinandersetzung mit den Republikanern als beendet ansehen könnte ... Als gesellschaftlich gestaltende Kraft haben die Gewerkschaften die Aufgabe, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Republikaner zu führen. Deshalb werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einen „Dialog der Demokraten“ organisieren. Die Ablehnung der politischen Vorstellungen der Republikaner muß jedoch aus einem positiven Politikan-satz insbesondere in den Folgen der Sozial- und Ausländerpolitik herrühren ... (Es müssen) Argumentationsmaterialien erarbeitet werden.

Aufgabe der Gewerkschaften sieht, „die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Republikaner zu führen“. Tatsächlich könnten die Gewerkschaften ein Erhebliches zu der gesellschaftlichen Ächtung von Faschismus, Militarismus und Rassismus und zu einer Gesellschaft, die vom Grundsatz der politischen und sozialen Gleichheit aller Menschen bestimmt ist, beitragen. Der DGB verzichtet jedoch auf konkrete Forderungen völlig = im Gegensatz zum Hauptvorstand der IG Metall, der in seinem Leitantrag (Entschließung 22) zum 16. o. IGM-Gewerkschaftstag wenigstens fordert, daß das Grundrecht auf Asyl uneingeschränkt bleiben müsse, Ausländer ein Recht auf gesellschaftliche Gleichberechtigung hätten (jedoch wird das kommunale Wahlrecht für Ausländer nicht benannt!) und der Gesetzgeber Nachfolgeorganisationen der NSDAP aufgrund Art. 139 GG verbieten müsse. Der DGB bezieht zu der Frage eines Verbots faschistischer Organisationen keine Stellung; er problematisiert auch in keiner Weise die auch in bürgerlichen Kreisen umstrittene Wahlkampfkosten-

erstattung für die Republikaner, die diesen einen zügigen Parteaufbau überhaupt erst ermöglicht.

Auf dem Hintergrund der mangelnden Abgrenzung zu konservativ/reaktionärer Politik und der Schuldzuweisung der Republikaner-Erfolge ans einfache Volk stimmt einen die vom DGB beabsichtigte Kampagne „Dialog der Demokraten“ eher bedenklich. Eine inhaltsleere Verbrüderungspolitik mit CDU und FDP wird deren Orientierung nach Rechts außen eher noch den Anstrich gewerkschaftlicher Akzeptanz verleihen, denn Abgrenzung gegenüber Faschismus und Reaktion bewirken.

Einen Unvereinbarkeitsbeschluß der DGB-Gewerkschaften lehnt das Positionspapier des DGB im Gegensatz zu bisherigen Stellungnahmen von Breit und anderen Gewerkschaftsführern nicht ab, sondern behält sich Klärung vor. Richtig ist sicherlich, daß hierzu eine „intensive inhaltliche Auseinandersetzung“ erforderlich ist. Es geht eigentlich auch weniger um „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, die ja eine zweiseitige und mit obrigkeitlichen Ordnungsmetho-

den auch gegen linke Gewerkschaftsströmungen gerichtete Praxis des DGB darstellen. Es geht um das Festhalten an dem Standpunkt, daß Faschismus unvereinbar mit Arbeiterinteressen ist, weil er nichts anderes als Zerschlagung und Unterwerfung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bezweckt. Es gibt eine Reihe von Gewerkschaftsstatuten, auf die man sich zur Klärung dieser Frage beziehen kann. So heißt es im Statut der IG Metall: „Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften sind insbesondere ... 3. Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen“. Und bei der IG Medien: „4. Grundsätze und Ziele ... 4.3.2 Weiterentwicklung der Demokratie in Staat und Gesellschaft. Demokratisierung der Wirtschaft. Bekämpfung von faschistischen und militaristischen Einflüssen sowie aller sonstigen antidemokratischen Bestrebungen“. Und unter Punkt II: „Ausschluß und Mißbilligung. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn dieses ... d) faschistische Ziele verfolgt.“ — (ads)

BRD

Aggression gegen die DDR läuft auf Hochtouren

Die Gunst oder Ungunst, mit der die BRD-Propaganda die Länder des östlichen Europas bedenkt, hat einen knallharten Maßstab. Ungarn und Polen etwa, deren Regierungen hoch im Kurs gehandelt werden, sind im Westen mit großem Abstand am stärksten verschuldet: Polen mit 37,8 Mrd. \$, das sind ca. 1005\$ je Einwohner, Ungarn mit 10,59 Mrd. \$ oder 1060\$ je Einwohner. Die Zahlen stammen vom September 1988, die Tendenz ist schnell steigend. Rumänien dagegen, von westlicher Seite noch vor zehn Jahren als „Vorreiter der Ost-West-Kooperation“ gelobt und anderen RGW-Ländern als „Vorbild“ vorgehalten, steht heute zusammen mit der DDR im Zentrum des propagandistischen Angriffs: Das Land wird bis zum Ende des Jahres seine vormals hohen Schulden an die imperialistischen Gläubiger weitgehend zurückgezahlt haben. (1)

Konzerne bislang mit dem Ansinnen gescheitert, die DDR solle sich für imperialistischen Kapitalexpert öffnen: Die DDR ist das letzte RGW-Mitgliedsland, in dem Joint Ventures mit Beteiligung ausländischen Kapitals nicht erlaubt sind. (1)

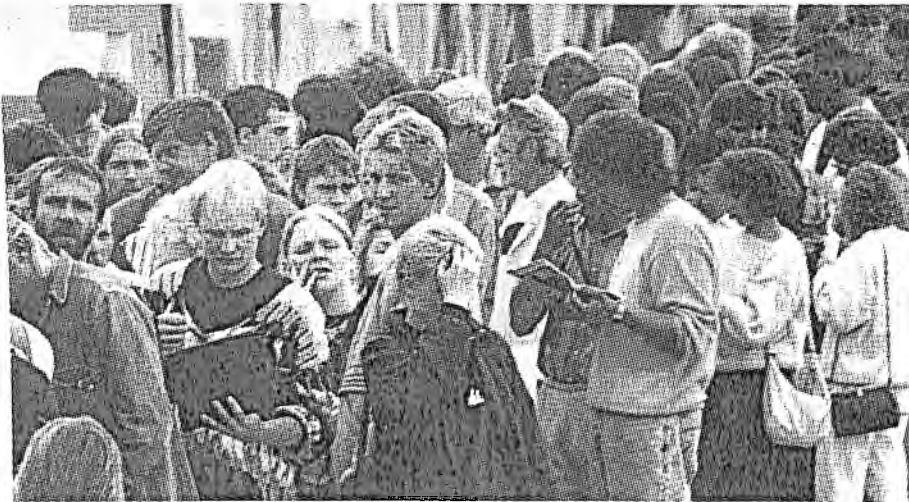
Dabei hatten die westdeutschen Konzerne und Großbanken mit ganz anderen Entwicklungen fest gerechnet. Der 1983 von F.J. Strauß eingefädelte Milliardenkredit mit seinen tückischen Bedingungen (u.a. einer ungewöhnlich hohen Zinsrate) hatte den Weg bereiten sollen, die Produktionsmittel in der DDR mit bundesdeutschen Geldern zu modernisieren und die Produktion verstärkt auf den Export in die BRD auszurichten, die Verflechtung mit dem Weltmarkt darüber hinaus durch kreditfinanzierte Importe voranzutreiben und die DDR so in ein immer engeres Netz von Abhängig-

gezielten Kampagne. Ihre Urheber sitzen in der BRD. Ihre Opfer sind die DDR und letztlich auch der Großteil derjenigen, die sich jetzt im „goldenen Westen“ wännen. Ihr unmittelbarer Zweck ist, die DDR in einen Strudel zu treiben, aus dem sie sich aus eigener Kraft nicht mehr befreien kann, ihr strategisches Ziel die sog. „Wiedervereinigung“ oder genauer und in den Worten des SPD-„Deutschland“-Strategen Bahr ausgedrückt, der „Anschluß“ der DDR an die BRD. (5)

Westliche Analysen der DDR-Wirtschaft gehen davon aus, daß ein wesentliches Hemmnis für weiteres wirtschaftliches Wachstum der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist (1) und daß sich dieser Mangel aufgrund der Altersstruktur der DDR-Bevölkerung weiter verschärfen wird. Die gut 20000, die in den letzten Wochen über Ungarn in die BRD und nach Westberlin gelockt und gelotst wurden, sind überwiegend jung, im besten arbeitsfähigen Alter und durchweg gut ausgebildet. (6) Zwar sind 20000, trotz allem Wirbel, der mit ihnen veranstaltet wird, so viel nicht, schon gar nicht angesichts der Wanderungsbewegungen von Millionen und Abermillionen, die der europäische Großraum-Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten verursacht hat. Aber die Schätzungen besagen, daß einschließlich der legalen Übersiedler in diesem Jahr in der BRD und Westberlin mit insgesamt über 120000 DDR-Übersiedlern zu rechnen ist. (7) Das fällt für die DDR bei einer Beschäftigtenzahl von gut 8,5 Millionen schon hart ins Gewicht. Offensichtlich spekuliert die BRD auf spürbare Produktionsstörungen, ja regelrechte Produktionseinbrüche in der DDR, die sie zu Erpressungsversuchen auszunutzen trachtet.

Tatsächlich diskutiert eine bis weit in die Grünen hineinreichende Allparteien-Koalition öffentlich und detailliert, wie die DDR „die Gründe für den Ausreisepressure“ (8) zu beseitigen hätte: Neben der Herstellung „persönlicher Freiheit“ und „politischer Selbstbestimmung“ (9) wird die weitgehende Revision der DDR-Wirtschaftspolitik verlangt, nämlich: umfassende Kooperation mit der BRD, angefangen bei der Infrastruktur, wo Siemens das Telekommunikationsnetz modernisieren könnte, über Verbesserung der Umwelt- und Wohnungssituation bis hin zur betrieblichen Kooperation in allen Bereichen und Zulassung westlicher Direktinvestitionen.

Warum gelingt es der aggressiven Kampagne der BRD, in der DDR solche Wirkung zu erzielen und solche Unruhe zu stiften? Warum ist die DDR, die die ökonomischen Aggressionen der letzten Jahre — wie dargelegt — recht souverän abgewehrt hat, jetzt so angreifbar? Diese Frage ist von Interesse, aber sie ist nur scheinbar die hauptsächliche Frage. Die Hauptfrage, die sich den Kräften des revolutionären Sozialismus in der BRD



Von wegen „Selbstbestimmung“: Manövriermasse für den BRD-Imperialismus

Auch die DDR hat ihre Nettoschulden (Schulden abzüglich der eigenen Guthaben bei westlichen Banken) auf 6,9 Mrd. \$ im September 1988 und rd. 6 Mrd. \$ (das entspricht ca. 360\$ je Einwohner) Anfang 1989 deutlich reduziert. (2) Sie achtet strikt darauf, ihre Bilanz im Außenhandel mit der BRD — der rückläufig ist — wie insgesamt im Westhandel positiv zu halten. Sie verzichtet auf kreditfinanzierte Importe, so günstig auch die Konditionen scheinen mögen, mit denen die westdeutschen Banken die DDR zu ködern versuchen. (1) Selbst die zinslose Kreditlinie in Höhe von 1 Mrd. DM zur Finanzierung von vorübergehenden Ungleichgewichten im Handel mit der BRD (Swing) nimmt die DDR kaum in Anspruch — im Gegenteil war zu Jahresbeginn die BRD mit 200 Mio. DM Schuldner der DDR. (2) Schließlich und nicht zuletzt sind die westdeutschen

keiten zu verstricken. Allem Anschein nach ist diese Strategie zur beschleunigten ökonomischen Durchdringung fehlgeschlagen.

Der Fehlschlag kam die herrschende Klasse in der BRD um so härter an, als die DDR-Wirtschaft dabei keineswegs zusammengebrochen ist, sondern durch die Mobilisierung vorwiegend ihrer eigenen Ressourcen eine über Jahre positive Entwicklung verzeichnen kann. (3) Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut gibt wachsenden Lebensstandard der Bevölkerung in der DDR zu und konstatiert mit steigendem Einkommen wachsendes Anspruchsniveau. (4)

Vor diesem Hintergrund fällt auf die Auswanderungswelle aus der DDR ein neues Licht. Ungeachtet dessen, daß der Auswanderung innere Widersprüche zugrundeliegen, tragen Umfang, Ablauf und alle Begleitumstände die Züge einer

stellt und auf die sie eine Antwort finden müssen, womöglich bei Strafe ihres Untergangs, ist: Wie gelingt es der westdeutschen Bourgeoisie, sich bei ihrer Aggression gegen die DDR auf eine solch breite Massenbasis in der BRD zu stützen, und wie kann die Bourgeoisie bei der Verfolgung ihrer Strategie der Vernichtung der DDR isoliert werden?

Als großes Problem dabei hat sich die politische Haltlosigkeit großer Teile der Grünen und Alternativen und ihrer sozialen Basis herausgestellt, die sich — man lese nur mal die „taz“ — vom Deutschland-Taumel und den damit verbundenen Expansionsgelüsten haben fortreißen lassen. (10) Starke Strömungen in den Grünen sind im Begriffe, selbstverständliche antiimperialistische Positionen wie die Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zu räumen und alternative Modelle und Linien für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und Beanspruchung hoheitlicher Rechte über die DDR-Staatsbürger zu entwickeln, so etwa mit dem Vorschlag der „doppelten Staatsbürgerschaft“. (11) Wenn dann noch der grüne Vorstandssprecher Fücks mit unerträglicher Am-grünen-Wesen-soll-die-Welt-gegenes-Anmaßung das Urteil fällt, „daß das jetzige gesellschaftspolitische System der DDR keine eigenstaatliche Legitimation geschaffen hat“ (11), dann ist der Schritt zu grün-alternativer (Wieder-)Vereinigungspropaganda nicht mehr weit.

(1) Alle Zahlenangaben aus: Klaus Bolz, Die wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern Osteuropas zur Jahreswende 1988/89, Veröffentlichung des Instituts für Wirtschaftsforschung, HWWA Hamburg; (2) ebenda und Frankfurter Allgemeine, 17.3.89; (3) siehe dazu etwa den Artikel „Chip-Macht DDR“ in der Welt vom 18.8. Die „International Herald Tribune“ vom 16.5.89 spricht von der DDR-Wirtschaft als „östlichem Stern“, der allerdings, so wird behauptet, jetzt im Sinken begriffen sei; (4) siehe Angabe unter (1), S. 52ff; (5) Welt, 11.9.89; (6) Frankfurter Allgemeine, 14.9.89; (7) Neue Zürcher Zeitung, 20.9.89; (8) Bundesminister Seiters am 14.9. im Dtsch. Bundestag, Stenographische Berichte S. 12036; (9) ebenda, S. 12037; (10) Aufschlußreich sind die hemmungslosen Phantasien des britischen Wirtschaftsmagazins Economist, die die Neue Osnabrücker Zeitung am 2.9. unter der Überschrift „Wirtschaft von geballter Kraft“ wiedergibt: „Wichtiger noch wäre die Tatsache, daß 17 Millionen in ein kapitalistisches System eingegliederte Ostdeutsche ein neues deutsches Wirtschaftswunder verursachen würden ... Es (das Magazin — Red.) stellt sich Firmenzusammenschlüsse zwischen Elektronikkonzernen wie Siemens und Carl Zeiss Jena vor und den Beitrag, den Daimler Benz für die Autoindustrie des Ostteils leisten könnte. Die Wiedervereinigung wäre auch eine große Herausforderung für die westdeutschen Banken, die die Modernisierung der DDR-Wirtschaft finanzieren.“ Daß solche Expansion ungezählte neue Karrieremöglichkeiten vor allem für die werktätige Intelligenz abwerfen würde, mag erklären, warum die Intelligenz für die Deutschland-Expansionspropaganda überaus anfällig ist: (11) taz, 1.9.89 — (scc)

Internationale Presse: ... der endgültige Sieg des Westens im Kalten Krieg

Les Echos, Frankreich: ... die Ausichten in der DDR sind von einem Teil der ostdeutschen Elite derart negativ eingeschätzt worden, daß sie sich entschieden haben, in die Bundesrepublik zu gehen, und damit haben sie die Aktualität der deutschen Frage wieder abrupt ins Rampenlicht gerückt.

Il Messaggero, Italien: Der Exodus belegt den Anspruch der Menschen auf Menschenrechte und Selbstbestimmung, aber vor allem kennzeichnet er für Europa die Existenz der deutschen Frage. Wenn es im Osten Bewegung gibt, bewegt sich auch das übrige Europa. Und im Zentrum Europas befindet sich diese geteilte Nation. Wir sind Zeuge des Scheiterns des Kommunismus, aber auch einer Veränderung der Teilung im Nachkriegseuropa, festgeschrieben in Jalta.

Der Standard, Österreich: Völkerwanderungen besiegeln Anfang und Ende von Epochen. Die jetzige Völkerwanderung von Ost nach West hat die in Jalta per Federstrich vollzogene Teilung Europas in der Realität nach und nach aufgeweicht. Mit Ungarns Verhalten gegenüber den Tausenden DDR-Flüchtlingen ist Jalta quasi auch offiziell hinfällig.

Liberation, Frankreich: Schon seit Monaten erkennt man allmählich im Westen, daß man die Landkarte Europas bald abändern muß, nachdem die Bürden der Nachkriegszeiten allmählich schwinden. Innerhalb weniger Tage hat Polen eine Regierung bekommen, in der die Kommunisten in der Minderheit sind, und Ungarn hat der DDR den Rücken gekehrt. Das ist ein schwerer Schlag für die Weltordnung von Jalta und die Logik der Politik der Blöcke ... Wenn die Karte Europas neu gezeichnet wird, stellt sich zwangsläufig wieder die Deutschlandfrage. Das Problem der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wird wieder ganz akut, selbst wenn sich die Flüchtlinge von Passau mehr nach Freiheit und Wohlstand sehnen als nach einem Wiedersehen mit den anderen Deutschen.

The Independent, Großbritannien: Wenn der Beginn der Freiheit für Ostdeutschland heute ein Verlangen nach Einheit bringt, das in der Bundesrepublik sein Echo findet, sollten wir uns dem nicht entgegenstellen. Statt über Möglichkeiten zur Verhinderung der deutschen Einigung sollten wir lieber

darüber nachdenken, wie dies friedlich zu vollbringen ist: der endgültige Sieg des Westens im Kalten Krieg.

Quotidien de Paris, Frankreich: Wir sind dabei, uns bewußt zu werden, daß dieser Staat, der in all seinen Teilen von den Sowjets geschaffen wurde, nur eine Existenzberechtigung hat, solange er sozialistisch bleibt. Von dem Augenblick an, wo die Regierungen in Osteuropa aus wirtschaftspolitischen Gründen mit Reformen beginnen, erscheint die DDR nicht nur als anachronistisch, sondern als gänzlich unnütz. Aber die DDR ist auch ein wesentlicher Teil des strategischen und diplomatischen Spiels auf der europäischen Bühne. Alle Welt sieht in ihr das Symbol der Teilung Europas in zwei Lager, kapitalistisch und sozialistisch. Für die Sowjetunion ist sie zusammen mit Polen der Schlüssel zur eigenen Sicherheit. Schließlich dient sie allen Ländern Europas, die unter Hitler-Deutschland leiden mußten, als bequeme Garantie gegen die Wiedergeburt eines deutschen Imperialismus. Es erstaunt deshalb nicht, daß sie nicht so bald bereit sein werden, die DDR verschwinden zu sehen. Frankreich vielleicht weniger als alle anderen.

Sunday Telegraph, Großbritannien: Wiedervereinigung wird nicht einfach ein größeres Westdeutschland bedeuten, unter Einschluß Preußens. Tatsächlich bedeutet sie die Zerstörung des westdeutschen Staates, wie wir ihn kennen, und an dessen Stelle tritt ein Staat mit einer grundlegend geänderten politischen Balance und nationalen Identität. Im Zentrum Berlins — wo die neue Regierung ihren Sitz nehmen wird — steht noch ein Denkmal Friedrichs des Großen zu Pferde, sein Arm zeigt ostwärts in Richtung Schlesien. In Bonn wäre solch ein Monument unvorstellbar. Aber in einem wiedervereinigten Deutschland wird vieles geschehen, was in Bonn unvorstellbar ist.

Financial Times, Großbritannien: Sollte Deutschland schließlich wiedervereinigt werden, dann keinesfalls aufgrund eines plötzlichen Zusammenbruchs der DDR. Das dadurch entstehende Vakuum in der Mitte Europas führt zu einer Instabilität, welches die Sowjetunion zu einer Intervention herausfordern und damit eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens darstellen könnte.

Zusammenstellung nach: Der Spiegel 38/1989; Kölner Stadtanzeiger, 13.9.; FAZ, 14.4.9.; taz, 15.9.

Türkei/Nordwest-Kurdistan

„Serihildan“ — Volksaufstand gegen die Kolonialmacht

Die Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Kolonialtruppen in Nordwest-Kurdistan und der kurdischen Bevölkerung und ihren Organisationen, insbesondere den Guerillaeinheiten der ARGK, haben sich in der letzten Zeit sichtbar zugespitzt. Die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) geht davon aus, daß die „Serihildans“ (kurdisch: Volksaufstände) gegen die türkische Kolonialmacht in der nächsten Zeit deutlich zunehmen werden.

Am 14. Mai hatten 500 Menschen in Hakkari eine Protestdemonstration durchgeführt, nachdem türkische Militärs kurdische Schülerinnen belästigt und beschimpft hatten und kurdische Jugendliche, die den Mädchen zu Hilfe eilten, verhaftet hatten.

5000 Menschen, darunter viele Frauen, Kinder und alte Menschen, blockierten am 17. Juli die Straße zwischen Uludere und Sirnak, um gegen eine über mehrere Dörfer verhängte Ausgangssperre zu protestieren, die den Bauern den Weg zu ihren Äckern und Weiden versperrte und faktisch einer versuchten Aushungerung bzw. Deportation der Bevölkerung der Region gleichkam.

Die Einheiten der ARGK greifen die türkischen Truppen insbesondere in der Region Botan inzwischen fast täglich erfolgreich an. Dabei sind zu ihrer Bekämpfung allein in der Region Botan 110000 türkische Soldaten und „Spezialtruppen“ stationiert. In einer Stadt wie Sirnak (15000 Einwohner) sind allein 20000 Mann stationiert, darunter 10000 Mann ständige türkische Garnison. Von der Operation in den Cudi-Bergen, bei der die türkische Armeeführung fast 15000 Mann eingesetzt hat, um mit modernsten Waffen, mit Spezialhubschraubern, Feuerwerfern, Brandbomben und vermutlich auch chemischen Waffen vermutete Schlupfwinkel und Stützpunkte der ARGK zu zerstören, treffen weiterhin nur spärliche Nachrichten ein. Das läßt vermuten, daß die türkische Armee nicht viel Erfolge vorzuweisen hat.

Zwischen türkischer Regierung und Armeeführung häufen sich die Krisensitzungen wegen der Entwicklung des Befreiungskampfes. Selbst die Armeeführung spricht inzwischen von einer „bürgerkriegsartigen“ Entwicklung in Botan und anderen Teilen Nordwest-Kurdistans. Im folgenden dokumentieren wir eine Presseerklärung des Kölner-Kurdistan-Komitees über die jüngsten Aufstandsaktionen der Bevölkerung in der 5000 Einwohner zählenden Stadt Silopi. Auslöser der Aktionen in Silopi war die brutale Ermordung von neun kurdischen Bauern, die von türkischen Soldaten offenbar ohne jegliche Warnung hinterrücks ermordet worden waren. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden bei den darauffolgenden Protestaktionen in Silopi fünf Journalisten und 80 Einwohner aus der Stadt und der näheren Umgebung verhaftet. Den Journalisten wurden sämtliche Fotoapparate und Filme beschlagnahmt. Über die Stadt selbst wurde eine Ausgangssperre verhängt und die Stadt abgeriegelt. Jedes Betreten und Verlassen der Stadt wurde von den Militärbehörden zeitweise verboten.

— (rül)



Protestaktionen der Bevölkerung in Silopi

Appell: 9 Bauern grausam ermordet und als „PKK-Militante“ ausgegeben. 2000 Menschen protestierten daraufhin gegen das an der Zivilbevölkerung verübte Massaker und riefen „Nieder mit der Türkei“, „Nieder mit dem Faschismus“.

Am 18. September 1989 wurden bei einer Militäroperation der türkischen Armee-Einheiten in dem Dorf Derebasi bei der Kreisstadt Silopi neun kurdische Bauern von hinten angeschossen und auf grausame Weise ermordet. Die Zeitungen danach berichteten von diesem Ereignis mit Überschriften wie „Neun PKK-Militante wie ein Sieb durchbohrt“ — „Dem Verräter Schlag aus der Luft — 9 Tote“. Jedoch offenbarte der entschlossene Widerstand des Dorfes, daß einfache Bauern aus der Zivilbevölkerung erschossen und als PKK-Militante ausgegeben worden waren. Die Ermordeten sind: Münir Aydın, Üzeyir Arzik, Abbas Bayan, Fevzi Bayan und Resit Eren (drei weitere Namen sind nicht bekannt).

Dieses Ereignis hat unter der Bevölkerung derart heftige Reaktionen ausgelöst, daß am 20.9.1989 2000 Menschen die Regierungsgebäude in der Kreisstadt Silopi gestürmt und mit Steinen angegriffen, die Scheiben eingeschlagen und mit Parolen wie „Nieder mit der Türkei“, „Nieder mit dem Faschismus“ dagegen protestiert haben, woraufhin heftige Auseinandersetzungen zwischen den Armee-Einheiten und der Bevölkerung zustandekamen.

Dieses Ereignis ist nur ein Beispiel dessen, was im Jahre 1989 im Kriegsschauplatz Kurdistan und allem voran in Botan zum Alltag geworden ist. Schon zuvor wurden bei Hakkari sechs Bauern, die auf dem Feld gearbeitet hatten, erschossen und danach derart entstellt und verbrannt, daß sie später als Terroristen

ausgegeben werden konnten. Die Leichen wurden zur Abschreckung der Bevölkerung als „PKK-Militante, die ihr Ende gefunden haben“ zur Schau gestellt.

Angesichts der immer wachsenden Beteiligung der Volksmassen an dem von der PKK getragenen Unabhängigkeitskampf und der damit verbundenen Erstarbung der Guerilla wird vor allem seit dem Sommer 1989 der Krieg gegen die Guerilla immer mehr auf die Zivilbevölkerung ausgedehnt. Was will der türkische Staat damit erreichen und was sind seine Ziele? Diese Beispiele zeigen deutlich, daß der türkische kolonialistische

Staat einen Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk führt. Immer mehr werden Erklärungen und Drohungen durch Repräsentanten der Militärs und der Regierung abgegeben, die das gesamte kurdische Volk zur Zielscheibe erklären; wie zuletzt die Erklärung des Brigadekommandanten von Hakkari, General Altay Tokat, der besagt: „Anstatt mit den Istanbuler Gesetzen können wir sie mit meinem System innerhalb kürzester Zeit vernichten. Wenn mein System angewandt werden würde, würde hier nicht einmal Gras wachsen, geschweige denn Menschen am Leben bleiben ... Unser Nachbar im Südosten

(Irak) hat die Menschen, die 50 Jahre lang gegen ihn gekämpft haben, mit einem Schlag vernichtet. Wenn wir wollen, können wir sie in gleicher Weise vernichten.“

Ein weiteres Beispiel für solche Erklärungen stellt die des Bürgermeisters von Sirnak dar, der zu 15000 Menschen in Sirnak sagt: „Ihr seid alle sowieso Terroristen, was macht das schon, ob ihr lieber heute als morgen verreckt.“

Wir weisen die Öffentlichkeit darauf hin, daß die Angriffe des faschistischen türkischen Staates immer mehr auf die Zivilbevölkerung ausgeweitet werden und die Form von Massakern annehmen. Deshalb appellieren wir an alle Institutionen und fortschrittlichen Personen, die die Menschenrechte achten, gegen diese Massaker des faschistischen türkischen Staates zu protestieren und so neue Massaker an einem Volk, das für seine Unabhängigkeit einen legitimen Kampf gegen den türkischen Kolonialismus führt, zu verhindern!

— (Kurdistan Komitee Köln, den 22.9.1989)

PKK-Generalsekretär Özalp zum PKK-Prozeß in der BRD

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Rede von PKK-Generalsekretär Özalp zu dem am 24. Oktober vor dem OLG-Düsseldorf beginnenden Prozeß gegen 19 Kurdinnen und Kurden wegen angeblichem Verstoß gegen § 129a StGB. Die vollständige Rede ist in der neuesten Ausgabe des „Kurdistan-Reports“ dokumentiert.

„Man will in der BRD einen PKK-Prozeß eröffnen! ... Wir sollen angeblich „Straftaten“ begangen und krumme Sachen gedreht haben ...

Wenn der Kampf der PKK bis 1980 hätte liquidiert oder unser bewaffneter Elan nach dem 15. August 1984 binnen ein bis zwei Jahren hätte niedergeschlagen werden können, hätte man nicht die Notwendigkeit gespürt, einen derartigen Prozeß durchzuführen. Die Imperialisten sind klug (gewieft); sie würden, anstatt sich der PKK direkt entgegenzustellen, es aus ihrer Sicht für angebrachter halten, Intrigen gegen die Widerstandssubstanz der PKK durchzuführen ... wie sie die gewünschte ‚gemäßigte PKK‘ oder ‚demokratischere PKK‘ schaffen könnten

Wir wollen zugleich betonen, es kann sein, daß einige Ereignisse geschehen sind, die aus juristischer Sicht verurteilt werden. Es kann sein, daß auf deutschem Boden einige Ereignisse geschehen sind. Doch das sind Ereignisse, die vor vier Jahren geschehen sind. Die Sicherheitskräfte hätten auch damals schon die Täter fassen und verurteilen können. Wie wir das schließlich in dem Zülfü-Gök-Fall gesehen haben, wurden auch einige verhaftet und verurteilt. Doch dieses Ereignis wurde in keiner Weise der gesamten PKK angelastet. Die letzte Anklage jedoch betrifft ‚Straftaten‘, die nicht nur in der BRD, sondern in unserem Land und im Mittleren Osten begangen worden sein sollen. Sie sagen: ‚Es ist eine Straftat, einen Menschen zu töten‘. D.h., jeder Tötungsfall durch unsere Revolution und unseren bewaffneten Kampf gegen die TR ist ‚Straftat‘, während jeder Tötungsfall der TR gegen uns als eine Notwendig-

keit der ‚Zivilisation‘ aufgefaßt ... werden soll. Genau dieser Punkt ist überaus wichtig. Diese Sachlage legt dar, daß der Prozeß kein juristischer Prozeß ist, sondern total zu einem politischen Prozeß gemacht wurde ... man versucht, die Tatsache, daß sich die PKK mit dem Ziel der Revolution auf den Weg gemacht hat, als einen Beleg ihres terroristischen Charakters zu benutzen. Genau dieser Punkt offenbart die anti-revolutionäre Substanz des deutschen Staates nach außen. Das ist eine wichtige und große Entwicklung. Es ist nicht nur der Widerspruch zwischen der PKK und dem deutschen Staat, der hier zutage tritt. Es ist gleichzeitig ein Vorgang, der die Lage der Demokratie allgemein in den imperialistischen Ländern offenbart ...

Die verhafteten Genossen werden offiziell beschuldigt, im Mittleren Osten, in der Türkei Morde begangen zu haben. Jedoch ist der bundesdeutsche Staat in keiner Weise weder der Verantwortliche für die Türkei, noch für den Mittleren Osten ... Die Deutschen sind auch nicht die Besitzer des Mittleren Ostens ... Es ist heute allen bekannt, daß die Formierung des Modells der Wirtschaft, der sozialen Struktur, der Kultur und Politik des türkischen Regimes geprägt ist durch den deutschen Stempel. Die EG beschäftigt sich im Rahmen der deutschen Linie mit der TR (Türkische Republik, d. Red.) ... Das, was die Deutschen verurteilen wollen, ist in Wirklichkeit der Widerstand und der revolutionäre Elan der PKK, der einzigen Hoffnung unseres Volkes ...

So wie zuvor der Hitler-Faschismus in der Person Dimitroffs den gesamten Sozialismus verurteilen wollte, versuchen der deutsche Imperialismus, seine reaktionäre Regierung und auch deren Diener, die Bundesanwaltschaft, durch die Verurteilung der gegenwärtig revolutionärsten Organisation im Mittleren Osten, die PKK, den Sozialismus und den Patriotismus auf der Basis der Unabhängigkeit zu verurteilen. Dieser Prozeß ist der zweite unter anderen Umständen eröffnete konterrevolutionäre Prozeß mit internationaler Bedeutung durch die Deutschen.“

Schweiz

Bundesrat will Frauen-Nachtarbeit

Die Schweizer Regierung will das strikte Verbot für Nacht- und Sonntagsarbeit für Frauen aufheben. Das sieht der Entwurf für eine Revision des Arbeitsgesetzes vor, den das Volkswirtschaftsdepartement am 13. September vorgestellt und in die „Vernehmlassung“, die Debatte in Ausschüssen und Parlament, geschickt hat. Ende März 1990 soll nach dem Willen der Regierung über die Vorlage entschieden werden.

Der Entwurf sieht vor, das generelle Verbot für Frauen-Nachtarbeit durch eine Regelung zu ersetzen, wonach zukünftig „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familienpflichten“ von der Arbeit nachts oder an Sonntagen ausgenommen werden sollen. Falls die zuständigen Stellen in Bund oder einzelnen Kantonen in einem Betrieb Nacht- oder Sonntagsarbeit erlauben, könnten zukünftig Lohnabhängige, die Kinder zu betreuen haben, von diesem Schutzrecht des Arbeitsgesetzes Gebrauch machen. Allerdings nur Alleinerziehende und Ehepaare oder Partner, die beide berufstätig sind.

Mit dieser Regelung ist dem konservativen Bundesrat ein geschickter Schachzug gelungen. Eine ersatzlose Streichung dieser Schutzrechte für Frauen im Arbeitsgesetz wäre auf heftige Gegenwehr aus den Gewerkschaften und wohl auch großen Teilen der Sozialdemokratischen Partei (SP) gestoßen. Mit dem jetzigen Vorstoß spekuliert man darauf, daß die Abwehrfront gespalten werden

kann — kinderlose Frauen contra Allein-erziehende und Familien mit Kindern.

Die geplante Teilrevision des Arbeitsgesetzes kommt auf Druck der Kapitalistenverbände zustande. Sie wollen die ihnen zu geringen gesetzlichen Spielräume für die Arbeit bei Nacht und am Sonntag beseitigt haben. Arbeit zu diesen Zeiten kann gegenwärtig nur bewilligt werden, wenn sie aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen „unentbehrlich“ ist. Daß man sich im Unternehmerlager mit der jetzt vorgeschlagenen Regelung nicht zufriedengeben wird, hat der Direktor des Zentralverbands der schweizerischen Arbeitgeberverbände umgehend deutlich gemacht. Die Revision könne schnell zur „Farce“ werden.

Die Kritik aus den Reihen der Gewerkschaften erscheint bislang eher verhalten. Deutliche Worte fand allerdings der Präsident der Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier. Die vorgesehene Änderung ermögliche es, Frauen unter dem Vorwand der Gleichberechtigung stärker zu diskriminieren. Vor allem in der Uhren-, Chips- und Textilindustrie würden dann bevorzugt kinderlose weibliche Arbeitskräfte eingestellt, die bis zu 30 Prozent weniger verdienen. Der Christliche Metallarbeiter-Verband hat angekündigt, gegen die Revision das Referendum (Volksabstimmung) zu ergreifen. Nötig sei, wenn die Regierung mit dem Gleichberechtigungsgrundsatz argumentiere, eine „Angleichung nach oben“, also etwa ein Nachtarbeitsverbot für Männer.

Quellenhinweis: Tages-Anzeiger, 14.9., 16.9. — (jüg)

US-„Krieg gegen Drogen“ Mehrzweckwaffe für innen und außen

Es soll hier nicht das Drogenproblem in den USA verharmlost werden. Es ist real und besonders drückend in den Slums und Ghettos. Dort ist die Drogenabhängigkeit und die Kriminalität besonders hoch. Ganze Stadtviertel werden von den Drogenhändlern und deren täglichen Schießereien terrorisiert. 22 Millionen benutzen in den USA laut neuester Statistik illegale Drogen. Der jährliche Umsatz dieses Wirtschaftsbereichs sei 100 Milliarden Dollar. Das Drogenproblem ist made in USA, und einige Leute werden gewaltig reich dabei.

Am 6. September enthüllte Präsident Bush seinen groß angekündigten Kriegsplan gegen Drogen. Den ganzen Sommer lang war das Drogenthema in den Medien sorgfältig orchestriert und zu einer Bedrohung der Nation hochstilisiert worden. Es gab keine sozialen und anderen Probleme mehr außer Drogen,

keine Wohnungslosen, keine Armut, keine Streiks, nur Drogen, Drogen, Drogen. Gemessen an dem Propagandarummel nimmt sich Bushs Plan mickrig aus — substantiell nichts Neues, sondern eine Verschärfung der bisherigen Repression. Mehr Gefängnisse und schärfere Strafen für gelegentliche Drogenbenutzer ist das zentrale Thema und macht finanziell den größten Teil aus. Behandlung und Vorbeugung macht wie bisher nur 10% der Mittel aus. Neu ist, daß Drogen zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA erklärt werden und damit nun Interventionen in Ländern Latein- und Mittelamerikas und Asiens gerechtfertigt werden sollen. Das Drogenproblem dient als Vorwand zu einem neuen ideologischen Kreuzzug, nachdem der bisherige Erzfeind — der Kommunismus — an Zugkraft verloren hat und außenpolitisch nicht mehr so opportun ist.

Nach innen ist der Ausbau der Gefängnisse eine Fortsetzung Reaganscher Politik: in den acht Reagan-Jahren wurde die Zahl der Gefängnisplätze nahezu verdoppelt, auf ca. 1 Million. Die Mittel dafür müssen die Einzelstaaten aufbringen, und sie werden von sozialen Programmen genommen. Ein Beispiel zeigt die Hinterhältigkeit der Kampagne: 50 Mio. \$ sollen aus dem Subventionsfond für Sozialwohnungen genommen und für ein Drogenüberwachungsprogramm in den Sozialwohnungssiedlungen verwendet werden. Neue Verordnungen bedrohen die Bewohner einer Sozialwohnung mit Ausweisung, wenn ein Mitglied der Familie mit Drogen erwischt wird. Die Bourgeoisie bereitet sich auf die erwartete Rebellion der Minderheiten, der ökonomisch Unterdrückten vor. In den letzten zehn Jahren hat sich die Lage der Minderheiten relativ verschlechtert. Fortschritte durch die Bürgerrechtsbewegung für die Minoritäten und in der sozialen Sicherheit sind seit Reagan wieder rückgängig gemacht worden.

Außenpolitisch versuchen die US-Imperialisten unter dem Titel Drogenbekämpfung sich ein Instrument und die Zustimmung oder zumindest Duldung der Bevölkerung für Interventionen zu verschaffen. 262 Mio. \$ sind für Vernichtung des Koka-Anbaus in der Andenregion von Kolumbien, Bolivien und Peru angesetzt. Ca. 100 US-Soldaten sind nach Kolumbien geschickt worden — offiziell zur Ausbildung an den gelieferten Hubschraubern und Waffen und für Aufklärung. In Kolumbien und in Peru gibt es eine starke linke Guerilla. In Kolumbien sind Teile des Militärs in einer reaktionären Allianz mit Landbesitzern und Drogenhändlern, ihre Todeschwadronen terrorisieren die politische Opposition. Es ist nicht schwer zu raten, wofür die 65 Mio. \$ Militärhilfe verwendet werden. In Guatemala wird die linke Guerilla des Opiumanbaus bezichtigt.

Die USA beschuldigt Fidel Castro, von Kokainschmuggel durch Kuba gewußt zu haben. Der Kriegsminister der USA hat seine obersten Militärs angewiesen, Pläne für einen effektiveren Einsatz der Streitkräfte zur Drogenbekämpfung auszuarbeiten. — (her, ger)

US-Imperialismus

Neue Strategien für Lateinamerika

1980 hatte der Rat für interamerikanische Sicherheit in Washington das Strategiekonzept „Eine neue Inter-Amerikanische Politik für die achtziger Jahre“ verfaßt. Damit griffen konservative Akademiker, Ex-Offiziere etc. die als „schwächlich“ empfundene Lateinamerikapolitik Jimmy Carters an und bereiteten mit aggressiv antikommunistischer Handlungsanweisung die Politik Reagans ideologisch vor.

1988 erarbeiteten dieselben Autoren ein Papier „Santa Fe 2 — Eine Strategie für Lateinamerika in den neunziger Jahren“, das an „Santa Fe 1“ anknüpfte, jedoch so weit neue Akzente setzte, um von der zukünftigen Regierung Bush als Arbeitsgrundlage akzeptiert zu werden.

Im Mittelpunkt des Textes von 1988 steht die „Demokratisierung“ Lateinamerikas: die Verbindung von Wirtschaftsliberalismus mit reglementierter Formaldemokratie. Die bisherige Entwicklung Lateinamerikas sei gekennzeichnet durch einen sich einmischenden und hemmenden Staatsapparat. „Regierungen mögen unstabil sein und wechseln, aber alle tendieren dazu, in ihrer Zeit eine Ausdehnung der Rolle des Staates anzustreben.“ Demokratie bedeute individuelle Freiheit und individuelle Freiheit wird mit freiem Unternehmertum gleichgesetzt. Konsequenz: Entstaatlichung halbstaatlicher Unternehmen, Entstaatlichung von Entscheidungsprozessen und Deregulierung.

Die Autoren verzichteten im neuen Papier auf ein eigenes Kapitel zur „Internen Subversion“. Die Gefährdung von US-Interessen wird stärker ideologisch und kulturell-politisch gesehen, als durch bewaffnete Aufstände. „Genau in diesem Zusammenhang muß die Befreiungstheologie verstanden werden: Sie ist eine politische Doktrin mit einer Tendenz gegen den Papst und gegen die freie Marktwirtschaft, die sich als religiöser Glaube maskiert, um so die Unabhängigkeit der Gesellschaft von dirigistischer Kontrolle zu schwächen. (...) So wird die marxistische Doktrin neuerdings einem schon lange bestehenden kulturellen und religiösen Phänomen aufgepfropft.“

Besonders ausführlich werden in „Santa Fe 1“ Mexiko, Brasilien und Cuba behandelt. Hinzugekommen sind

1988 Panama und — besonders gründlich — Kolumbien. Nicaragua wird in einem Kapitel „Low Intensity Conflict“ abgehandelt. Eine „Eindämmung“ der Sandinisten sei mit zu hohen Kosten verbunden und würde längerfristig gar nicht funktionieren. Daher sei das Ziel „Demokratisierung“ durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Medien des Landes.

Der besonders aggressive Ton des ersten Papiers gegenüber Cuba als angeblichem Hauptträger von „subversiver Verschwörung“ in der Region wurde etwas gemildert. Anstelle eines „Befreiungskriegs gegen Castro“ wird das Hauptgewicht nun auf die „Zeit nach Castro“ gelegt. Verhandlungen mit der UdSSR sollen dazu führen, daß diese ihre Truppen von der Insel abzieht. Danach sollte dann direkt mit Castro verhandelt werden, bzw. mit seinem Nachfolger. Die USA sollten verstärkt Radio- und Fernsehsendungen nach Cuba ausstrahlen, „als ein Mittel bürgerlicher Erziehung zur Schaffung eines demokratischen Regimes“.

Quelle: AIB/ Dritte Welt Zeitschrift 8/9 '89
— (zwk)

Norwegen

Die rassistische Bewegung

Bei den Wahlen zum norwegischen Parlament Anfang September erzielte die rechtsextreme „Fortschrittspartei“ 13% der Stimmen und zog als drittstärkste Partei nach Sozialdemokraten und Konservativen in das Parlament ein. Offene Unterstützung erhielt die Fortschrittspartei von der rassistischen FMI, von der sie sich als einzige Partei Norwegens auch nicht distanzierte. Im folgenden veröffentlichen wir eine Zuschrift eines norwegischen Genossen über die FMI. In den nächsten Ausgaben werden wir näher über das Verhältnis der FMI und der Fortschrittspartei und über die Entwicklung des antifaschistischen Widerstands in Norwegen berichten.

FMI („Volksbewegung gegen Einwanderung“)

Diese Organisation wurde 1987 in Südnorwegen gegründet. Anfangs bestand sie hauptsächlich aus lokalen Kräften der Konservativen Partei, ausgetretenen Sozialdemokraten und „lokalen Originalen“. Diese ergriffen die Initiative zu dieser Organisation mit einem klaren Anti-Einwanderer-Programm. Die Organisation entwickelte sich rasch zu einer landesweiten Organisation mit (nach eigenen Angaben) 20000 bis 30000 Mitgliedern. Innerhalb der FMI kam es inzwischen zu einer Polarisie-

rung. Auf der einen Seite bildete sich eine Truppe um den damaligen FMI-Leiter Myrdal, die u.a. eine Kampfgruppe aufbauen wollte. In dieser Gruppe arbeiten auch erklärte Neonazis mit. Die Entlarvung dieser Organisation von Kampfgruppen führte in der FMI zu einer Polarisierung und zur Bildung einer anderen Richtung mit mehr oder weniger Abstand zu Myrdals offen gewalttätigem Rassismus.

Die ersten Aktionen

In verschiedenen Städten wurden Gewaltaktionen durchgeführt gegen Läden von Einwanderern, politische Flüchtlinge wurden auf der Straße und in Restaurants verprügelt, eine ständig größere Menge von offen rassistischen Flugblättern wurde verteilt. Schwerpunkt dieser Aktionen war Arendal, der Stützpunkt

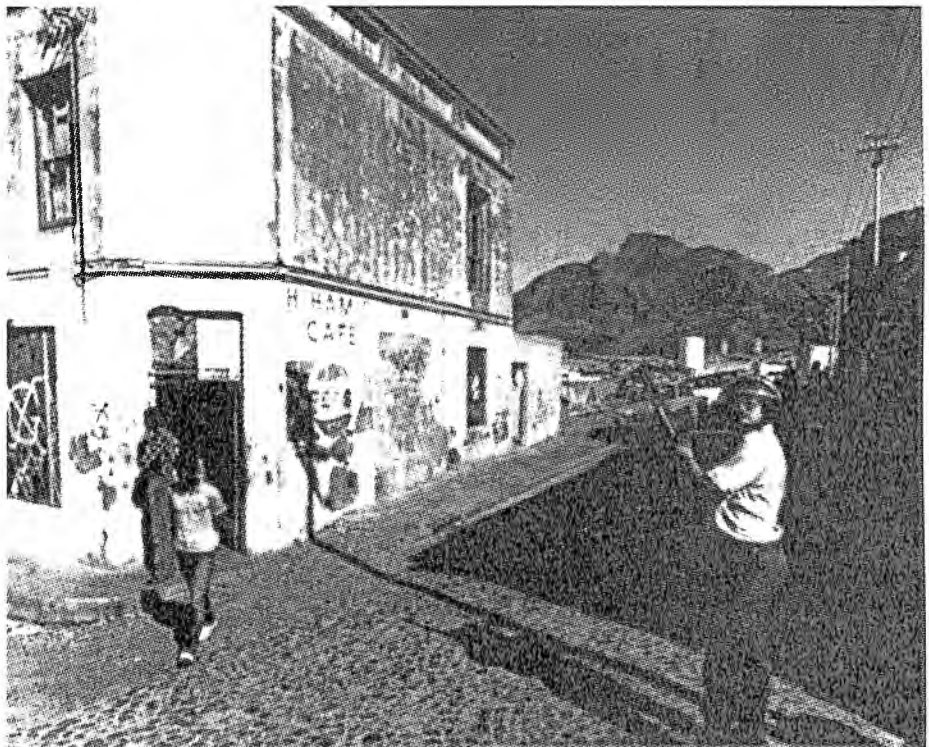
von Myrdal. Ein geplanter Bombenanschlag gegen ein Asylbewerber-Heim wurde aufgedeckt. Dieser Anschlag wurde zu Hause bei Myrdal vorbereitet. Eine Person in der Gruppe um Myrdal benachrichtigte „Klassekämpfer“, die Zeitung der AKP/ML, von dem geplanten Anschlag. Die Polizei wurde von den Plänen informiert. Sie verhaftete Myrdal noch vor dem geplanten Anschlag. Ende September wurde Myrdal zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bemerkenswert ist, daß seine Hauptzeugen hauptsächlich Neonazis sind, die zusammen mit Myrdal in der FMI arbeiten. Diese Neonazis gehören zur „Nationalen Volkspartei“, die Ende der 70er Jahre mehr oder weniger in Auflösung ging. Andere kommen von der „Neuen Demokratischen Union“, die ihren Stützpunkt auch im südlichen Norwegen hat. — (o.n.)

Südafrika/Azania

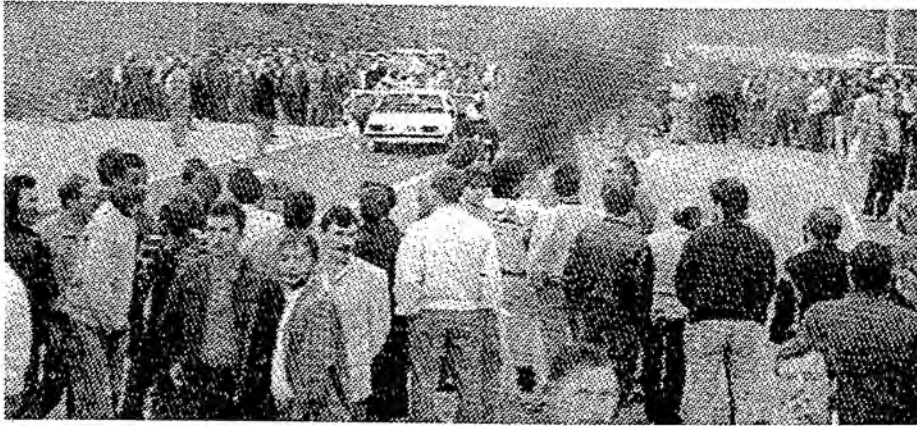
Rassisten planen Reformen gegen schärfere Sanktionen

Mindestens 25 Afrikaner kostete das Blutbad, das Armee und Polizei in der Nacht nach den rassistischen Parlamentswahlen am 6./7. September in Townships und Gettos der afrikanischen Bevölkerung anrichteten. Alle Organisationen der Befreiungsbewegung werteten dies als Beweis, daß die vom neuen Staatspräsidenten de Klerk angekündigten Reformen und Verfassungsänderungen

keine Änderung der Siedlerpolitik gegenüber der afrikanischen Bevölkerung bedeuten. Am 18. September fanden erneut große Demonstrationen in Kapstadt, Pretoria und Johannesburg statt, an denen sich zehntausende Afrikaner beteiligten. Die Demonstrationen forderten die Abschaffung der Apartheid, den Rückzug des Militärs aus den Townships und die Anerkennung des



Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes, Blancovollmachten für Polizei und Militär — das ist De Klerks Regierungsprogramm.



Seit dem 5. September streiken mehrere tausend Peugeot-Arbeiter für eine Anhebung ihrer Löhne. Nach Berichten der Presse fordern die Streikenden Lohnerhöhungen zwischen 150 und 500 DM im Monat, um die seit 1979 erlittenen Lohnsenkungen rückgängig zu machen. Im Werk Sochaux bei Belfort, mit 24000 Beschäftigten größte Produktionsstätte des Konzerns, ist die Produktion völlig lahmgelegt. Rund 2000 streikende Arbeiter des Werks, wo unter anderem das neue Luxusmodell 605 hergestellt wird, demonstrierten in den Straßen der nahegelegenen Stadt Montebéliard. In Mulhouse (12000 Beschäftigte) streiken über 6000 Arbeiter. Die Konzernleitung hat alle Verhandlungen mit Vertretern der Streikenden abgelehnt. Bild: Blockade der Werkszufahrt bei Peugeot-Mulhouse. — (poj, AGM, rül)

Mercedes-Benz Frankreich: Streik für Lohnerhöhung

Vom 14.09.89 bis 22.09.89 streikten 320 Angestellte im Auslieferungslager von Mercedes-Benz in Molsheim bei Straßburg zeitgleich mit den Peugeot-Arbeitern. Nach Angaben eines Sprechers der Gewerkschaft CGT beteiligten sich etwa 70 Prozent der Angestellten am Arbeitskampf für höhere Gehälter. Nach einer Woche Streik erklärte sich die Geschäftsleitung Gesprächsbereit. Sie bot den streikenden Angestellten eine Prämie von 500 Francs (147 DM) und Verhandlungen über Lohnerhöhungen an. Allerdings machte die Direktion den Gesprächsbeginn von der vorherigen Wiederaufnahme der Arbeit abhängig. Nach Angaben der Firmenleitung ließ

sich die Belegschaft darauf ein und nahm die Arbeit wieder auf.

(Quelle: Stuttg. Nachrichten) — (ros)

USA: Bergleute besetzen Fabrik

Einhundert streikende US-Bergleute haben am Sonntag eine Kohleverarbeitungsfabrik in der Nähe von Lebanon im Westen Virginiasanlage besetzt. Die Bergleute gehören zu den seit dem 5. April streikenden 1700 Bergleuten des Pittston-Konzerns. Die Vereinigte Bergarbeitergewerkschaft UMWA hatte die Besetzung beschlossen, nachdem die Konzernleitung von Pittston bei den kürzlich wieder aufgenommenen Verhandlungen keinerlei Nachgeben gezeigt hatte. — (rül)

Proteste baskischer Gefangener in 67 Gefängnissen

Seit dem 1. August protestieren über 500 baskische politische Gefangene mit einer unbefristeten „Chapeo“ (Selbst einschließung) gegen ihre zwangsweise Verteilung auf inzwischen 70 spanische Gefängnisse. Noch vor einem Jahr waren die baskischen politischen Gefangenen in knapp 20 Gefängnissen Spaniens inhaftiert. Diese Gefangenen-Kollektive hat die spanische Regierung seitdem systematisch begonnen zu zerstören. Inzwischen sind die baskischen Gefangenen auf 70 der 82 spanischen Gefängnisse verteilt. Angesichts der gegenwärtigen Kondition der Gefangenen — viele einzelisoliert oder geschwächt von Hungerstreiks — und ihrer momentan relativen Wehrlosigkeit, in der sich die zerrissenen Kollektive befinden, wählten die Gefangenen als Form des Protests das „chapeo indefinido“ (Selbst einschließung auf unbestimmte Zeit). Das heißt, sie verweigern in jedem Fall, ihre Zellen zu verlassen. In einer Erklärung kritisierten sie die Versuche der Regierung, die Gefangenen unter dem Vorwand der „Eingliederung in den Normalvollzug“ zu brechen und zu spalten und greifen die völlig unzureichende medizinische Betreuung an. Sie verlangen das verbriefte Recht auf Angehörigenbesuche, freien Briefverkehr und Anwaltsbesuch. Viele Angehörige wurden, nachdem sie zum Teil über tausend Kilometer gereist waren, nicht zu den Gefangenen gelassen. Zum Schluß bekräftigten sie die Forderung der ETA nach politischen Verhandlungen mit der spanischen Regierung und einer Lösung auf Grundlage der „Alternative KAS“, die als ersten Punkt die totale Amnestie für alle baskischen Gefangenen bedeutet.

Quelle: Euskadi-Information Extrablatt, September 1989 — (rül)

OAU-Plans für die Abschaffung der Apartheid.

Auf dem Gipfeltreffen der OAU, das am 20./21. August in Harare, Zimbabwe, stattfand, hatte Zeph Mothopeng, Präsident des PAC, für die afrikanischen Befreiungsorganisationen gesprochen. Er lehnte den von der Siedlerregierung mit Bedingungen, vor allem nach einseitiger Einstellung des bewaffneten Kampfes durch die Befreiungsorganisationen, versehenen Vorschlag für Verhandlungen ab, da die Regierung nicht auf dem Verhandlungswege zur Aufgabe ihrer Machtposition zu bringen sei: nur gleich starke Partner könnten miteinander verhandeln. Nach einem Bericht des südafrikanischen „Sowetan“ vom 22.8.89 sprach sich die OAU-Versammlung dafür aus, „daß Verhandlungen mit der Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der Regierung und den Befreiungsorganisationen beginnen sollten und

mit der Zustimmung aller Parteien zu einem Waffenstillstand. Der nächste Schritt müsse die Annahme einer Verfassung sein auf der Grundlage ein Mensch — eine Stimme, ein einheitlicher Staat. Gleichheit vor dem Gesetz und Wahrung der menschlichen Würde ohne Ansehen der Rasse, der Kultur des Geschlechts. Über die Konzeption eines Verfassungsentwurfs müßten sich alle beteiligten Parteien einigen, möglicherweise unter Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft.“ (1)

Als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen fordert das Südafrika-Ad-Hoc-Komitee der OAU: Freilassung aller politischen Gefangenen ohne Restriktionen; Aufhebung der Bannverfügungen gegen alle politischen Organisationen und Personen; Rückzug aller Truppen aus den Townships; Beendigung des Ausnahmezustandes; Stopp aller politischen Prozesse und Hinrichtun-

gen. Der PAC sprach sich dafür aus, daß zwei weitere Vorbedingungen aufgenommen werden: die Auflösung der Bantustans und die schriftliche Zusage der Regierung, zu „ein Mensch — eine Stimme“. Der PAC sieht nach wie vor keine Grundlage für Verhandlungen mit der Siedlerregierung.

Aus dem Wahlergebnis der Siedlerwahlen lassen sich auch keine Anzeichen dafür entdecken, daß die herrschende Minderheit gewillt ist, einer vollständigen Beseitigung der Apartheid zuzustimmen. Die seit 1948 regierende Nationale Partei hat zwar die absolute Stimmenmehrheit verloren — mit 48,6 Prozent erzielte sie das schlechteste Ergebnis seit 1961, als die Befreiungsorganisationen den bewaffneten Kampf aufnahmen. Die Konservative Partei, die auch öffentlich jede Reform ablehnt und für jede Aufrechterhaltung der Apartheid eintritt, konnte jedoch etwa sieben Prozent Stim-

Paris: Chinesische Exilorganisation gegründet

Oppositionelle Exil-Chinesen, darunter ein Berater des gestürzten Parteichefs Zhao Ziyang sowie ehemalige Studentenführer aus Peking, haben am 24.9. in Paris eine „Vereinigung für die Demokratie in China“ gegründet. Der Kongreß wurde u.a. durch Grußadressen der SPD, der Solidarność und des Vorsitzenden der Unterkommission für Menschenrechte im EG-Parlament ermuntert. Ein Redner der Kuomintang Taiwans erhielt lt. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 24.9. „großen Applaus“. — (rül)

TUC: Gewerkschaftsvermögen bei Streiks sichern

Die britischen Gewerkschaften glauben, daß sich nach zehnjähriger Defensive die Lage geändert hat. „Das Blatt hat sich zu unseren Gunsten gewendet“, sagte Norman Wills, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes Trades Union Congress (TUC). In den vergangenen Tarifauseinandersetzungen konnten die Gewerkschaften mit Lohnabschlüssen von rund 9% bei Inflationsraten von über 8% den Lebensstandard der Mitglieder halten. Auf dem Jahreskongreß des TUC in Blackpool wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, durch die das Gewerkschaftsvermögen den Zugriffen von Firmen, die illegal bestreikt werden und Schadensersatz suchen, entzogen werden soll. Die alten, durch mehrere konservative Reformgesetze eingeschränkten Immunitätsrechte sollen so zurückgewonnen werden. Laut „Handelsblatt“ bringt dieser Beschluß des TUC „die verbundene Labour Party in einige Verlegenheit.“ Die Labour Party steht vor ihrem Parteitag und sieht sich auf dem Weg zur Macht. Die bürgerliche Reak-

tion fürchtet, daß die Gewerkschaften Labour nun zwingen, die Forderung nach voller Restauration gewerkschaftlicher Rechte in den Wahlen zu erheben. (Quelle: Handelsblatt, 7.9.1989 — poj, AGM)

Südafrika: Angriffe gegen NUMSA, COSATU und NACTU

Die südafrikanische Sicherheitspolizei hat ihre Terror- und Belästigungskampagne gegen die Opposition fortgesetzt. So wurden zwei der jüngst freigesprochenen „Fünf von Alexandra“ wieder verhaftet. Das Haus von Moses Mayeki-

so, Generalsekretär der NUMSA und ebenfalls einer der „Fünf“, wurde durchsucht. Die Polizei drang auch in die Räume des Hauptsitzes des Gewerkschaftsbundes COSATU ein. Nach Ansicht des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes IMB sind die Angriffe auf NUMSA, das Haus von Mayekiso und COSATU und NACTU, den anderen großen Gewerkschaftsbünden, Beweise dafür, daß die neue de Klerk-Regierung die traditionelle Apartheid weiterverfolgt. IMB-Generalsekretär Marcello Malentacchi verurteilte den Terror als eine schändliche Maßregelung. — (ros)



Bis zum 26. September werde Vietnam seine letzten verbliebenen 26000 Soldaten aus Kampuchea abgezogen haben, verkündeten vietnamesische Sprecher am 20. September. Berichte, wonach ein Teil der Soldaten in Uniformen der Regierung in Pnom Penh gesteckt wurde, um so weiter gegen die Truppen des „Demokratischen Kampuchea“ zu kämpfen, seien Bestandteil einer „antivietnamesischen Verleumdungskampagne“. Unmittelbar nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen (Bild: Abzug aus der an Thailand grenzenden Provinz Battambang) aus dem Gebiet um Pailin umzingelten Einheiten der Roten Khmer die Stadt. In einer Radiosendung teilten sie mit, den Regierungstruppen und ihren vietnamesischen Verbündeten sei die Munition ausgegangen, die nördlichen Bezirke der Stadt seien eingenommen. Die Straße zwischen Bailin und Battambang liegt unter Beschuß der Roten Khmer. — (rül)

men gewinnen, sie erhielt etwa 30 Prozent. Die Demokratische Partei erreichte mit 20 Prozent etwa das Doppelte gegenüber 1987, sie vertritt öffentlich das Konzept der Bergbau-Konzerne: Abschaffung der Apartheid, Ein Mensch — eine Stimme, besteht aber auf Sicherung von Minderheitsrechten für die Weißen. Auch sie ist also eine Apartheid-Partei.

Alle Ankündigungen für eine Verfassungsreform, die die Nationale Partei anstrebt, enthalten die Ablehnung des Prinzips „Ein Mensch — eine Stimme“. De Klerk strebt den Aufbau einer vierten Parlamentskammer an, für „Schwarze“. Doch auch die jetzt zum zweiten Mal durchgeführten Wahlen für als „Farbige“ oder „Inder“ eingestufte Azanier haben gezeigt, daß solche rassistischen Lösungen keinen Widerhall bei den unterdrückten und entrechteten Schichten finden. Die Wahlbeteiligung bei diesen Gruppen lag nach den Aufrufen zum

Wahlboykott von Gewerkschaften, Befreiungsorganisationen und Kirchen unter 20 Prozent. In seiner Antrittsrede als Staatspräsident am 20. September machte De Klerk unmißverständlich klar, daß seine Regierung weder den Ausnahmezustand schnell aufheben werde noch irgendwelche anderen Zugeständnisse gegenüber dem Befreiungskampf machen werde. De Klerk kündigte an, „Unrast, Gewalt und Terrorismus“ werde mit starker Hand bekämpft werden. Der „Nationale Sicherheitsrat“, die tatsächliche Regierung Südafrikas, bestehend aus Vertretern der Militärs, der Polizei und wenigen Ministern, wird nicht aufgelöst.

Absehbar ist, daß die neue südafrikanische Regierung plant, mit Hilfe von Reformen den Druck der wenigen internationalen Wirtschaftssanktionen und vor allem das Verhängen weiterer, schärferer Sanktionen zu verhindern. Durch den

weiteren Verfall des Goldpreises und die immer aufwendigere und kostspieligere Erschließung der Goldadern in Südafrika selbst, die inzwischen tiefer als 4000 Meter geht, sind die Einnahmen aus dem Goldexport im letzten Halbjahr um weitere 2 Mrd. Rand gegenüber 1988 gesunken. Wahrscheinlich wird Südafrika nicht in der Lage sein, den 1984 mit westdeutschen, schweizerischen, britischen, französischen und us-amerikanischen Banken ausgehandelten Umschuldungsplan zu erfüllen. Neue Umschuldungsverhandlungen sind bereits geplant. Dafür hat Kanada einen Antrag an die Commonwealth-Konferenz gestellt, nachdem keine weiteren Kredite und Umschuldungen an Südafrika gewährt werden sollen.

Quellenhinweis: (1) zitiert nach: Azako Nachrichten 16/89; Financial Times v. 7.9., 17.9., 19.9.; The Guardian Weekly v. 17.9.89; Economist v. 9.9.89; Neue Zürcher Zeitung v. 9.9. und 22.9.89 — (uld)

Veröffentlichungen

SPD-Broschüre aus Bayern verharmlost die Republikaner

Unmittelbar nach dem Wahlerfolg der Republikaner in Westberlin erschien im April 89 die Broschüre „Die Republikaner — die falschen Patrioten“, Autoren Kurt Hirsch und Wolfgang Metz, in der Schriftenreihe der bayerischen SPD.

Seither, insbesondere seit dem hohen Wahlergebnis für die REP's bei den Wahlen zum Europa-Parlament, gibt es natürlich eine Reihe weiterer Äußerungen von Seiten der SPD dazu. Trotzdem ist es lohnend, sich diese Broschüre vorzuknöpfen ...

Im Vorwort von MdB Schöffberger wird festgestellt: „Wir freuen uns ganz besonders über jenen jungen Menschen, der diese Broschüre aufmerksam liest und daraus lernt“.

Was aber läßt sich aus dieser Broschüre lernen? Historisch zunächst wohl kaum etwas. Denn da wird das Aufkommen der Nationalsozialisten verharmlost als „eine Mißgeburt Münchner Bierkeller“. Viele Historiker, insbesondere natürlich marxistische, haben ausführlich die Förderung von rassistischem und völkischem Gedankengut bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die erstarkende deutsche Großbourgeoisie und von Teilen des Adels (Junker) nachgewiesen und auch die frühzeitige Förderung Hitlers und der NSDAP durch das Kapital. In der gesamten Broschüre wird das Kunststück begangen, diesen Zusammenhang zu leugnen. Dies führt dann notwendig dazu, den Nutzen der REP's für die westdeutschen Imperialisten und die Reaktion einfach nicht genau festmachen zu können. Insbesondere die vielfältige Einsetzbarkeit des Rassismus, um die Arbeiterbewegung an das nationale Kapital zu binden — bekanntermaßen mußten die Juden herhalten als „raffendes“ im Gegensatz zum deutschen „schaffenden“ Kapital ebenso wie als „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ — wird nicht untersucht, sondern nur etwas nebulös die „Gefährlichkeit“ von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß für die „Demokratie“ beklagt ...

Trotzdem fühlen sich natürlich viele SPD-Mitglieder dem antifaschistischen Widerstand verpflichtet und begreifen sich als Teil der Arbeiterbewegung. Dem trägt die Broschüre denn auch insofern Rechnung, indem z.B. ausgeführt wird: „Rechtsradikale bekämpft man nicht durch Übernahme oder Nachahmung rechtsradikaler Parolen. Rechtsradikale hält man von der politischen Macht ab, indem man ihnen mit den Idealen der Menschlichkeit, der Friedfertigkeit und der sozialen Gerechtigkeit in Wort und Tat entgegentritt. Indem man ihnen den Nährboden entzieht ...“

Der Autor kommt dann zu dem Schluß: „Es ist keine nationalsozialistische Partei, die in Berlin ins Parlament eingezogen ist. Aber in ihrer Diktion setzt die Parteispitze auf Vorurteile und soziale Unzufriedenheit, vor deren Hintergrund der Erfolg der Nazis in der Weimarer Republik zu sehen ist.“

Kernsätze im Programm der Republikaner sind faschistisch ... Von ihrem eigenen Ansatz her können die Autoren das nur verharmlosen und so die REP's natürlich nicht klar als faschistische Partei kennzeichnen. Damit gehen sie dem Kalkül Schönhubers voll auf dem Leim. Der hat es mit einem im Vergleich zu anderen neofaschistischen Programmen verhältnismäßig „gemäßigten“ Programm, begleitet auf Veranstaltungen mit radikalen Sprüchen und Drohungen, geschafft, daß die REP's Wähler insbesondere aus dem CDU/CSU-Spektrum, aber auch SPD-Wähler, abziehen



Viele SPD-Mitglieder gehen gegen das Aufkommen der Faschisten vor

konnten.

In der SPD-Broschüre wird nun vieles nur der geschickten Demagogie Schönhubers angelastet. Nun ist bestimmt ein Demagoge von der Qualität Schönhubers auch ein Faktor für das Erstarken der REP's. Aber bei allzu großer Gewichtung des demagogischen Talents ist man schnell bei der CDU/CSU, die nur die „radikalen Töne“ der REP's angreift und sich bei gleichen und ähnlichen Anliegen als die realpolitische Kraft dafür anbietet.

Viele Menschen im Spektrum der SPD-Organisationen, besonders auch Jugendliche, wollen gegen das Aufkommen der REP's vorgehen und tun dies bereits in Initiativen etc. Deshalb geht es mit dieser Kritik nicht darum, ein Bündnis mit diesen Kräften zu verhindern. Im Gegenteil. Aber nur in Auseinandersetzung mit der Linie, die sich in dieser Broschüre äußert und die Antifaschisten hilflos machen würde, kann dieses Bündnis erfolgreich sein. — (Isc/VF, mal)

Ein kritischer Beitrag zum Chemikaliengesetz

In den WSI-Mitteilungen 8/89 ist ein Beitrag erschienen, der sich kritisch mit dem Chemikaliengesetz befaßt. Die Autoren geben eine Übersicht über die vielen einzelnen Gesetze und Verordnungen. „Die Übersicht zeigt, daß es sehr unterschiedliche Regelungsformen gibt, die schwer zu überschauen sind und einen hohen Kontrollaufwand erfordern. Ein eindeutiger und systematischer Rahmen für den Umgang mit Chemikalien fehlt. Die Steuerung erfolgt z.T. über Anmeldeverfahren, dann über Zulassungsverfahren und meist über Grenzwerte. Entscheidende Bereiche unterliegen sogar gar keiner wirkungsvollen Bewertung und Regulierung.“ Zum geltenden Chemikaliengesetz heißt es: „Erst bei konkreten Anhaltspunkten darf die Bundesregierung weitere Unterlagen verlangen. Falls es dann zu einem Verbotsantrag kommt, setzt ein langwieriges und umständliches Verfahren ein ... Die geringe Wirksamkeit des Gesetzes zeigt sich daran, daß seit dem Inkrafttreten bis Juli 1988 lediglich 117 'neue Stoffe' angemeldet worden sind. Erst ca. 30 'Altstoffe' sind bisher auf die Gesundheits- und Umweltgefahren bewertet.“ An der Anfang 1989 vorgelegten Novelle zum Chemikaliengesetz wird vor allem kritisiert, „daß die Altstoffproblematik erneut nicht befriedigend geregelt wird ... Die Eingriffsschwellen bleiben zu niedrig, die Informationspflichten zu dürftig und die Prüfnachweise zu wenig wirkungsvoll. Vor allem die Umweltverbände kritisieren, daß es nach wie vor bei einem Anmeldegesetz geblieben ist, während ein Zulassungsgesetz angebracht wäre.“ Als Alternative zu der heute weitgehenden Selbstregulierung fordern die Autoren wie die Umweltverbände eine „systematische, vorsorgend ausgerichtete Chemiepolitik“ und ein dementsprechendes einheitliches Gesetz. Begründet wird dies erstens mit „einer gewaltigen Vergrößerung der Risikopotentiale“, zweitens aus der industriepolitischen Bedeutung der Chemiebranche. Die von ihnen vorgenommene Charakterisierung ist treffend und belegt: vergleichsweise hohe Wachstumsraten und Gewinne, starke Auslastung der Produktionsanlagen, relativ geringer Personalkostenanteil, Investitionsrekorde, hohe Exportüberschüsse und Weltmarktanteile und die überragende Stellung der drei Branchenfürer BASF, Bayer und Hoechst, deren Kooperation und Interessensabsprachen werden angeführt. Doch dann kommt der Dreh: Anstatt die expansiven Ziele und Methoden der Chemiekapitalisten zu kritisieren und einen Zusammenhang zwischen diesen Zielen und den „vergrößerten Risikopotentialen“ zu sehen, wird versucht, aus eben diesen expansiven Zielen Interessen für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik herzuleiten: „Für ihre Ziele ist die

Chemieindustrie als eine moderne Wirtschaftsbranche auf eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen ... Wer „Gesundheit“ und „moderne Produkte“ verkaufen will, darf sich auch aus ökonomischen Gründen das Image einer „Giftküche“ nicht leisten.“ Im letzten Teil ihres Artikel beschreiben die Autoren die Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik. — (tri)

Schwangerenberatungsgesetz: CDU setzt auf Mitglieder der FDP

In den Verhandlungen der Regierungskoalition zum Schwangerenberatungsgesetz haben sich CDU und FDP bisher nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen können. Im August 1989 äußerte Irmgard Adam-Schwaetzer die Vermutung, daß es in dieser Legislaturperiode nicht zu einer Einigung kommen werde, da der FDP die Vorstellungen der CDU zu restriktiv seien. In der CDU-Zeitschrift „Die politische Meinung“ sieht nun ein gewisser Rudolf Schöttler einen „neuen Hoffnungsschimmer“, nachdem sich kürzlich ein „Liberaler Gesprächskreis „Lebensrecht ungeborener Kinder““ gegründet habe. Bisher habe die FDP ein falsches Verständnis vom Liberalismus gehabt, bei dem zwischen ihren Aussagen und „den Prinzipien Freiheit, Verantwortung, Vernunft und Recht“ ein Widerspruch bestanden habe. Schöttler weist den Ausdruck „werdendes Leben“ als irreführend zurück und benutzt die Formulierung „sogenanntes ungeborenes menschliches Leben“, behauptet also, schon vor der Geburt habe man es mit einem selbständigen Menschen zu tun. Damit kann er der FDP und allen, die auch nur eingeschränkt das Recht auf Abbruch einer Schwangerschaft einräumen, vorwerfen, illiberal zu handeln, weil die Freiheit und das Recht des ungeborenen Menschen euthanasie-ähnlich beschnitten würden. Schöttler bezieht Morgenluft aus der Tatsache, daß eine Vertretung von Präsidium und Bundestagsfraktion der FDP, der u.a. Graf Lambsdorff, Mischnick und Cronenberg angehörten, eine Erklärung verabschiedet habe, nach der es sich bei der „Abtreibung eines ungeborenen Kindes letztlich um Tötung dieses Menschen handelt“. Zusätzlichen Druck auf die Liberalen verspricht sich Schöttler von der Vorbereitung eines Embryonenschutzgesetzes, womit zusätzliche oder leichtfertige Embryonenschädigung unter Strafe gestellt werden solle. Und dann „bewußte Tötung durch Abtreibung“ etwa straffrei? Und: „Der Vater sollte mitherrangezogen werden“, notiert Schöttler in der Hoffnung, in den Streit zwischen Geschlechtspartnern die objektive Gerichtsbarkeit einschieben zu können. Freie Bahn dem Staatsanwalt, ist die Moral des Artikels. Die politische Meinung Nr. 245, August 1989 — (elf, ael)

Methoden der Leistungsverdichtung

Rationalisierung oder Schulung und die Produktivität steigt

Immer häufiger klagen die Kollegen, daß mit der Leistungsdichte des Arbeitstages die Schmerzgrenze erreicht ist. Um so dringlicher werden deshalb in den Gewerkschaften Forderungen nach tarifvertraglichen Begrenzungen der Leistungsanforderungen erhoben.

In der Praxis stellt sich dies als problematisch heraus. Einerseits ist Leistung ein schwer definierbarer Begriff; was Leistung ist, entspringt den Vorstellungen des Arbeitgebers. Wird dennoch „Leistung“ in irgendeiner Form einem Maßprinzip unterworfen, besteht zwar eine Verhandlungsgrundlage für Arbeitnehmervertretungen, aber auch gleichzeitig ein „objektives“ Kriterium für den Arbeitgeber, vermeintliche Leistungsunfähigkeit nachzuweisen und damit gerade Leistungsdruck auszuüben.

Andererseits wird Leistungsverdichtung nicht unbedingt über Maßnahmen geschaffen, die augenfällig und sofort für jedermann spürbar sind. Vielmehr werden durch schleichend wirkende Veränderungen hinterrücks Tatsachen geschaffen.

Forderungen der HBV, die dahin gehen, daß den Arbeitnehmervertretungen mehr Rechte in Fragen zugestanden werden, sind sicherlich richtig, aber auch problematisch, da die Gefahr besteht, daß die betroffenen Arbeitnehmer selbst oder ihre Vertreter in die Verantwortung für die angepeilten Leistungssteigerungen eingebunden werden. Dies kann durchaus gelingen, je schwächer kollektive Rechte als Forderungen in der Belegschaft unterstützt werden. Der einzelne ist in diesem Leistungsstrudel den Anforderungen der Betriebe hoffnungslos ausgeliefert.

Es gilt Wege zu finden, die dem brutalen Anheizen der Konkurrenz unter den Kollegen spürbar entgegenwirken.

Neue Techniken

Eine offensichtliche Methode, um die Produktivität zu steigern, ist die übliche Rationalisierung mittels Einführung neuer Techniken und programmierter Arbeitsvorgänge mit Möglichkeiten zu verschärfter Leistungskontrolle. Dabei spielen verschiedene leistungsverschärfende Faktoren eine Rolle:

Einfache „Routinearbeiten“, die in einer entspannteren Arbeitsphase getätigt wurden, werden vom Computer übernommen. Übrigbleiben die Tätigkeiten, die mehr Anstrengung und Nerven kosten. Außerdem erfordert das Bedienen z.B. von Bildschirmen besondere Sinnesanstrengungen und Aufmerksamkeiten, die kaum Schwankungen unterliegen dürfen.

Die Anzahl der Vorgänge erhöht sich, auf die sich ein Sachbearbeiter immer wieder neu einstellen muß. Die Möglichkeit, „schnell noch einmal“ einen weiteren Fall einzugeben, treibt unterschwellig das Arbeitstempo an.

Der Umfang der erledigten Arbeiten, die Fehlerhäufigkeit und die für die Einzelfälle benötigte Zeit werden kontrollierbar und damit vergleichbar. Allein das Wissen über diese Möglichkeiten verstärkt Anspannung und Druck.

Änderung der Organisation

Eine herkömmliche Methode ist die Änderung der gesamten Arbeitsabläufe und der Arbeitsaufteilung, der eine intensive Suche nach den Poren des Arbeitstages vorangeht. Heute wird dies von Unternehmensberatungen durchgeführt, die danach oftmals zu erstaunlichen Ergebnissen kommen, was noch zu einem erwünschten Nebeneffekt führt: Die Veröffentlichung der Zahlen produziert eine angestrebte Unsicherheit, die immer noch zu viele Kollegen veranlaßt, auf einmal beweisen zu müssen, daß sie für den Betrieb unentbehrlich sind.

Auch wenn dann die erforschten Zahlen nicht im vollen Umfang realisiert werden, so wird doch die Teilumsetzung über die Verdichtung des Arbeitstages bewirkt: Entspanntere Arbeitsphasen sind ausgekundschaftet und getilgt worden.

Manchmal erscheinen solche Veränderungen der Arbeitsabläufe den Betroffenen sinnvoll, wenn sie nämlich den Eindruck gewonnen haben, daß sie gerade durch unnötige und umständliche Arbeitsgriffe belastet wurden. Die Erkenntnis, daß gerade das vermeintlich Umständliche und Unnötige ihnen bislang mehr Luft zum Atmen gelassen hat, kommt erst mit der Erfahrung.

Arbeitsmenge

Die wohl einfachste und billigste Art ist die Erhöhung des Arbeitspensums. Dabei kann der Arbeitgeber Stück für Stück vorgehen: Wächst der Gesamtumfang der Arbeit, werden keine oder nicht genügend neue Arbeitskräfte eingestellt, bleibt er gleich, werden Abgänge nicht ersetzt. Die Arbeit wird neu verteilt: Für den Einzelnen ist ein wenig mehr zu tun als vorher, später dann ein wenig mehr mehr usw.

Die verbreitete Leistungs-ideologie unterdrückt dabei den gerechtfertigten Widerstand des einzelnen Arbeitnehmers: Wer mag sich schon die Blöße geben, daß er nicht fähig sein könnte?

Besonders kompliziert wird die Lage, wenn solche Maßnahmen gekoppelt wer-

den mit Änderungen der Arbeitsorganisation und/oder Rationalisierungen: Die Arbeitsabläufe werden so variiert, daß nachfolgende neue Technologien in sie hineinpassen. Die Arbeitsmenge wird erhöht, um die Akzeptanz der angekündigten Rationalisierungen zu sichern. So wird über die Aussicht auf „technische Entlastung“ der Widerstand gegen die angeblich nur vorübergehende Arbeitsbelastung gebrochen.

Personalpolitik

Um die durchschnittliche Leistungsfähigkeit innerhalb der Belegschaft zu erhöhen, muß die Anzahl der erwartungsgemäß schwächeren Arbeitskräfte verringert und die der voraussichtlich stärkeren vergrößert werden. Angesichts des sich stark verändernden technologischen Arbeitsrahmens gehen die Betriebe davon aus, daß jüngere Mitarbeiter nicht nur billiger sind, sondern auch anpassungsfähiger, flexibler, frischer und verschleißbarer, damit geeigneter. Über Vorruhestandsregelungen sind die älteren Kollegen in den vergangenen Jahren auch tatsächlich nach Hause geschickt worden. Angesichts der Tatsache, daß aufgrund hoher Arbeitsintensität die Älteren es nicht mehr an ihrem Arbeitsplatz aushalten, schien ihnen ein tariflicher Vorruhestand von Gewerkschaftsseite nicht zu verwehren zu sein. Den Nachteil haben die jungen Kollegen: Es fehlt die Besonnenheit der „Alten“, ihre Erfahrung und ihr reduziertes Arbeitstempo.

Ihre Unerfahrenheit läßt sie häufig ihre Kräfte überschätzen, sich übermäßig verausgaben, falsche Maßstäbe setzen und anderen Kollegen ähnliches oder noch mehr abfordern helfen. Ein Teufelskreis beginnt.

Betriebsgemeinschaft

Insbesondere Führungskräfte aller Ebenen der betrieblichen Hierarchie werden schulungsmäßig in Identifikation mit den betrieblichen Zielen unterwiesen: Das persönliche Schicksal wird an das Wohlergehen der Firma gebunden. Abgeschöpft wird dann z.B. mit Hilfe von Qualitätszirkeln und Karriereversprechungen.

Mit Prämien eines betrieblichen Vorschlagswesens haben die Arbeitgeber eher vergeblich versucht, das Wissen den Beschäftigten darüber zu entlocken, wie ihr Arbeitsplatz effektiver zu gestalten ist. Neue Versuche sind, jetzt auch im Dienstleistungsbereich Qualitätszirkel zu institutionalisieren, mit denen die kollektiven Erfahrungen der Betroffenen aufgearbeitet und umgesetzt werden. Solche Zirkel werden von nicht unbeachtlichen Teilen der Belegschaft, insbesondere der höher bezahlten durchaus auch begrüßt. Sie knüpfen daran die Hoffnung, belastende Umstände innerhalb ihrer Arbeitsbedingungen so positiv beeinflussen zu können.

Insbesondere junge Kollegen ködern

die Arbeitgeber mit Versprechungen eines interessanten Karriereweges. Sie sprechen von Karriereplanung und nennen die Voraussetzungen: Flexibilität, Einsatz, Identifikation mit dem Betrieb, also: volle Leistungsbereitschaft, Wegstecken eigener Lebensziele. Sind sie dann schließlich körperlich und nervlich am Ende, findet die Karriere eben nicht mehr statt.



Der Arbeitgeber hat aber in der Zwischenzeit genau das erreicht, was er wollte: Hohe Leistungsdichte einiger, die das Gesamtniveau in die Höhe treiben und andere Kollegen mitreißen.

Arbeitszeitgestaltung

Eine nicht geringe Bedeutung bei der Verdichtung des Arbeitstages kommt der Gestaltung der Arbeitszeit zu. Schon in den Siebzigerjahren ist es den Betrieben gelungen, die sog. starren Arbeitszeiten, die keine Rücksicht nahmen auf den tatsächlichen Arbeitsanfall, aufzuweichen und „gleiten“ zu lassen. Dies war nicht nur kostengünstiger, weil Mehrarbeitszuschläge gespart wurden, sondern auch ansonsten effektiver. Sogar gerne verlassen die Kollegen die Firma, wenn sie nichts mehr zu tun haben. Ergebnis: Es wird in derselben Zeit mehr geschafft, es werden mehr Kraft und Nerven für den Kapitalisten verausgabt. Die Freude über „individuelle Freizeitgestaltung“ wird so mit Erschöpfung bezahlt.

Aus den Tarifikämpfen wissen wir, daß diese Möglichkeit noch stärker genutzt werden soll.

Entlohnungssysteme

Um höchste individuelle Verausgabung der Beschäftigten zu erreichen, möchten die Arbeitgeber individueller, sprich „leistungsbezogener“ die Löhne zahlen. Das bedeutet, daß sie mit einigen Mark mehr die Kollegen ködern, um sie noch mehr auszuplündern. Besonders gut

funktioniert dies, wenn zuvor ein niedriges Lohnniveau durchgesetzt wurde. So soll einer gegen den anderen gehetzt werden, damit jeder versucht, das Ergebnis der anderen zu übertreffen.

Auch diese Methode kann wieder Unterstützung innerhalb der Belegschaft finden. Denn einige sind sicher, daß sie zu denen gehören, die die Spitzenleistungen erbringen werden und empfinden es schon immer als ungerecht, wenn andere mehr verdienen als sie.

Besonders schwierig wird die Situation dann, wenn gleichzeitig noch ideologisch von den Kapitalisten aufgerüstet und verbreitet wird, daß der Betrieb ohne Leistungssteigerung zu Grunde gerichtet wird.

Verunsicherung

Gerüchte über die Gefährdung von Arbeitsplätzen können zwar Unruhe im Betrieb erzeugen, sie schaffen andererseits aber auch Unsicherheit. Nicht wenige sind in einer solchen Situation geneigt, ihre Leistungsfähigkeit beweisen zu wollen. Wieder entsteht ein Moment, das zur Intensivierung des Arbeitstages führt.

Mit solchen Verunsicherungen können gute Erfolge erzielt werden, auch wenn der Trauergesang den Geschäftsführern und Vorständen zu Recht meist nicht geglaubt wird. Es bleibt noch genug Verunsicherung, die die Arbeitsweise beeinflusst.

Beurteilungssysteme

Grundlage für leistungbezogene Entlohnungssysteme sind betriebliche „Leistungsbeurteilungen“. Versteht sich, daß allein schon deren Existenz das Leistungsklima verschärft.

Nicht selten fühlen sich Kollegen falsch von ihrem Vorgesetzten eingeschätzt. Sie meinen dann, daß ein Beurteilungssystem zu einer objektiveren Darstellung ihrer Arbeit führt und begrüßen solche Maßnahmen nicht nur, sondern fordern sie sogar.

Die unmittelbare Koppelung der Bewertung mit Leistungszuschlägen macht das alles nur noch perfider: Der Leistungsdruck wird nicht nur erhöht, sondern auch negative Verhaltensweisen unter den Kollegen gefördert.

Schulung, Weiterbildung

Als letzter Punkt sollen hier noch kurz die innerbetrieblichen Schulungsmaßnahmen angesprochen werden. An den Themen läßt sich nachweisen, daß hier nicht Selbstlosigkeit der Arbeitgeber geübt wird: Arbeitsmethodik, Time-Management, Konzentrations- und Gedächtnisübungen sind derzeit beliebte Seminarübungen, die unverblümt das Ziel erkennen lassen.

Werden diese erlernten Fähigkeiten unter den oben beschriebenen Bedingungen auch umgesetzt, ist tatsächlich die Leistungsmöglichkeit eines Menschen völlig erschöpft. — (mod)

Aktionen gegen das Herbstmanöver „Offenes Visier“

Walsrode. Beim Manöver „Offenes Visier“ versuchten Militärkapellen in auffallend vielen Dörfern und Städten bei der Bevölkerung mit Konzerten für Verständnis für die Zerstörungen durch Panzer, mitternächtlichen Krach, Evakuierung von Vieh usw. zu werben.

In Walsrode, wo sich am Samstagmorgen nur ganze 30 an Militärmusik Begeisterte einfanden, wurde das Konzert durch 25 Antimilitaristen leicht gestört. Die Grünen verteilten ein Flugblatt, in dem sie auf die immensen, ständigen militärischen Belastungen im Landkreis Soltau-Fallingb. hinwiesen. Sie trugen dazu ein Transparent „Frieden schaffen ohne Waffen“. Andere Spruchbänder lauteten: „Ist das Krieg? Was soll der Wahnsinn“, „Wir wollen Brot, keine Rüstung“ — in Anspielung an die armen Länder der Erde.

Die Antifaschistische Initiative Soltau-Fallingb./Visselhövede hatte zuvor plakatiert: „Manöver sind Kriegsvorbereitungen“. U.a. wurde Staatsminister Mertes aus der Bundestagsdebatte zum 17. Juni 1982 zitiert: „Der Eid des Soldaten gilt übrigens dem Wohle des Volkes insgesamt...“ — (cbn/AGJ, mal)

Anträge und Aktionen gegen Wahlzulassung von Faschisten

Stuttgart. Der Kreiswahlausschuß ließ am 12.9.1989 die Kandidatur von NPD, FAP und REP zu den Kommunalwahlen am 22.10. zu; der Beisitzer der Grünen stimmte gegen die Zulassung, die übrigen Rathausparteien CDU, FWV/UBL, FDP und SDP dafür. Im Vorfeld hatten die Deutsche Friedensunion, die Interessengemeinschaft ausländische Mitbürger e.V., die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten sowie die ALL gemeinsam mit der MLPD in Schreiben die Mitglieder des Wahlausschusses auf die faschistischen, rassistischen, militaristischen und gegen die Völkerverständigung gerichteten Ziele und Tätigkeiten der Antragsteller REP, NPD, FAP aufmerksam gemacht und ihre Nichtzulassung begründet. Die ALL verteilte vor dem Rathaus ein Flugblatt „Keine Zulassung von REP, NPD, FAP durch den Stuttgarter Gemeinderat“, die MLPD machte auf dieses Anliegen mit Standtafeln und Sandwiches aufmerksam. Obwohl der Vorsitzende des Wahlausschusses, Bürgermeister Lang, eine Diskussion über die Anträge mit dem Argument, der Ausschuß habe nur Formalitäten zu prüfen, unterbinden wollte, konnten die Vertrauensleute von ALL und MLPD die Nichtzulassung ausführlich begründen. Der Antrag der REP-Vertreter, gegen das Ausschußmitglied der Grünen wegen vorsätzlich rechtswidrigem Handeln juristische Schritte einzuleiten wurde vom Ausschuß abgelehnt. — (evc, zem)



Nur unter Protest führten die Republikaner am 20.09. in Köln eine Veranstaltung zu den Kommunalwahlen durch. Das Amtsgericht hatte ihnen zuvor die Mülheimer Stadthalle versagt. Die Polizei prügelte den Republikanern einen Ersatzort frei, den ca. 300 Gegendemonstranten blockiert hatten. Der brutale Polizeieinsatz wurde von den Medien scharf kritisiert. — (jöd)

Rom und Sinti: Erste Erfolge

Hamburg. Die hartnäckige Politik der RCU scheint erste Erfolge zu haben. Die Arbeiterwohlfahrt, die der Senat in sein Abschiebemodell mit einbeziehen wollte als auch das Diakonische Werk selbst, das das „Integrations“-modell ausgekocht hat, haben Rückzieher gemacht. Der Landesbischoff hat erklären lassen, daß er generell für ein Bleiberecht für alle 1500 Roma in Hamburg eintreten werde. Die AWO hat erklärt, daß sie an keinem Modell mitarbeiten wird, das nicht von der Roma-Vertretung akzeptiert wird. Damit mußte sich der Bischoff gegen das Modell — 100 dürfen in Hamburg bleiben, alle anderen werden abgeschoben — wenden. Die SPD will das Thema jetzt auf die nächste Innenministerkonferenz tragen. Den Hamburger Innensenator hindert keiner, seine Kollegen vom Bleiberecht in Hamburg zu überzeugen. Und dann gibt es in Hamburg-Schnelsen einen hübschen Wohnwagenplatz, der bald frei wird. — (mek)

Todesschuß: Anzeigen wegen Strafreitelung

Essen. Am 12.9. hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren wegen des tödlichen Polizeischusses auf den 13-jährigen Schüler Kemal C. eingestellt. Diese auf 32 A4-Seiten haarsträubend begründete Entscheidung stieß auch in der bürgerlichen Presse auf viel Kritik. Das AWO-Jugendwerk warf der Staatsanwaltschaft vor, sich als „Anwalt der Polizei“ mißverstanden zu haben. Gegen die Notwehr-Version der Polizei sprechen sowohl der Obduktionsbericht als auch über zehn Zeugenaussagen, die nicht berücksichtigt wurden. Zudem wurden schwere Fehler bei der Spuren-

sicherung bekannt. Der Rechtsanwalt der Familie hat Beschwerde gegen die Einstellung eingelegt. Die Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten und der Ermittlungs-Arbeitskreis haben den Staatsanwalt mit Anzeigen wegen Strafreitelung im Amt bedacht. — (wof)

Widerstand gegen zusätzlichen Flughafen

Rendsburg. Nach der Präsentation des Modells des geplanten zivilen Regionalflugplatzes auf dem Gelände des Flugplatzes des leichten Transportgeschwaders/Hohn bei Rendsburg geht die Landesregierung davon aus, daß die „zivile Nutzung machbar und finanzierbar ist“.

CDU Wirtschaftsrat und Unternehmer aus dem Unterelberraum treten indessen für einen Großflughafen in Kaltenkirchen ein. Sie begrüßen den Ausbau des Hohner Flughafens. Er sei aber kein Ersatz für Kaltenkirchen.

Auf der anderen Seite will die Bürgerinitiative gegen den Flughafenbau, die in den vergangenen Monaten ca. 7000 Unterschriften dagegen gesammelt hat, in den kommenden Wochen Bürgermeister und Kommunalpolitiker der Umlandgemeinden zu klaren Bekenntnissen bewegen.

An eine eigene Listenkandidatur zu den Kommunalwahlen im März 1990 sei auch gedacht. Auch wolle man die Anliegen über rechtliche Gesichtspunkte der Flughafenplanung wie Planfeststellungsverfahren, Grundstücksverkäufe und Lärmschutz unterrichten.

Der Kreisverband des BUND fordert von der Landesregierung eine Umweltverträglichkeitsprüfung sofort und nicht erst wenn über Nutzungs- und Bedarfsanalysen festgestellt sei, welche Art von Flugverkehr auf dem Platz abgewickelt werde. — (tus)

Forderungen an Bundesregierung

DGB und Mieterverein: Mietenstopp und Umwandlungsverbot!

München. Am 19. Oktober 1989 wird diese Aktion unter dem Motto „Münchener Mieter wehren sich“ ab 16 Uhr auf dem Marienplatz stattfinden. Zahlreiche Verbände und Organisationen werden sie unterstützen. Mit einer Unterschriftensammlung unter einen „Münchener Mieterschutzbrief“ soll einer am 12. April 1989 von der Mitgliederversammlung des Mietervereins München e.V. verabschiedeten Resolution mit fünf Forderungen an den Bonner Gesetzgeber Nachdruck verliehen werden. Gefordert wird eine wirksame Mietpreisbegrenzung, ein Umwandlungsverbot in Gebieten erhöhten Wohnungsbedarfs, ein verbesserter Kündigungsschutz, die Wiederherstellung der Wohnungsgemeinnützigkeit und ein soziales Mietwohnungs-

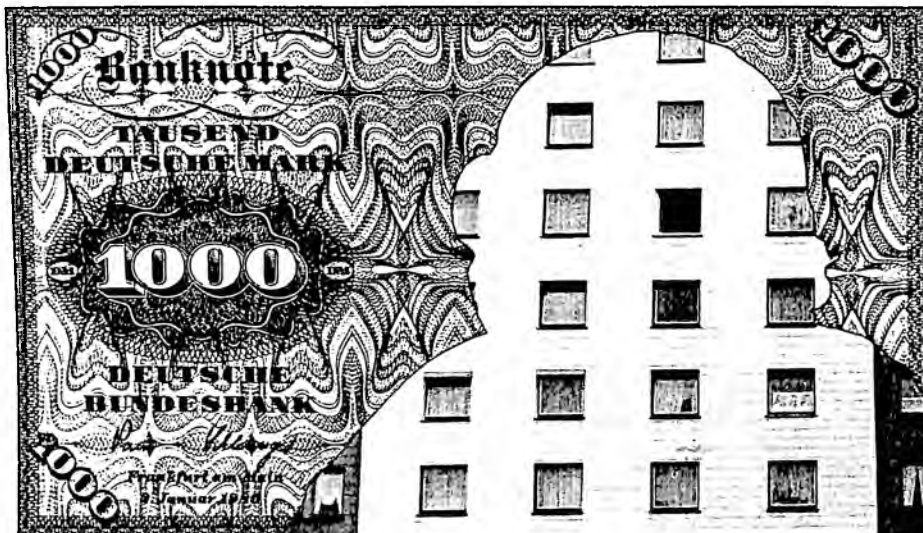
und Grüne haben (noch) keine Mehrheit, etwas zu ändern. Es ist höchste Zeit, daß sich die Mieter selbst rühren. Nur massiver Druck der Mieter kann die Bonner Wenderegierung dazu bringen, zu einer sozialen Mieten- und Wohnungspolitik zurückzukehren. . . . Könnte der Stadtrat in München über die Mietpreishöhe und Wohnungsversorgung entscheiden, dann müßten auch die örtlichen CSUler Farbe bekennen. Die Entrechtung der Kommunen ermöglicht aber die beklagten verteilten Rollen in der CSU. Dies müßte in und außerhalb der Parlamente und der Gemeinderäte kritisiert werden.

Diese außerparlamentarische Mobilisierung, die örtlich — wie hier in München — durch den Mieterverein e.V. und den DGB mit Unterstützung der SPD be-

rungen in sieben der achtzehn Planungsregionen hätten diese Einschätzung mehr als bestätigt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hiersemann beurteilt diese Situation als einen „verfassungswidrigen Zustand“, da laut Bayerische Verfassung jeder Bewohner des Freistaates Anspruch auf eine angemessene Wohnung habe. Die SPD-Landtagsfraktion will nicht nur finanzielle Mittel einfordern, sondern mit gesetzlichen Auflagen bewirken, daß z.B. bei Neuansiedlung, Firmen für einen Teil ihrer Beschäftigten Wohnraum beschaffen müßten. Auch hier gilt, die Kommunen müssen das Recht haben, nur solche Firmen ansiedeln zu lassen, die für den kommunalen Wohnungsbau Gelder bereitstellen.

Welches Ausmaß diese Entrechtung der Kommune angenommen hat, muß selbst OB Kronawitter in einem Interview mit der „Mieterzeitung“ (DMB) auf die Frage — Was kann die Stadt tun, um die Spekulation einzudämmen? — zugestehen. Kronawitter antwortet: „Die Stadt kann den bestehenden gesetzlichen Handlungsspielraum bis an die Grenze der Legalität zugunsten der Mieter ausschöpfen. Dies tun wir auch und haben da und dort Erfolge erzielt. Wenn wir aber von 50000 umgewandelten Wohnungen vielleicht ein oder zwei Prozent verhindern konnten, so macht dies deutlich, wie beschränkt unsere Möglichkeiten sind . . .“

Quellenhinweis: Bayerische Staatszeitung; Mieterschutz, Mitteilungsblatt des Mietervereins München e.V. — (dil)



Der Münchner Mieterverein e.V. fordert in einer Resolution an die in Bonn regierenden Parteien, daß die jährliche Mieterhöhung auf maximal 5% zu begrenzen ist und die Neuvermietungspreise die ortsübliche Vergleichsmiete nicht mehr als 10% übersteigen dürfe. Zur Bildung der Vergleichsmiete seien alle Mieten heranzuziehen.

bauprogramm. Der Mieterverein ruft seine Mitglieder dazu auf, Informationsstände durchzuführen, Hausverteilungen des Mietermagazins und die Unterschriftensammlung für den Mieterschutzbrief zu unterstützen. Der DGB will in Betrieben und Verwaltungen diese Unterschriftensammlung betreiben. Auf der Kundgebung am 19. Oktober 1989 wird OB Kronawitter (SPD) einer der Hauptredner sein.

Zur aktuellen Notwendigkeit dieser Großkundgebung und der Unterschriftensammlung stellt der Mieterverein fest: In München darf die CSU über Verbesserungen des Mieterschutzes reden; im Bonner Parlament (das dafür zuständig ist) bewegt sich nichts. SPD

trieben wird, findet gegenwärtig auch in ganz Bayern statt. Die SPD-Landtagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung kurz nach der parlamentarischen Sommerpause beschlossen, die Aktion „Recht auf Wohnen — Beseitigung der Wohnungsnot in Bayern“ durchzuführen. Ab Oktober will die Partei landesweit der Bevölkerung ihre Vorschläge zur Wohnungsbaupolitik vorlegen. Mittels einer Unterschriftensammlung soll dem SPD-Gesetzentwurf, den eine auf der Klausurtagung eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitet wird, gegenüber der Staatsregierung Nachdruck verliehen werden.

Die Volkszählung habe in Bayern einen Fehlbestand von mindestens 70000 Wohnungen ergeben, öffentliche Anhö-

Siemens AG Konzernstrukturen neu organisiert

Karlsruhe. Zum 1. Oktober wird die Änderung der Organisationsstruktur des Siemens-Konzerns abgeschlossen. Bereits vor einem Jahr wurden die Zentralabteilungen neu geordnet: die Zentralabteilung Unternehmensplanung und -entwicklung z.B. sorgt jetzt auch für den Drill des „Führungsnachwuchs für oberste Führungspositionen“, legt die Nachwuchsaufzucht an leitendem Personal direkt in die Vorstandsetagen. Oben raus kommt dort nur, wer seine Persönlichkeit bis zum letzten Quentchen dem Konzern vermacht hat.

Die Zentralabteilung Finanzen ist jetzt auch noch für den Bereich „Beteiligungswesen und Versicherungen“ zuständig. Erste Ergebnisse: Kooperationsprojekte mit dem US-Konzern IBM bei Rolm, der britischen General Electric (GEC) bei Plessey, einem der wichtigsten britischen Rüstungskonzerne und bei dem französischen Konzern IN2. Fünf Mrd. DM blättert die Siemens AG für diese Beteiligungen hin, zur Zeit ver-

fügt der Konzern über 24 Mrd. DM flüssiger Mittel.

Die neu gegründete Zentralabteilung Produktion und Logistik sorgt zukünftig dafür, daß Rationalisierungsmaßnahmen schneller und flächendeckend den gesamten Konzern überziehen. Die Abteilung übernimmt zusätzlich den Einkauf, die Anbindung der Zulieferfirmen an den Konzern wird stark zentralisiert. Mit der Umgestaltung der Zentralabteilungen sind auch gewaltige Personalumschichtungen verbunden — 20 bis 30% der bisher in den zentralen Bereichen Beschäftigten sollen nach der Umorganisation in die sogenannten „operativen Bereiche.“

Durch die jetzt abgeschlossene Umorganisation der Geschäftsbereiche soll der Konzern auf die Erfordernisse des Weltmarktes besser reagieren können. 16 neue Unternehmensbereiche wurden gebildet, aus „behäbigen Schlachtschiffen“ beweglichere „Fregatten“ gemacht. Die Rüstungswirtschaft ist zu einem eigenen Unternehmensbereich zusammengefaßt, die KWU als Bereich Energieerzeugung dem Konzern jetzt endgültig eingegliedert.

Durch die getroffenen organisatorischen Maßnahmen werden die Konzernentscheidungen, die ja mittlerweile die Entwicklung ganzer Volkswirtschaftsabteilungen betreffen, immer mehr auf kleine, spezialisierte Stäbe eingegrenzt, die nicht nur den Konzern fest in den Griff nehmen, sondern diesen Anspruch auch gegenüber der Gesellschaft geltend machen. — (map)

Kommunalwahlen

Linkes Wahlbündnis kandidiert

Freiburg. Die Linke Liste/Friedensliste wird mit 48 Kandidaten u.a. aus Friedensliste, DKP, VVN/BdA, Jungdemokraten, BWK und Volksfront zu den Kommunalwahlen in Freiburg kandidieren. Grundlage der Bündnisliste sind die „Beiträge zum Kommunalpolitischen Programm“, in denen es heißt:

„Grundlage und Ausgangspunkt unserer Politik sind die Interessen und Forderungen der Zusammenschlüsse und Initiativen, wie sie sich in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Schulen und Hochschulen und in den Stadtteilen bilden. Wir sind keine Partei, sondern ein örtliches Personenbündnis. Gleichwohl vertreten wir eine politische Richtung, die sich von anderen oppositionellen Parteien unterscheidet. Die entscheidende, allen Mitgliedern gemeinsame politische Grundlage unserer Liste und maßgebliche Triebfeder für ihre Bildung ist die Ablehnung jeglichen faschistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen

Gedankenguts, die Idee einer Gesellschaft ohne Herrschaft, d.h. ohne Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und das Eintreten für eine politische Ordnung, die auf dem Gedanken der Völkerverständigung basiert.

Deshalb erheben wir auch nicht den Anspruch, alle oppositionellen Strömungen in dieser Stadt zu repräsentieren; weder im Gemeinderat noch in der Politik außerhalb. Deshalb werden wir auch für die Tätigkeit im Gemeinderat, so weit wie mit unseren Grundsätzen vereinbar, die Zusammenarbeit mit den Grünen und der SPD suchen.“ Die Broschüre enthält Beiträge u.a. zu: Antifaschismus, Kommunale Friedenspolitik, Ausländerpolitik, Frauen, Stadtentwicklung, Mieten und Wohnen, Arbeit und Wirtschaft, Hochschule und Kommune.

Bisher fanden mehrere Veranstaltungen der Liste statt, u.a. zwei Veranstaltungen unter dem Titel „Faschismus darf nicht wählbar sein“. Infolge dieser Veranstaltungen wurden zwischen dem Antikriegstag und dem 12.9. knapp 400 Unterschriften unter einen Aufruf „Keine Wahlzulassung für faschistische Organisationen“ gesammelt, in dem auch das kommunale Wahlrecht für Nichtstaatsangehörige und „Keine öffentlichen Plätze und Räume für neofaschistische Organisationen“ gefordert wird. Der Gemeindevahlausschuß sowie der Oberbürgermeister wurden aufgefordert, keine faschistischen Organisationen zur Wahl zuzulassen.

Weitere Veranstaltungen fanden statt: gegen den Bau der 15. Fakultät, die der regionalen Wirtschaft und Konzernen wie Daimler Benz einen Investitionsschub besorgen soll; für Wahlrecht für Nichtstaatsangehörige (in Kritik der Normenkontrollklage der CDU/CSU gegen die Wahlgesetze in Hamburg und Schleswig-Holstein).

Quellenhinweis: Linke Liste/Friedensliste, Beiträge zum Kommunalpolitischen Programm, Freiburg 1989, zu beziehen über: GNN, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg, 38 Seiten, 1 DM — (ulb)

Krankenhauspersonal

Gleiche Rechte für Ausländer

München. Die ÖTV hat in einem Presse-Info und einem Flugblatt zur Anwerbung ausländischer Pflegekräfte durch die Stadt München Stellung genommen: „Grundsätzlich ist festzustellen, daß der Pflegekräftemangel in der Landeshauptstadt München nicht durch das Anwerben ausländischer Pflegekräfte zu beheben ist. Der Pflegekräftemangel wurde durch politische Fehlentscheidungen herbeigeführt und muß auch politisch ge-

löst werden. Bisher wurde von den Krankenhasträgern noch kein taugliches Konzept entwickelt, das zur Lösung der Probleme im Pflegebereich beitragen könnte. Auch das Anwerben ausländischer Pflegekräfte, vor allem durch Leiharbeitsfirmen, kann nur als Flickwerk angesehen werden...“

Entgegen den Forderungen der ÖTV, die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung für das Pflegepersonal deutlich zu verbessern, versucht der Münchner Gesundheitsreferent Dr. Zimmermann (CSU) den akuten Personalmangel mit der Anwerbung ausländischer Pflegekräfte z.B. aus Großbritannien, Irland und Ungarn zu beheben. Unterstützung erhält er von der Bayerischen Staatsregierung und von der Bundesregierung. Sozialminister Glück will zusätzlich verstärkt junge Aussiedler und Übersiedler für den Pflegeberuf anwerben. Angeblich gibt es schon positive Erfahrungen mit Aussiedlerinnen aus Polen und Rumänien. Die bisherigen Bemühungen. Pflegepersonal speziell für den Großraum München aus den EG-Mitgliedstaaten zu gewinnen, hat nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Die ÖTV befürchtet, daß diese Arbeitskräfte einen rechtlosen Sonderstatus erhalten.

Gegen einen solchen Sonderstatus richten sich insgesamt sechs Forderungen. Der öffentliche Arbeitgeber muß Sprachkurse organisieren und finanzieren, die auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Die Leihfirmen müssen sich an diesen Kosten beteiligen. Die Leiharbeitsverhältnisse sollen möglichst in unbefristete Arbeitsverträge umgewandelt werden. Das Personalvertretungsrecht muß volle Anwendung finden. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung müsse nach Anerkennung der beruflichen Qualifikation als Krankenschwester bzw. -pfleger die völlige Gleichstellung mit westdeutschen Pflegekräften vollziehen. Die ausländischen Pflegekräfte müßten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt werden. — (rul)



Die Zwei-Klassen-Medizin ist weiter auf dem Vormarsch.

Drogen

Jagdszenen aus Hannover gegen afrikanische Asylbewerber

Hannover. Bereits im Mai diesen Jahres warnte die Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger in einer Presseerklärung vor der systematischen Verbreitung einer Pogromstimmung gegen Schwarze, die in der Öffentlichkeit als Dealer abgestempelt werden. Die Repressalien gegen Schwarze in Hannover fanden im August ihren vorläufigen Höhepunkt, als die Polizei mit zwei Hundertschaften den Weißekreuzplatz stürmte, sich auf 41 Schwarze stürzte, um sie auf Rauschgift „zu überprüfen“. Offenbar soll mit dieser Hetzjagd der Boden bereitet werden für eine drastische Verschärfung der Asylgesetzgebung. Nicht nur, daß sich der hanno-

bei ihnen keine Unschuldsvermutung bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung? Die Antwort war ein Haufen wüster Beschimpfungen in der Leserbriefspalte.

Von den Ratsparteien war es lediglich die Gabl, die den Polizeieinsatz kritisierte, die SPD fand den Einsatz „... weder rassistisch noch als einen Angriff auf das Asylrecht.“ Bereits im April diesen Jahres hatten sich die SPD-Landtagsabgeordneten Auditor und Schmalstieg in einer Kleinen Anfrage unter anderem danach erkundigt, ob die Landesregierung im Bereich der polizeilichen Drogenbekämpfung eine Ausweitung der Stellen plane, worauf ihnen versichert wurde: „Wegen der besonderen

für diejenigen chemischen und synthetischen Stoffe zu entziehen, die zur Herstellung von Heroin benötigt werden.“

Polizeipräsident Dommaschk nennt auch offen den wahren Grund der Polizeiaktion, die Abschiebungspraxis „muß unbedingt verschärft werden“.

In einer Stellungnahme der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V. heißt es: „In Öffentlichkeit, Presse und Polizeipraxis wird nach der ‚Sündenbockmentalität‘ gegen Schwarze vorgegangen. Schwarze werden zur Zeit in Hannover für die Drogenprobleme hauptverantwortlich gemacht. Ihre Hautfarbe wird immer wieder zum Anlaß genommen, sie willkürlich öffentlich zu kontrollieren, zu schikanieren und zu diskriminieren ... Das geht im Einzelfall soweit:

— daß ‚Schwarze‘, die als Besucher nach Hannover kommen, am Bahnhof bereits kontrolliert werden;

— daß ‚schwarze Spaziergänger‘ willkürlich besonderen Kontrollen unterzogen werden;

— daß ‚schwarze Autofahrer‘ während normaler Verkehrskontrollen das Auto verlassen müssen und eine Durchsuchung des Autos vorgenommen wird;

— daß ‚schwarze Familienväter‘ ihre Kinder aus der Kinderkarre nehmen müssen, damit auch diese noch durchsucht werden kann;

— daß Frauen in Begleitung schwarzer Besucher, Spaziergänger, Autofahrer und Partner ... natürlich gleich mitkontrolliert werden ...“

Die Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger weist darauf hin, daß „... von wenigen Ausnahmen abgesehen — der Zuschlag im Strafmaß für die Hautfarbe nach unserer Erfahrung als Strafverteidiger alltäglich geworden ist.“

Im Juniplenium des niedersächsischen Landtages brachten die Grünen einen Entschließungsantrag „Initiative zu einer anderen Politik für Drogenabhängige“ ein, der eine „akzeptierende, entkriminalisierende Politik für Drogenabhängige fordert sowie eine Ausweitung der sozialen rehabilitativen Angebote“. Die Landesregierung wird zu einer Bundesratsinitiative mit dem Ziel aufgefordert

— für Beschäftigte in drogentherapeutischen Einrichtungen ein Zeugnisverweigerungsrecht zu schaffen;

— den Besitz kleiner, zum persönlichen Gebrauch bestimmter Drogenmengen nicht mehr unter Strafandrohung zu stellen;

— die Kronzeugenregelung des § 31 BtmG abzuschaffen sowie eine weitergehende Entkriminalisierung des Betäubungsmittelrechts zu prüfen.

Dazu Sozialminister Schnipkoweit (CDU): „Man kann nur hoffen, daß Ihr Einfluß nicht größer wird. Wenn Ihre Forderungen auf diesem Gebiet erfüllt würden, wäre dies eine Gefahr für dieses Volk.“ — (rec)



Bildunterschrift der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: „Mit Möbelwagen hat die Polizei am Dienstag (8.8., d. Red.) 100 Beamte zu einer Drogenrazzia am Weißekreuzplatz in Hannover gefahren. 40 Afrikaner, die dort mit Drogen handeln sollen, waren überrascht, als die Polizisten plötzlich aus den Fahrzeugen sprangen. Ziel der Großaktion war es, die Dealer zu verunsichern.“ Ganze 0,1 Gramm Heroin wurden gefunden! Daraufhin hat die Ausländerstelle der Stadt mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft am 20.9. gegen zwei Afrikaner, die des Handels mit Heroin verdächtig sind, noch vor einer Gerichtsverhandlung Ausweisungsbescheide erlassen.

versche Polizeipräsident rühmen konnte, für sein brutales, rassistisches Vorgehen offenen Beifall der anliegenden Geschäftsleute bekommen zu haben, jede kritische Stellungnahme läßt die Hannoversche Allgemeine Zeitung in einer Flut rassistischer Beschimpfungen untergehen.

So der Leserbrief einer Richterin am hannoverschen Amtsgericht: „... Schwarze liegen am Boden, Weiße knien über ihnen, halten sie fest oder gaffen. Kein Rassismus? ... Haben Schwarze keine Menschenwürde? Gilt

Situation in diesem Bereich in Hannover wird die Polizeidirektion Hannover z.Z. durch auswärtige Kräfte unterstützt.“ (Drucksache 11/3968)

Daß weder polizeiliche Mittel noch drakonische Strafen die Zahl der Drogenabhängigen und Drogentoten mindern, darauf wies bereits die niedersächsische Strafverteidigervereinigung hin. Die Verantwortlichen werden ohnehin nicht gegriffen. „Seit Jahren schon fordert die Weltgesundheitsorganisation die Bundesregierung auf, der Fa. Merck in Düsseldorf die Ausfuhrgenehmigung

Niedersachsen

Rechtsverschiebung vor der Wahl

Hannover. Inzwischen bezweifelt es niemand mehr. Der Landtagswahltermin in Niedersachsen wird im nächsten Jahr stattfinden. Dann, wenn sich die CDU/FDP-Landesregierung spürbare Wirkungen aus dem Strukturhilfeprogramm der Bundesregierung, der Steuerreform und eventuell noch von einer Ausgleichszahlung für die geplanten Atommüllendlager in Niedersachsen verspricht. Der den Republikanern zugerechnete ehemalige CDU-Abgeordnete Vajen sitzt als fraktionsloses Mitglied im Landtag, der aus der SPD ausgetretene Abgeordnete Hoch ebenfalls. Ernst Albrecht verfügt weiterhin über eine Stimme Mehrheit und hat in den letzten Jahren bewiesen, daß ihm die selbst für große Gesetzesvorhaben reicht. Für kurze zwei Wochen schien es so, und ging von SPD über Grüne bis ins linke Spektrum fast alles davon aus, daß Albrecht abgewirtschaftet hätte. Davon kann allerdings keine Rede sein.

Noch während „Vajen“ die Schlagzeilen beherrschte, suchte die Landesregierung die Konfrontation mit dem DGB. In der Landesverwaltung führt sie den Dienstleistungsabend in einer Reihe von Behörden „probeweise“ ein. Der DGB bezeichnet das Vorgehen der Landesregierung als skandalös, das von ihm erbetene Votum zum Dienstleistungsabend wäre eine Farce. Die Einzelhandelsverbände verstehen das Zeichen und versuchen trotz Tarifvertrag den Dienstleistungsabend weitgehend einzuführen. In Sachen Ostexpansion plant die CDU eine Kampagne für die „Wiedervereinigung“ und spricht sich gegen Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter aus. Kurz gesagt: In eine irgendwie geartete politische Defensive ist die Landesregierung nicht geraten. Wie erklären sich aber die Turbulenzen im Landtag?

CDU-Landesvorsitzender Hasselmann hat schon vor längerem die Öffentlichkeit unterrichtet, daß Zusammenarbeit mit den Republikanern für ihn kein Tabu sei. Die CDU bildet in Koalition mit der FDP die Landesregierung. Die FDP profiliert sich gerade über das Wirtschaftsministerium als Partei, die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden im Sog der großen Konzerne und wissenschaftlicher Forschungsinstitute Marktchancen eröffnen könnte. Mit solcher „echt liberalen Wirtschaftspolitik“ wird die FDP auch von der SPD als möglicher Koalitionspartner umworben. Der Quasi-Republikaner Vajen in der CDU-Landtagsfraktion mußte öffentlich wie eine Erklärung der CDU wirken, sich eine schwarzbraune Koalition offenzuhalten. Die FDP meuterte und Albrecht ließ Vajen unter Berücksichtigung übergeordneter



Wieder oben auf

Interessen (z.B. Bundesratsmehrheiten) fallen. Die einschlägige Klientel wirds trotzdem verstanden haben.

Ohne grundlegende Kritik an den Großprojekten der Konzerne, gegen faschistische Parteibildung, gegen die aggressiven Expansionspläne besonders gegen die DDR wird der anhaltende Vorstoß der Reaktion nicht aufzuhalten sein. Auch Spekulationen auf eine „Selbsterfleischung“ der Republikaner in Niedersachsen werden dann mit bösem Erwachen platzen. — (gka)

Asbest

Umweltsenatorin fordert Verbot

Westberlin. Anfang September wurde die Kurt-Schumacher Schule in Kreuzberg geschlossen wegen der Asbestbelastung durch Platten und Umschalungen der Stahlstützen im Keller. Seit 1987 wird an immer mehr öffentlichen Gebäuden, vor allem Schulen, hohe Asbestbelastungen festgestellt. Die Messungen finden fast ausschließlich in öffentlichen Gebäuden statt, obwohl Spritzputz oder Fertigbauteile ebenso für Bürohochhäuser, Fabriken und Häuser verwendet werden. Die Kosten für die Erfassung der Schäden an öffentlichen Gebäuden werden auf 100 Mio. DM geschätzt. Die Kosten für die Sanierung auf 2 Mrd. DM. Dazu kommt die Beseitigung des Abfalls. Spritzasbest und asbesthaltige Bauabfälle werden verpackt oder zu Blöcken gegossen und auf Deponien verbracht. Die Arbeiter, die diese Sanierung durchführen, müssen mit Schutzhelmen und Vollmaske arbeiten.

In den siebziger Jahren wurde in den Gesamtschulen Asbest verwendet, obwohl lange bewiesen war, daß Asbest ein

krebserzeugender Stoff ist. Der Asbestindustrie war es jahrelang gelungen, die Gefahren zu verharmlosen und die Eigenschaft des Asbests als Brandschutzmittel zu wirken, herauszustellen. Nachdem die Schäden immer größer wurden und der Protest sich gegen diese verstärkte, hat sich die Industrie darauf geeinigt, ab 1990 für den Hochbau und 1993 für den Tiefbau asbestfreie Produkte herzustellen.

Die Umweltsenatorin Schreyer (AL) hat nach einem Gespräch mit der Firma Eternit ein sofortiges Verbot des Einsatzes von Asbest und gleichzeitig auch ein Verbot für Asbestzementprodukte bei öffentlichen Bauvorhaben in Westberlin als Einzelmaßnahme des Landes gefordert. Das Gespräch fand statt, weil im Werk Rudow der Firma Eternit im Juli 1989 zwei Stunden lang insgesamt 10 kg Asbest in die Umgebung abgegeben wurde.

Bevor die Firma Eternit gegen einen sofortigen Ausstieg aus dem Asbestzement mit der Gefährdung von Investitionen drohen konnte, hatte sich schon der Vertreter der IG Chemie J. Wingefeld (SPD) zu Wort gemeldet und gegen die Absicht der Umweltsenatorin protestiert, mit dem Hinweis einer Gefährdung der Arbeitsplätze bei Eternit. Die Umweltsenatorin riet dem Vertreter der IG Chemie zu recht, sich besser um Leben und Gesundheit der Asbestarbeiter zu kümmern, als um das Wohl der Asbestindustrie. Die Weltgesundheitsorganisation kam 1987 zu der Feststellung, daß für Asbest keine unbedenkliche Konzentration angegeben werden kann.

Die Forderung nach einem sofortigen Verbot der Asbestzementproduktion muß unterstützt werden, im Hinblick auf die Gesundheit der Beschäftigten, der Bevölkerung und im Hinblick auf die Kosten der Sanierung und Abfallagerung. — (ann)



Schülerprotest gegen Asbestbelastung

Panther-Wellpappenfabriken

Betriebsrat in der Auseinandersetzung um Einführung des Drucktarifes gebildet

Tornesch. Die Konzerngruppe der Panther Wellpappen- und Papierfabriken ist eine der größten in der Wellpappenindustrie. 940 Lohnabhängige werden in vier Wellpappe produzierenden Betrieben, zwei Papierfabriken sowie einer Vordruckerei ausgebeutet. Das Kapital der Wellpappenindustrie versucht seit geraumer Zeit mit der Entwicklung des Flexodruckverfahrens in den Bereich der Offsetdruckerei einzubrechen. Das heißt: Die Oberbahn der Wellpappe wird, bevor sie an der Wellpappenanlage aufkaschiert wird, bedruckt. Offsetkaschierung bedeutet, daß im Offsetdruck bedruckte Bogen nach der Herstellung der Wellpappe aufkaschiert werden. Bei der Altonaer Wellpappenfabrik/Werk Tornesch lassen die Kapitalisten auf Flexo-

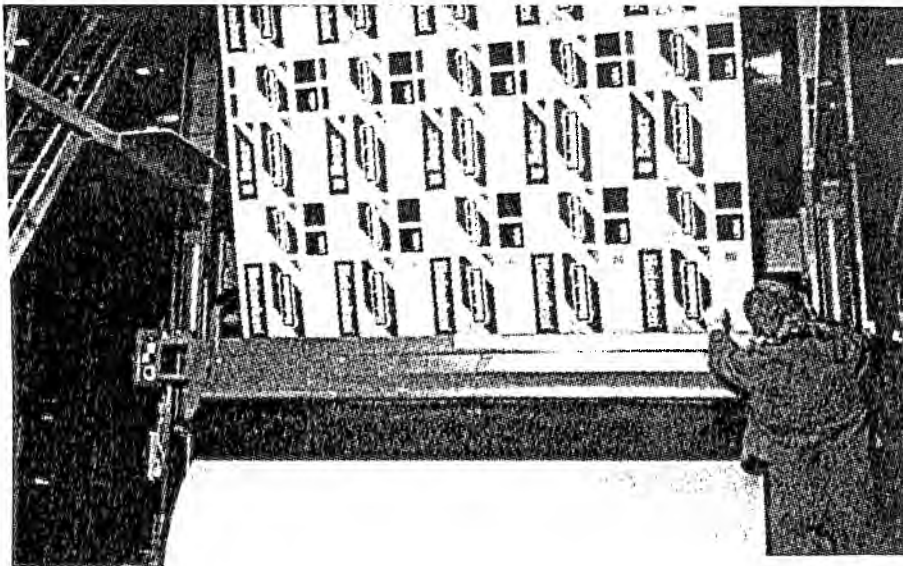
tierer in der Vordruckerei in die höchsten Lohngruppen der Papierverarbeitung: Lohngruppe VI, 3 Tätigkeitsjahre (12,83 DM); Lohngruppe VI (14,13 DM) und Lohngruppe VII (16,60 DM). Der höchste Tariflohn in der Papierverarbeitung (Lohngruppe VII — 16,60 DM) liegt knapp über dem höchsten Tariflohn für Hilfsarbeiter im Druck (Eingangsstufe V — 16,50 DM). In Lohngruppe VII sind die 1. Drucker an der 7-Farben Flexodruckmaschine eingruppiert (zum Vergleich LG VII im Druck — 20,84 DM).

Spaltung zwischen „gelernt und ungelernt“ entgegengesetzten

Die Angleichung an die tariflichen Bestimmungen der Druckindustrie ent-

gegen den Wahlausschuß („das Ganze hätte den Anschein einer illegalen Aktion“) blieben wirkungslos. Das Abstimmungsverfahren über die gemeinsame Wahl von Angestellten und Arbeitern wurde mit 100% Beteiligung durchgeführt. Ebenso die Betriebsratswahl. Ebenfalls hatte sich in dem Zeitraum der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 20% auf 70% erhöht. Der Betriebsrat hat mittlerweile die Gewerkschaft aufgefordert, Verhandlungen mit der Geschäftsleitung für diese Forderungen aufzunehmen. Daß die Auseinandersetzung überhaupt diesen Stand erreichen konnte, liegt hauptsächlich daran, daß die angelernten Drucker (75%) und angelernten Montierer (100%) durch die Bestimmungen des Lohnrahmentarifes mit den Facharbeitern gleichgestellt werden. Hier gelten Tätigkeitsmerkmale in Verbindung mit Richtbeispielen, um in die Lohngruppen V, VI und VII eingestuft zu werden, und nicht ob gelernt oder angelernt. Das „Einrichten, Umrüsten und Drucken an Hochdruckrotationen“ hat eben genauso für das Flexodruckverfahren zu gelten. Dies ist ein wesentlicher Gesichtspunkt, auch für andere Bereiche der Pappe- und Papierverarbeitung, an dem sich eine Auseinandersetzung um Lohn und MTV Druck mit Aussicht auf Erfolg entwickeln kann. Im Hauptwerk der Altonaer Wellpappenfabrik arbeiten an den sog. In-Liner Druckmaschinen (direktes Bedrucken der Wellpappe) und den Stanzen neben Verpackungsmittelmechanikern hauptsächlich angelernte Arbeitskräfte (darunter ein sehr hoher Anteil ausländischer Lohnabhängiger). Gleichzeitig mit der Forderung um den besseren Lohn, geht es um die Schichtprozenz sowie um die in der Druckindustrie ausgehandelten drei Tage zusätzlichen Urlaub bei Wechselschicht. Die Schichtprozenz liegen in der Papier- und Pappeverarbeitung halb so hoch wie in der Druckindustrie. Eine Auseinandersetzung um diese Forderungen könnte allerdings sofort und ohne großartige Verrenkungen von Betriebsräten als auch der Tarifkommission in der Papier- und Pappe verarbeitenden Industrie in Angriff genommen werden.

Zudem wurde aus dem Bereich der Papierverarbeitung die zentrale Tarifkommission beim Gründungskongreß der IG Medien im April aufgefordert, „einen geeigneten Weg zu finden, die Tarife der Papierverarbeitung denen der Druckindustrie anzugleichen. Begründung: Es ist nicht einzusehen, daß Kol-



druckmaschinen mit einer Arbeitsbreite von 2,50 m in einer als selbständigen Betrieb geführten Vordruckabteilung produzieren. Abgesehen davon, daß im Bogenoffset bisher nur Arbeitsbreiten bis zu 1,40 m vorkommen, sind tarifliche Besetzungsregelungen darüber hinaus weder im Manteltarif Druck noch bei der Papier- und Pappeverarbeitung geregelt. Eine Besetzungsregelung nach Anzahl von Druckwerken besteht nur im MTV Druck. Besetzungsregelungen für Arbeitsbreiten 2,50 sind unumgänglich, um der schleichenden Rationalisierung entgegenzuwirken. Neben diesen Vorteilen bei der Ausbeutung der Arbeitskraft zählt für die Kapitalisten als entscheidender der wesentlich niedrigere Tariflohn. Eingruppiert sind die Drucker und Mon-

wickelte sich hier in erster Linie an der Ungleichbehandlung von gelernten und ungelernten Druckern. Der Versuch der Kapitalisten, für die Weiterentwicklung des Flexodruckverfahrens sich die Erfahrung von aus der Druckindustrie kommenden Lohnabhängigen zu nutze zu machen, war zwangsweise damit verbunden, Effektivlöhne zahlen zu müssen, wie sie in dieser Branche üblich sind.

Nach einem Jahr ergebnislosen Versuchen zu Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über die Anwendung der lohn- und manteltariflichen Bestimmungen der Druckindustrie zu kommen, wurde im Sommer dieses Jahres erstmalig eine Betriebsratswahl durchgeführt. Die Attacken der Geschäftsleitung

leginnen und Kollegen mit zum Teil gleichen Tätigkeiten unterschiedliche Löhne und Gehälter bekommen, zumal es etliche Betriebe gibt, in denen beide Tarife angewendet werden.

Die Angleichung der Löhne entzieht zudem den Unternehmen einen der Gründe zur Tariffucht in den „billigen“ Tarifbereich Papierverarbeitung.“

Eine Angleichung ohne die unterschiedliche Struktur, in diesem Falle der Wellpappenindustrie und der Druckindustrie zu berücksichtigen, kann allerdings auch zu weiterer Differenzierung führen. Die Auseinandersetzung in der Vordruckerei ist, weil eben eindeutig ein Druckbetrieb, auf das Hauptwerk der Altonaer Wellpappe so nicht zu übertragen. Dort muß es in erster Linie um die Besserstellung der Hilfsarbeiter gehen.

Der durchschnittliche Effektivlohn liegt dort bei 15,31 DM. Mehr als ein Drittel ist dort in die Hilfsarbeiterlohngruppen III, IV und V eingruppiert. Über die Hälfte erhalten den normalen Facharbeiterecklohn. Und nur 10% sind

in Lohngruppe VII.

Angriff auf Lohnforderung: Ausweitung der Produktionszeit

Gegen den notwendigen Kampf um höhere Löhne bei der Altonaer Wellpappenfabrik, versuchen die Kapitalisten mit der Arbeitsorganisation die Arbeit zu intensivieren und gleichzeitig eine „Begründung“ für Wochenendarbeit zu schaffen. In der Vordruckabteilung wird die ständige Nachtschicht, die ursprünglich zum Umrüsten der Druckmaschinen durchgesetzt wurde, zum Fertigdrucken an beiden Maschinen eingeplant. Am Freitag, wo 6 1/2 Stunden gearbeitet werden, werden immer mehr Aufträge mit höheren Auflagen bis zu 6 Farben gefahren, die, um pünktlich in der Spätschicht Feierabend zu haben, zu schnellerem Arbeiten zwingen sollen. Ebenso handelt es sich bei diesen Aufträgen am Freitag um eng terminierte, die dann am Montag ausgeliefert werden sollen. Also Samstag eine zusätzliche Schicht. Da lassen die Kapitalisten auch 300 DM zu-

sätzlich, brutto versteht sich, für springen. So etwas soll dann Methode machen. Der Betriebsrat soll damit gezwungen werden, u.a. einer zweiten Nachtschicht zuzustimmen. Beim Hauptwerk der Altonaer Wellpappe werden schon seit längerem Wochenendschichten geschoben. Hier liegen die Löhne im Durchschnitt noch niedriger als in der Vordruckabteilung. Zusätzlich arbeiten die Betriebsschlosser und Elektriker für die Instandhaltung und Wartung der Maschinen dort am Wochenende. Auch das wollen die Kapitalisten auf die Vordruckabteilung ausweiten. Zusätzlich versuchen sie mit der Forderung nach versetzten Pausen die Diskussion über das gemeinsame Vorgehen der Kollegen zu stören. Der Auseinandersetzung über die Einführung der Lohn- und Manteltarifbedingungen der Druckindustrie, die sich hier entwickelt hat, begegnen die Kapitalisten mit einem Kampf um die Angleichung an die Arbeitsbedingungen, wie sie im Hauptwerk schon stattfinden.

— (rua)

Forderung für Neufassung der Lohnstruktur liegt vor

Auf dem Gründungskongreß der IG Medien wurde neben der Forderung nach Angleichung der Tarife von Papierverarbeitung an denen der Druckindustrie ebenfalls gefordert, „frühzeitig Vorschläge für eine Neufassung der Lohnstruktur Papierverarbeitung“ zu erarbeiten.

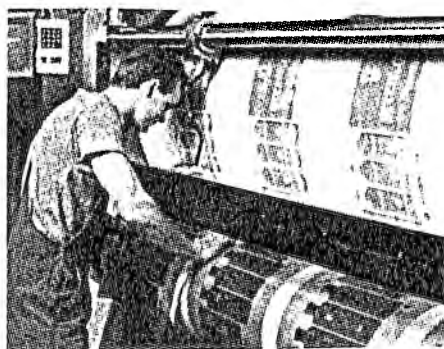
„Begründung: Der Lohnrahmentarifvertrag ist zum 31. Dezember 1989 kündbar. Hier besteht die Möglichkeit, die in der Vergangenheit erhobenen Forderungen der Mitglieder, u.a. nach zusätzlichen Anhebungen der unteren Lohngruppen bzw. nach Streichung der untersten Lohngruppe zu realisieren.“

Der Hauptvorstand der IG Medien hat jetzt „Forderungen zum Neuabschluß des Lohnrahmen-Tarifvertrages“ verfaßt. Das Ganze hat nach wie vor sieben Lohngruppen, obwohl die bisherige Lohngruppe I vom Wortlaut gestrichen ist. Lohngruppe I der Neufassung ist jetzt mit dem Prozentsatz vom Facharbeiter-Ecklohn gleichgesetzt mit der bisherigen Lohngruppe II. Die Tätigkeitsmerkmale der bisherigen LG II: „Arbeiten, die lediglich Kenntnisse und Fertigkeiten aufgrund einer Einweisung sowie Aufmerksamkeit erfordern“, sollen jetzt als LG I heißen: „Arbeiten, die lediglich Kenntnisse und Fertigkeiten aufgrund Anweisung erfordern.“ Die IG Medien begründet im Übrigen die Streichung der Lohngruppe I damit, daß nach eigenen Statistiken kaum Lohnabhängige in dieser Lohngruppe drin seien. Diese Begründung und die neuen Tätigkeitsmerkmale verdeutlichen eigentlich nur ebenfalls die nötige Streichung der bisheri-

gen LG II, falls die Hilfsarbeiter davon etwas haben sollen.

Die bisherige Lohngruppe II und neue Lohngruppe I soll also bei 75% vom Facharbeiterecklohn liegen. Die bisherige Lohngruppe III und neue Lohngruppe II soll anstatt 77,5% jetzt 80% vom Facharbeiterecklohn betragen. Die bisherige Lohngruppe IV und neue Lohngruppe III soll anstatt 80% jetzt 83% vom Facharbeiterecklohn betragen. Die bisherige Lohngruppe V und neue Lohngruppe IV soll dann anstatt 87,5% jetzt 90% vom Facharbeiterecklohn betragen. Die bisherige Lohngruppe VI und neue Lohngruppe V gelten dann mit 100% als Facharbeiterecklohngruppen. Die Tätigkeitsmerkmale der Lohngruppe VI wurde in der Neufassung in die Lohngruppen V und VI neu formuliert:

Bisher LG VI (100%): „Facharbeiten, die durch Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung in einem



Die beiden Flexodruckrotationen stehen im gleichen Gebäude wie die Montagemaschinen. Erschwerte Bedingungen bei dem paßgenauen Aufkleben der flexiblen Druckplatten. Druckzylinder bis zu 2,25m Umfang müssen hier bearbeitet werden.

anerkannten einschlägigen Ausbildungsberuf ausgeführt werden oder die ein durch längere einschlägige Berufserfahrung (in der Regel mehr als fünf Jahre) erworbenes gleichwertiges Fachkönnen erfordern“ soll jetzt heißen:

LG V (100%): „Arbeiten, die durch Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung in einem anerkannten einschlägigen Ausbildungsberuf ausgeführt werden, im 1. Jahr der Tätigkeit oder die ein durch entsprechende Berufserfahrung erworbenes gleichwertiges Fachwissen erfordern“ und LG VI (112%): „Arbeiten, die eine einschlägige abgeschlossene Berufsausbildung vermittelt Fachkönnen erfordern, das auch durch längere einschlägige Berufserfahrung (in der Regel mehr als fünf Jahre) erworben sein kann.“

Die Lohngruppe VII hat dann wieder die gleiche Formulierung wie bisher, soll aber anstatt 117,5% jetzt 120% vom Facharbeiterecklohn betragen. Die Aufteilung der LG VI in die LG V und VI ist eine völlige unnötige Differenzierung, die es eher schwerer machen wird, die LG VII zu erreichen. Bei der Altonaer Wellpappenfabrik/Hauptwerk Tornesch sind von den 186 Lohnabhängigen 25 in LG III, 26 in LG IV, 19 in LG V, 97 in LG VI und nur 19 in LG VII.

In der Vordruckerei sind von den 24 Lohnabhängigen neun in LG VII und die restlichen 15 in LG VI eingruppiert. Die Neufassung der Lohnstruktur würde auch hier zwangsläufig in V und VI differenzieren. Die Angleichung an die Lohnstruktur der Druckindustrie würde mit dieser Neufassung durchaus betrieben.

VW-Betriebsrat will Neueinstellungen

Hannover. Nachdem der VW-Betriebsrat zahlreiche Samstags-Sonderschichten genehmigt hat, verlangte nun der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, Hiller, auf einer Betriebsversammlung im Werk Wolfsburg am 20. September, daß Neueinstellungen zum „schnellstmöglichen Zeitpunkt“ erfolgen müßten. Ohne konkrete Bedingungen begründete er die Forderung wie folgt: Sonderschichten und Personalverringerungen führten zu Mehrarbeit und erhöhtem Leistungsdruck. Dies könne „dauerhaft“ nicht hingenommen werden. — (mal)

Rappe greift in Betriebsratswahl ein

Mannheim. Die nach dem Ausschluß der Vertrauensleitung bei Boehringer Mannheim aus der IG Chemie neugewählte VLL ist inzwischen von der Verwaltungsstelle faktisch suspendiert worden. Anlaß war die Ankündigung, man wolle zusammen mit den Ausgeschlossenen, darunter sechs BR-Mitgliedern, auf einer gemeinsamen Liste zur BR-Wahl 1990 kandidieren. Rappe kam persönlich auf eine

Kiel. 250 neue Planstellen wurden von den 200 Teilnehmern einer Kundgebung der ÖTV und der DAG vor dem Rathaus verlangt als Ausgleich für die Mehrarbeit, die durch die Arbeitszeitverkürzung entstanden ist. Der ÖTV-Bezirkssekretär warf der Stadt Tariffbetrug vor und stellte fest, die Gewerkschaften hätten mit dem Abschluß Vorleistungen geliefert, die jetzt als willkommene Einladung zum Sparen benutzt werden. Der Stadtpräsidentin wurde eine Resolution für die Beratung des Nachtragshaushaltes übergeben. — (kaq)

eilends einberufene Mitgliederversammlung, um zu verkünden, daß es keine gemeinsame Liste der IG Chemie mit den Ausgeschlossenen geben werde, auf jeden Fall aber eine IG-Chemie-Liste. Die Vorbereitung der BR-Wahl und die Einberufung von VL-/Mitgliederversammlungen liegt ab sofort bei der Verwaltungsstelle, die damit auch die IG-Chemie-Liste aufstellt. Rappe beruft sich stets auf die „Angestellten“ als Basis seiner „kooperativen“ Politik. Er kann die Erfolge „konfrontativer“ Politik in einem vorwiegenden Angestellten-Betrieb nicht dulden. — (tht)



Polizisten haben am 9. September in International Falls im US-Bundesstaat Minnesota mehrere hundert Bauarbeiter mit Tränengas beschossen. Zahlreiche Personen wurden verletzt und über 30 verhaftet. In dem Ort an der kanadischen Grenze hatten sich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aus den Bundesstaaten North Dakota, Wisconsin und Michigan versammelt, um gegen die Vergabe eines Bauauftrages an ein nichtgewerkschaftlich organisiertes Unternehmen zu protestieren. Der Gouverneur von Minnesota hatte die Nationalgarde in Alarmbereitschaft versetzt. Quelle: UZ, 12.9. — (mal)



Tarifabschluß wird weiter kritisiert

München. In „Konkret — Informationen der Gewerkschaft ÖTV Bayern“ 4/89 wurde eine ganze Seite mit kritischen Stellungnahmen von ÖTV-Vertrauensleuten zum Tarifabschluß veröffentlicht. Ein Beispiel: „Anstatt die Grundvergütung der Qualifikation anzupassen, wird mit Zuschlägen operiert, die unsere Kolleginnen und Kollegen natürlich sofort veranlassen darüber nachzudenken, wie der Dienstplan verändert werden kann, um zumindest in den Genuß der Zulagen zu kommen. Hierbei werden auch gesundheitsschädigende Dienstzeiten in Kauf genommen...“ — (rul)

Wegen Personalmangel Betten stillgelegt

Hannover. Von 82 Betten in der Klinik für Herzchirurgie der Medizinischen Hochschule Hannover können ca. 40 Prozent zur Zeit nicht belegt werden, rund ein Drittel der vorhandenen Personalstellen können nicht besetzt werden. Auf der herzchirurgischen Intensivstation stehen statt der vorgesehenen 32 Pflegekräfte nur 23 zur Verfügung, in der anschließenden Normalstation seien von 27 Stellen nur 20 besetzt. Angesichts der vielen Überstunden dürfe sich niemand wundern, wenn das Pflegepersonal wegläuft und kein neues zu finden sei, meinte der Leiter der Klinik. Minister Cassens räumte ein, daß für hochqualifiziertes Personal die Bezahlung nicht

attraktiv genug sei. Um die Situation nicht noch schlimmer werden zu lassen, will er ab 1990 auf den unbesetzten Stellen nicht nur Aushilfen, sondern festes Personal einsetzen. — (mpu)

Eltern kämpfen gegen Einsparungen

Rosdorf. Der Landkreis Göttingen hat aus Kostengründen (3000 DM „Ersparnis“) und ohne Vorankündigung die separate Schulbusbeförderung von Grundschulern der Samtgemeinde Rosdorf eingestellt. 87 Eltern schicken seitdem ihre Kinder nicht mehr zur Schule. Sie verlangen die Rücknahme dieser Einschränkung. Schulbusse sind wegen Überfüllung an Schülern vorbeigefahren, Grundschüler wurden nicht mehr vor ihrer Schule abgesetzt und mußten gefährliche Überwege begehen. Die Eltern wollen den Boykott solange fortsetzen, bis der Landkreis die alte Transportsituation wiederhergestellt hat. — (mal)

DGB gegen Personalkürzungen bei der Stadt

Essen. Die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz am 2.9. hat sich auch mit der „Spar“politik der Stadt befaßt. Einstimmig forderte sie die Stadt auf, ihre Beschlüsse zur Haushalts-Konsolidierung zu korrigieren. Da sich die Voraussetzungen, unter denen der Abbau von jährlich 240 Stellen beschlossen wurde, geändert hätten, seien Kürzungsmaßnahmen im Personalbereich nicht mehr gerechtfertigt. — (uld/AGK, wof)

Kommunalwahlen in Essen

**DKP: Gegen Konzerne,
für Arbeiterinteressen**

Zu den Kommunalwahlen am 1.10. in NRW kandidieren auch Kräfte, die für Antifaschismus und Arbeiterinteressen eintreten. In vielen Orten kann man die DKP wählen, in Gelsenkirchen, Duisburg und Neukirchen-Vluyn Listen der MLPD und in Dortmund die Dortmunder Linke Liste (DOLL), die u.a. von DKP und VSP getragen wird — unseres Wissens das einzige kommunale Bündnis links von den Grünen in NRW.

In Essen kandidiert die DKP zum Stadtrat und zu acht der neun Bezirksvertretungen. Schwerpunkt ihres Wahlkampfes ist der Essener Norden, dort sitzt sie seit den Kommunalwahlen 1985 in einer Bezirksvertretung. Die DKP will ausgehend vom Standpunkt der „Arbeiterklasse und aller anderen Schichten und Gruppen . . . , deren Interessen vom Monopolkapital . . . mit Füßen getreten werden“, in die politische Auseinandersetzung eingreifen. In ihrem Wahlprogramm wendet sie sich dagegen, daß die Stadt Essen zum „Serviceladen für Konzerne“ wird und fordert: „Stadtentwicklung statt Standortpolitik“.

Sicherlich sind manche Aussagen des Programms falsch, andere, die wichtig wären, fehlen, z.B. die unmenschliche Behandlung politischer Gefangener im Essener Gefängnis. Dies sind jedoch keine Gründe gegen eine Wahl der DKP, sondern vielmehr Gründe für die Entwicklung einer kontinuierlichen kommunalpolitischen Zusammenarbeit der Kräfte, die sich auf Antifaschismus und Arbeiterinteressen beziehen.

Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus Antworten auf einige Fragen, die wir Kandidaten der Essener DKP schriftlich gestellt haben. Quelle: Lokalberichte Essen — (syb, wof)

Fragen zur Kommunalwahl an die DKP in Essen

Frage: Welche Bedeutung hat für Euch die Kommunalpolitik? Wie steht Ihr zu den Rechten und Finanzen der Kommunen?

Antwort: Wenn auch über die Systemfrage nicht im Bereich der Kommunalpolitik entschieden wird, so ist doch die Kommune neben den Betrieben eines der entscheidenden Felder der politischen Auseinandersetzung: Hier machen die Menschen ihre Erfahrungen in der politischen Auseinandersetzung, hier sind sie in ihren Lebensbedingungen oft unmittelbar betroffen. Wir erleben überdies, wie der staatsmonopolistische Kapitalismus mit seinen Zentralisierungstendenzen den Städten und Gemeinden nicht nur immer mehr Rechte und Kompetenzen — sondern auch immer mehr Finanzen wegnimmt. Neben dem finanziellen Ausbluten der Städte und ihrer Auslieferung an Konzerninteressen bedeutet die Zentralisierung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch immer eine Beschneidung demokratischer Rechte.

Die Kommune ist für die DKP Lebensmittelpunkt der arbeitenden Bevölkerung, hier arbeiten sie (oder sind arbeitslos), hier stehen Fragen von Wohnraum, Umwelt, Bildung, Kultur, Freizeit, Verkehr, Teilhabe an politischen Entscheidungen. Wir treten daher an für eine Durchsetzung kommunaler Interessen gegen Land und Bund . . . Dazu gehört allerdings auch, daß kommunale Planung auch gegen Kapitalinteressen konsequenter durchgesetzt wird . . . Die Stadtkasse darf nicht zum Selbstbedienungsladen von Betrieben und Handel werden. Für dringend erforderlich halten wir Kommunistinnen und Kommunisten einen Ausbau der Rechte . . . der Städte . . .

Frage: In Eurem Wahlprogramm meßt Ihr der „Friedenspolitik“ auf kommunaler Ebene große Bedeutung bei. Was sind dabei Eure Ziele?

Antwort: Wir halten es für wichtig und auch für machbar, Friedenspolitik auf kommunaler Ebene zu entwickeln . . . Die DKP lehnt jeden Neubau und jede Modernisierung von Bunkern ab: Die freiwerdenden Mittel sollten für den sozialen Wohnungsbau verwandt werden. Der Rat sollte sich gegen Mi-

litarisierungsmaßnahmen wie Zivilschutz, Kriegssübungen, die als „Katastrophenschutz“ getarnt sind und sonstige Zwangsmaßnahmen wenden. Der Aufklärung der Bevölkerung — insbesondere der Jugend — über Faschismus und den Krieg und seine Auswirkungen muß weiter großes Gewicht beigemessen werden.

Frage: Revanchistische, großdeutsche Ansprüche gerade auch seitens der Bundesregierung nehmen stark zu. Wir halten es für falsch, daß Ihr Euch in Eurem Programm mit keinem Wort gegen die Patenschaft der Stadt Essen mit „Hindenburg“, dem heutigen Zabrze, wendet und die Unterstützung der Stadt für den zwei-jährlichen „Tag der Oberschlesier“ außen vor läßt.

Antwort: Konsequenterweise folgt aus unserer Haltung zur Friedenspolitik, daß wir den Revanchismus bekämpfen. Dazu gehört sicher auch die längst überfällige Aufhebung der Patenschaft zu „Hindenburg“, zu den „Hindenburgern“, aber auch die Beendigung der Unterstützung für landsmannschaftliche Treffen in Essen. Für diese Ziele ist die DKP in Essen über Jahre hinweg eingetreten, und wir tragen sie heute noch.

Frage: Wir finden es sehr wichtig, daß Ihr Euch gegen die Unterordnung der Kommunalpolitik unter die „Standortinteressen“ der Essener Konzerne wendet, gegen Privatisierung, Stellenabbau bei der Stadtverwaltung usw. Ihr weist darauf hin, daß es in Essen besonders viele ungeschützte Arbeitsverhältnisse gibt, vor allem im Handel und im öffentlichen Dienst. Wie wollt Ihr dagegen vorgehen?

Antwort: Probleme der ungeschützten Arbeitsverhältnisse oder der Teilzeitarbeit im negativen Sinne liegen auf der Entscheidungsebene der Gesetzgebung im Bundestag und der Tarifvertragsabschlüsse zwischen den Tarifvertragsparteien. Gleichwohl ist es richtig und wichtig, diese Fragen auch im Kommunalwahlkampf aufzuwerfen. Auf kommunaler Ebene agieren die gleichen Parteien wie auf Bundesebene und Funktionsträger der Gewerkschaften bewerben sich um kommunale Mandate. Standortpolitik bereitet in der gängigen Praxis der Kommune die Infra-Struktur für die Konzerne auf. Hier könnte ein Hebel angesetzt werden sowohl für verträgliche Produktion als auch für menschengerechte Arbeitsverhältnisse, z.B. durch strenge Auflagen bei Maßnahmen der Wirtschaftsförderung. Eine aktive Beschäftigungspolitik der Stadt müßte unter gleichem Gesichtswinkel die notwendigen Mittel von denen einfordern, die eine Beschäftigungspolitik notwendig machen.

Frage: Trotz Protest antifaschistischer Kräfte kandidiert in Essen die faschistische „Nationale Wählerliste“, daneben die zumindest weit rechts anzusiedelnde ÖDP. Welche Aufgaben seht Ihr dagegen, welche Möglichkeiten einer antifaschistischen Bündnispolitik? Welche Bedeutung hat die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer, die in Eurem Programm enthalten ist?

Antwort: Zunächst zum kommunalen Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer: Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften und vieler Initiativen nach der sofortigen Einführung des kommunalen Wahlrechts für ausländische Bürgerinnen und Bürger. Wir sehen dies allerdings nur als Einstieg zu einem allgemeinen Wahlrecht für ausländische Bürgerinnen und Bürger . . . die Debatte um die soziale und politische Gleichberechtigung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen . . . (muß) geführt werden.

Zur Frage der Kandidatur neofaschistischer Gruppen meinen wir, daß die Hauptgefahr in unserer Stadt in erster Linie von der NL ausgeht. Die Konzentration von NPD, DVU, REP und Aktivisten der FAP in einer Bündnisliste hat Bedeutung über Essen hinaus; die Losung „Essen muß eine deutsche Stadt bleiben“ hat Signalcharakter für Wählergruppen, die über die Politik der großen Parteien enttäuscht sind. Mit dem Kandidaturverzicht der REP können die Stimmen auf dem rechten Rand gebündelt werden. Wir sehen in der ÖDP ebenfalls eine Partei mit zumindest neofaschistischen Bestandteilen in der Programmatik und personellen Querverbindungen. Die Frage ist aber: wo konzentrieren wir unsere Kraft? . . .

Ausstellung des Justizministeriums

„Justiz und Nationalsozialismus“

Ende August hat Bundesjustizminister Engelhard die Ausstellung „Im Namen des Deutschen Volkes — Justiz und Nationalsozialismus“ in Karlsruhe, der „Residenz des Rechts“, eröffnet. Die Ausstellung war vorher in Westberlin zu sehen und soll u.a. noch in Trier, Köln und Nürnberg zu besichtigen sein. Sie besteht aus 124 Tafeln mit etwa 2000 Dokumenten und Bildern sowie Begleittexten. Die Ausstellung ist teilweise chronologisch gegliedert, sie beginnt mit der Entstehung der Weimarer Republik. Dieser erste Teil der Ausstellung „Die ungeliebte, verachtete Republik“ behandelt u.a. die personelle und ideologische Kontinuität des Justizapparates: „Der Kaiser geht, die Richter bleiben“ — die Justiz bleibt fest in der Hand reaktionärer und monarchistisch gesinnter Beamter, für die „die Treue gegen die Reichsverfassung nichts anderes als das Versprechen bedeutet, Hoch- und Landesverrat gegen sie zu unterlassen.“ Breiten Raum widmet dieser Teil der Ausstellung der politischen Justiz in der Weimarer Republik, dem Justizterror gegen die Kräfte der Arbeiterbewegung und die Förderung der Rechten und Faschisten durch die Gerichte. Zum

Beispiel werden die strafrechtlichen Konsequenzen aus der Münchner Räterepublik 1919 und dem Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 gegenübergestellt; der Prozeß gegen Hitler und Ludendorff in München und die Sympathien des bayerischen Justizministeriums für die Putschisten. Abgeschlossen wird der erste Teil mit der Behauptung, die personelle Basis der NSDAP vor 1933 in der Justiz sei eher gering gewesen, die „politische Heimat (der Justizjuristen liege) eher im deutsch-nationalen oder konservativ-bürgerlichen Spektrum“. Immerhin war aber zumindest der oberste Ankläger der Republik, Oberreichsanwalt Werner, schon vor 1933 Mitglied der NSDAP.

Der Hauptteil der Ausstellung hat den Titel „Justiz für Führer, Volk und Staat“. Zu den Themenkreisen zählt z.B. „Nationalsozialistisches Denken in Rechtsprechung, Gesetzgebung und Justizverwaltung“; „Die Justiz wird ausgeschaltet“; „Die innere Front — Strafrecht im Krieg“; „Justiz und SS/Polizei — Konkurrenz und Kooperation“. Eine Vielzahl an Dokumenten, Beispielen von menschlichen Schicksalen sind zu diesen Themen dargestellt, die einen Eindruck des

faschistischen Terrors vermitteln:

Der Reichstagsbrand, Anlaß für die „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“; das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33: „Die Regierung kann ohne Parlament regieren und verfassungsändernde Reichsgesetze erlassen.“ Alle Grundrechte werden beseitigt, z.B. Aufhebung des Artikels 114 („Die Freiheit der Person ist unverletzlich“); das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, mit dem jüdische Juristen und politische Oppositionelle aus dem Justizapparat entfernt und die Justiz personell und ideologisch ausgerichtet wird. Zahlreiche Fälle jüdischer Juristen, die zuerst dem Berufsverbot, später Inhaftierung und Ermordung ausgeliefert sind, werden dokumentiert.

Ebenso der Ausbau des „Strafrechts als politisches Kampfinstrument“: auf Hochverrat steht rückwirkend die Todesstrafe. Terror, Folter und Mord der SS und SA werden juristischer Verfolgung entzogen. Die Einrichtung von Sondergerichten, Strafvollzug mit Internierungs- und Arbeitslagern, Ausbildung der neuen Juristengeneration, Schaffung von „justizfreien“ Räumen in KZs, Judenpogrom, Euthanasie, „Volksschädlings-Verordnung“, Todesstrafe sind Themenkreise, die sehr umfangreiches Anschauungsmaterial bieten.

Aufschlußreich sind Dokumente und Protokolle von

Verfahren und Ermittlungen der NS-Behörden und der NS-Justiz, insbesondere das Wüten des Volksgerichtshofes, dem mit Beginn des faschistischen Überfalls auf Polen die Aufgabe zukommt, jegliche Kritik am faschistischen Kriegsterror und die Zersetzung der „inneren Front“ zu liquidieren.

Ab 1939 sind Einstellungen in der Justiz abhängig von der Parteizugehörigkeit zur NSDAP, ab 1942 wird nur noch Laufbahn befördert, wer der NSDAP angehört. Die Mitgliedschaft nimmt zu und der Justizapparat wird auf die Erfordernisse der Kriegsführung hingetrimmt. U.a. werden die „Richterbriefe“ eingeführt, „... in denen als positiv bzw. negativ eingestufte Entscheidungen besprochen werden“. Selbst die durch die faschistische Gesetzgebung vorgegebenen Rechtsentscheidungen der Gerichte werden noch von den faschistischen Terrororganisationen SA, SS und der Gestapo gekippt. Verurteilte verschwinden nach Urteilsverkündung in der „Schutzhäft“ der SS.

Fazit des zweiten Teils der Ausstellung: „Die Mehrheit (der Richter) aber paßt sich dem Zeitgeist an, da sie sich ‚nicht von vorneherein laubhahnmäßig ausschalten‘ will. ... Sie schaltet sich selbst gleich — als Kämpfer im Heerbann des Führers.“

Wer bis zum Ende des zweiten Teils vorgedrungen ist, dem fällt auf, daß die Ausstellung sorgsam vermei-

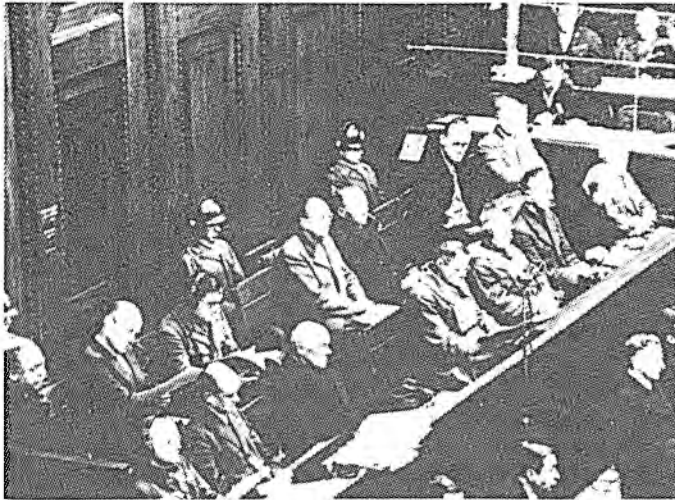


Faschistische Justiz und Propaganda: „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt“; Der Volksgerichtshof fällt allein von 1940 bis 1945 über 5000 Todesurteile zum „Schutz der inneren Front“. Bild rechts: Freisler, Vorsitzender des Volksgerichtshofs.

det, über die sozialen Interessen des faschistischen Terrorregimes zu handeln. Mit keinem Wort werden die Interessen der Monopolbourgeoisie, der reichsdeutschen Konzerne erwähnt. Sowieso haben die Autoren der Ausstellung Erfahrungen und Bewertungen der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen aus dem antifaschistischen Kampf an keiner Stelle zu Wort kommen lassen.

Zum dritten Teil, der „so genannten Stunde Null“, er-

Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung — die personelle Kontinuität der bundesdeutschen Justiz“; „Der Korpsgeist in der Justiz“; „Was damals Recht war, kann heute doch nicht Unrecht sein — Richter vor Gericht“ regierungsunabhängig behandeln. Auffällig: sofern die BRD-Behörden überhaupt gegen NS-Verbrecher ermittelten, dann vor allem aufgrund von Hinweisen, die die DDR der internationalen Öffentlichkeit übergab.



Nürnberger Juristenprozeß: von zehn Verurteilten 1947 sind bis auf einen spätestens 1951 alle wieder frei. Aus dem Urteil: „Die Angeklagten sind solch unermeßlicher Verbrechen beschuldigt, daß bloße Einzelfälle von Verbrechenstatbeständen im Vergleich dazu unbedeutend erscheinen.“

klärt der Bundesjustizminister in seiner Eröffnungsrede: „Nach 1945 war die Justiz nicht bereit, sich ihrer Vergangenheit zu stellen, in einer offenen Diskussion Ursachen und Hintergründe ihrer Rolle in der NS-Zeit zu erörtern und daraus die Konsequenzen zu ziehen, auch strafrechtlicher oder dienstrechtlicher Art. Diese Flucht vor der Vergangenheit halte ich für die Fehlleistung der bundesdeutschen Justiz. Ihren Ausdruck findet sie vor allem in der Tatsache, daß keiner der Richter eines Sondergerichts oder des Volksgerichtshofs wegen einer der zahlreichen Unrechtsurteile von bundesdeutschen Gerichten rechtskräftig verurteilt worden ist. Am Ende steht die biologische Amnestie.“ Weil sich das Problem der nicht durchgeführten Entnazifizierung in der BRD — zumindest personell — weitgehend „biologisch“ löst, lassen sich auch Themenkreise wie: „Der

Die Abrechnung des Justizministers mit den „Fehlleistungen“ der Justiz dürfte über kurz oder lang als freiheitlich-demokratischer Anspruch daherkommen, die Rehabilitation des Faschismus in der BRD zu dulden. Bei der Eröffnung der Ausstellung in Karlsruhe sprachen auch Baden-Württembergs Justizminister Eyrych, verantwortlich u.a. für den „Schutzhafte“-Trakt Stuttgart-Stammheim und die Vernichtungshaftbedingungen von Günter Sonnenberg, sowie Generalbundesanwalt Rebmann, zur Zeit beschäftigt mit BRD-Kriegsführung gegen den kurdischen Befreiungskampf.

Die Ausstellung ist als Katalog erhältlich (461 Seiten, 17,50 DM) im Verlag Wissenschaft und Politik, Köln. Die zahlreichen Dokumente von Gesetzesverordnungen, Erlassen, Kontrollratsbeschlüssen usw. sind durchwegs interessant. — (evd, map)

Ausländerwahlrecht

Westberliner SPD am schwanken?

Auf die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts hatten sich die Westberliner AL und SPD in ihrem Koalitionspapier geeinigt. Vor der Sommerpause wollte die SPD nicht, da der Gesetzestext „wasserdicht“ sein müsse, um bei einer Verfassungsklage der CDU nicht allzu dumm dazustehen. Nun, diese Klage war aber schon längst auf den Weg gebracht. Nach der Sommerpause bekommt die SPD dann so richtig Bammel, beobachtet die Kampagne von Faschisten und CDU und will nun das Ergebnis der CDU-Verfassungsklage abwarten. Nebenbei soll dann auch der eigenen Basis die Forderung nach einem kommunalem Ausländerwahlrecht vermittelt werden. Die AL zeigt sich erstaunlich verständnisvoll und wartet mit.

Folgende Eckpunkte sind inzwischen beschlossen: Fünf Jahre rechtmäßiger Aufenthalt in der BRD oder in Westberlin werden zur Voraussetzung gemacht. Die SPD stellt sich vor, daß eine normale Aufenthaltserlaubnis für das aktive Wahlrecht reichen muß, während für das passive Wahlrecht eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis vorausgesetzt werden soll. Offensichtlich hat die SPD auch einige interne Probleme, ihren Mitgliedern die Sache zu verklickern. Sie versucht es mit dem Gerede von der multikulturellen Gesellschaft. Nun, nichts gegen türkische Volkstänze und türkische Küche als Bereicherung des Lebens in Mitteleuropa, aber die Begründung der Forderung nach Wahlrecht auf dieser Grundlage fällt schwer.

Was fällt nun der sogenannten Linken dazu ein? Mindestforderung muß allgemeines Wahlrecht sein usw. Alle möglichen weitergehenden Forderungen werden aufgestellt, was als Vorbedingung für eine entsprechende Propaganda bzw. als Vorwand, um diese Auseinandersetzung nicht zu führen, genutzt wird. Interessant wird das Thema dann erst, wenn Faschisten gegen ein Ausländerwahlrecht auftreten. Hier herrscht dann auch noch Verwunderung, wenn sich Ausländer zum Republikaner-Jagen mißbraucht fühlen. Es entsteht der Eindruck, als sucht die sogenannte Linke in den Arbeitsimmigranten eine Basis zum Verheizen in der Auseinandersetzung mit den Faschisten. Einige Immigrantengruppen und ausländische Kollegen in der IGM treten schon verschüchtert den Rückzug an.

Das Problem scheint bei der SPD und den sogenannten Linken dasselbe zu sein, Wahlrecht allein als humanitäre Frage, nach dem Motto: ein Herz für Ausländer. Da die SPD sich weitgehend von den Interessen der Arbeiterklasse befreit hat, fällt es ihr schwer, mit eben diesen Interessen zu argumentieren. Und gerade hier liegt der Punkt zur Begründung der Forderung nach Ausländerwahlrecht. Ein großer Teil der Arbeiter, vor allem in den unteren Lohngruppen, hat nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Hier wird versucht zu spalten, um die Arbeits- und Lebensbedingungen weiter zu drücken. Nicht ohne Grund sind die Gewerkschaften noch am eindeutigsten für kommunales Ausländerwahlrecht. Beruft man sich nun auf die Interessen der Lohnabhängigen gegenüber den Kapitalinteressen, so wird ein gemeinsamer Kampf mit Ausländern geführt werden müssen. Das wird behindert, indem die Immigranten von elementaren Rechten zum Beispiel Einfluß auf die Gestaltung des direkten Wohnumfeldes durch Verweigerung des Kommunalwahlrechts ausgeschlossen werden. In manchen Kommunen wird mehr als ein Drittel der Wohnbevölkerung von jeder Einflußnahme ausgeschlossen, und das allein auf der Grundlage einer falschen Abstammung. Durch das Vorenthalten des Wahlrechts wird weiter versucht, einem Teil der Arbeiterklasse die politische Betätigung zu verbieten. Diese Bestrebungen werden aufgebrochen, wenn es gelingt aktives wie passives Wahlrecht in den Kommunen als Einwohnerwahlrecht durchzusetzen. — (müs, msb)

Destabilisierungspolitik

50. Jahrestag des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages

Im Prozeß gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher vor dem Nürnberger Tribunal wurden die reichsdeutschen Annexionen Österreichs, der Tschechoslowakei und Polens als planmäßig vorbereitete und schließlich durchgeführte Aggressionsschritte enthüllt. Hinsichtlich dieser reichsdeutschen Expansion in Mittel- und Osteuropa unterschieden die Beweisführung der Anklagebehörde und das Urteil des Richterkollegiums lediglich zwischen Angriffshandlungen (gegen Österreich und die Tschechoslowakei) und dem ersten Angriffskrieg (gegen Polen), dem weitere Angriffskriege gegen andere europäische Länder folgten. Das heißt, daß das Nürnberger Tribunal der Antihitlerkoalition die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch die reichsdeutsche Seite als eine schrittweise Aufhebung des Nachkriegs-Status-quo von 1918/19 begriff.



„Berliner Luftbrücke“. Die aktuelle Destabilisierungspolitik der BRD gegenüber den Staaten Osteuropas steht in der Kontinuität der Großdeutschland- und Europapolitik der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“.

Die bundesdeutsche Grenzrevisionspolitik hat stets ein Interesse daran gehabt, diesen Zusammenhang zwischen den reichsdeutschen Angriffshandlungen der Jahre 1938/39 und dem ersten Angriffskrieg zu vernebeln. Das hat dreierlei Gründe:

- a) Die Reduktion der einzelnen Etappen der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs auf das Datum des Überfalls auf Polen („Ausbruch des Zweiten Weltkriegs“) soll die Beurteilung der reichsdeutschen „Wiedervereinigungs“-schritte (Österreich, Sudetenland, Memelland) seitens des Nürnberger Tribunals (Angriffshandlungen!) aus der öffentlichen Diskussion der Kriegsursachen heraushalten. Tatsächlich würde eine solche Diskussion die Einsicht breit befördern, daß die aktuelle Wiedervereinigungspolitik der BRD in der Kontinuität derjenigen der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ steht und daß sie längst als verbrecherische Politik völkerrechtlich geächtet ist.
- b) Zum zweiten soll mit jener Reduktion der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs auf den 1. September 1939 der geschichtliche Tatbestand der Kollaboration der Unterzeichnermächte des Münchner Abkommens (28.9.1938) — Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich — aus jener öffentlichen

Diskussion ausgeblendet werden. Diese Mächte hatten sich zwecks politischer Regulierung des zwischen ihnen tobenden Handelskriegs zu einer frühen westeuropäischen Union zusammengeschlossen und betrieben faktisch vom Winter 1937 bis zum Herbst 1939 eine gemeinschaftliche europäische Neuordnungspolitik. Als zugestandene Objekte der Status-quo-Aufhebung hatte die britische Seite in einer Unterredung zwischen Sonderminister Lord Halifax und Reichskanzler Hitler bereits am 19.11.1937 Österreich, die Tschechoslowakei und Danzig genannt (1).

c) Zum dritten soll die Reduktion der reichsdeutschen Schritte der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs auf das Datum des Überfalls der Wehrmacht auf Polen die Zuweisung der Verantwortung für den „Kriegsausbruch“ an die sowjetische Seite ermöglichen. Diesem Zweck dient die unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Erörterung betriebene Behandlung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrags. Mit seiner Unterzeichnung — so die Standardlinie dieser Behandlung in der bürgerlichen Presse und den Medien — am 23.8.1939 habe die seinerzeitige Regierung der UdSSR „grünes Licht für den Überfall der Wehrmacht auf Polen erteilt“. Dahinter verbirgt sich vor allem — neben dem Versuch der Diskreditierung der Außenpolitik der seinerzeitigen Regierung der UdSSR — die Absicht, eine öffentliche Behandlung der bis zum September 1939 entfalteten reichsdeutschen Destabilisierungspolitik zu unterbinden. Demgegenüber macht eine Untersuchung der spezifischen Methoden dieser Politik deutlich, daß das Deutsche Reich gerade durch den Abschluß des Nichtangriffsvertrags und durch die darauf beruhende sowjetische Außenpolitik (entlang einer vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer reichenden Linie) eine vollständige Niederlage erlitt.

Der lange vorbereitete Anschluß Österreichs

Die Destabilisierungspolitik der NS-Reichsregierung gegenüber den später annektierten mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten zielte zum einen auf eine möglichst weitgehende Isolierung der jeweiligen Regime innerhalb ihrer jeweiligen Staatsbevölkerung. Und zum andern zielte sie auf die gleichzeitige Isolierung dieser Aggressionsoffer innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft. Die innere Zwecksetzung wurde durch Anknüpfung an die jeweils vorhandenen sozialen und nationalen Gegensätze verfolgt sowie durch den Aufbau und die Nutzung „fünfter Kolonnen“ zur zusätzlichen Schürung dieser Gegensätze. Im Hinblick auf diese „fünften Kolonnen“ (die österreichischen, sudetendeutschen und Danziger NS-Formationen) liegt die Kollaboration, auf die sich jene reichsdeutsche Destabilisierungspolitik abstützen konnte, offen zu Tage: Sie wurden direkt vom Reich aus gesteuert und unterstützt, ihre rückwärtige Basis lag auf reichsdeutschem Gebiet.

Aber am Beispiel Österreichs läßt sich darüber hinaus ganz gut aufzeigen, in welchem Umfang innerhalb der Kreise des industriellen Kapitals, des Finanzkapitals, des Großgrundbesitzes, des mittelständischen Gewerbes, der akademischen Berufsgruppen und des Militärs ebenfalls Kollaborationsbereitschaft vorherrschte. Die Bereitschaft dieser sozialen Schichten und Klassen zur „gesamtdeutschen bzw. großdeutschen“ Kollaboration mit dem Reich fand bereits im gemeinschaftlichen Vorstoß beider Regierungen zur Bildung einer mitteleuropäischen Zollunion im Jahre 1931 ihren Ausdruck (2). Ein Be-

richt der „Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ in Wien an das Auswärtige Amt in Berlin mit Datum vom 1.8. 1928 liefert einen konkreten Überblick über das bis zu diesem Zeitpunkt feststellbare Ausmaß der Angleichung der österreichischen Wirtschafts- und Staatsordnung an jene des Deutschen Reichs:

„Eine völlige Angleichung ist bisher erfolgt im Bibliotheks- und Archivwesen sowie auf den meisten Gebieten der Kunst und Kultur, da ... die entsprechenden österreichischen Organisationen sich den deutschen Vereinigungen angeschlossen oder eingegliedert haben. In vielen Belangen angeglichen ist das Schulwesen ... Die Angleichung der österreichischen und deutschen Universitäten ist bis auf das Jurastudium und die Berechtigung der ärztlichen Praxis sehr weitgehend ... (Die) Angliederung im Postwesen (ist) soweit gediehen, daß ... binnen 24 Stunden die österreichische Post der deutschen Post angegliedert werden könnte. Die österreichischen Bundesbahnen sind zwar der Reichsbahn in vieler Beziehung angeglichen. Es bestehen aber noch grundlegende Unterschiede ...

In Angelegenheiten der doppelten Staatsbürgerschaft haben wir eine Denkschrift in Vorbereitung ... Im Strafrecht ist die Angleichung am Werke. Auch wenn sie, wie wir hoffen, bis Jahresende fertig wird, ist damit noch verhältnismäßig wenig getan. Sehr erwünscht wäre eine eheste Angleichung des Handelsrechtes, Wechselrechtes, (der) Ausgleichsordnung usw., ferner der Zollordnung ... und des bürgerlichen Rechtes ... Sehr wichtig erschiene uns auch die möglichste Angleichung der Steuergesetzgebung, über diese Frage ist eine Denkschrift in Arbeit ... Sehr weit fortgeschritten ist die Angleichung im sozialen und Arbeitsrecht ... Die Angleichung der militärischen Einrichtungen ist sehr weitgehend ... In die Angleichung der landwirtschaftlichen Verhältnisse brauchen wir kaum einzugreifen. Der österreichische Landbund ist seit einigen Jahren Mitglied des Reichslandbundes und die Agrarier hüben und drüben arbeiten einträchtlich zusammen ...“ (3)

Dieser Überblick über den Stand der Angleichung der österreichischen Wirtschafts- und Staatsordnung an diejenige des Reichs macht den konkreten Umkreis derjenigen Kräfte deutlich, die in der Aufrichtung eines mitteleuropäischen Großdeutschlands ihre je spezifischen sozialen (Schicht- oder Klassen-)Interessen gewahrt sahen — und die insofern zur Kollaboration in Sachen Anschluß bereit waren. Die NS-Destabilisierungspolitik der Jahre 1934-1938 konnte mithin an diesem Faktor anknüpfen. Das gilt auch bei Berücksichtigung des relativen Widerstands, der aus diesen zur Kollaboration bereiten Kreise heraus gegen einen (sofortigen) Anschluß geleistet wurde. Dieser Widerstand zielte auf die Bewahrung eines möglichst großen Handlungsspielraums innerhalb des angestrebten großdeutschen Wirtschaftsverbunds — d.h. er war nur konkurrenzmäßiger Natur. Er konnte leicht hinweggefegt werden, weil dieselben Kreise sich in einem schroffen Klassen Gegensatz zur österreichischen Arbeiterbewegung befanden, über die sie seit dem Frühjahr 1934 selbst ein klerikal-faschistisches Unterdrückungsregime errichtet hatten und mit der sie sich insofern weder verbinden konnten noch verbinden wollten zwecks Verhinderung des Anschlusses ans Reich. Tatsächlich hat somit die NS-Destabilisierungspolitik gegenüber Österreich sowohl die dortige Kollaborationsbereitschaft wie auch den dortigen Klassengegensatz ausnutzen können.

Tschechoslowakei: Nationalitätenstreit schüren

Im Hinblick auf die Tschechoslowakei ist von wesentlicher Bedeutung, daß die werktätige Bevölkerung dieses Staates verschiedenen Nationalitäten zugehörte. Ca. 45% gehörten zur tschechischen Mehrheit, ca. 23% zur deutschen Minderheit, ca. 20% zur slowakischen und ca. 6% zur ungarischen Minderheit sowie ca. 3,4% zur ukrainischen und 0,5% zur polnischen Minderheit. Das tschechische Industrie- und Finanzkapital und die mit ihm verbündeten Schichten des gewerbetreibenden



Kundgebung der reaktionären österreichischen „vaterländischen Front“ kurz vor dem faschistischen Überfall

den Kleinkapitals betrieben einerseits die systematische Niederhaltung und Ausbeutung der slowakischen Bauernnation. Zum anderen schürten diese Kreise gestützt auf ihre Regierung und deren Gesetzgebung den Konkurrenzkampf zwischen den zur tschechischen und zur deutschen Nationalität gehörenden Teilen der Arbeiterklasse, um sich auf diese Weise selbst an der Macht zu halten. In einem gewissen Umfang gelang es daher dem sudetendeutschen Kapital, diese Spaltung der Gesamtarbeiterklasse in der Tschechoslowakei für ihren eigenen Kampf gegen die tschechische Konkurrenz auszunutzen. Und es gelang ihr außerdem, einen beträchtlichen Teil der gewerbetreibenden Mittelklasse und der akademischen Berufsgruppen nicht nur in jenem Konkurrenzkampf an sich zu binden, sondern auch für den Anschluß ans Reich zu gewinnen. Der Widerstand dieses Staates gegen die reichsdeutsche Destabilisierung- und Einverleibungspolitik war daher erheblich geschwächt. Er wäre nur durch eine allgemeine Volksbewaffnung in Verbindung mit einem Hilfe-Ersuchen an die UdSSR erfolgreich herstellbar gewesen. Letzteres wäre auf der Grundlage des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrags über wechselseitige Hilfe im Falle eines unprovzierten Angriffs auf eine der beiden Vertragsparteien möglich gewesen. Die sowjetische Seite hat vor dem Zustandekommen des Münchner Abkommens mehrfach ihre Bereitschaft zur Einhaltung dieser Beistandsgarantie bekräftigt — aber bekanntlich kapitulierte die tschechoslowakische Regierung letztlich lieber vor der reichsdeutschen Aggression, als jene Widerstandsmöglichkeiten auszuschöpfen. Auch in diesem Fall konnte die NS-Destabilisierungspolitik den durch nationale Gegensätze überlagerten sozialen Klassengegensatz innerhalb des Nachbarlandes ausnutzen, um das dortige Regime von innen wie auch von außen zu isolieren. Dabei muß noch erwähnt werden, daß die Reichsregierung die Einverleibung der „Resttschechei“ im März 1939 dadurch für die westlichen „Garantiemächte“ akzeptabel machte, daß sie die Loslösung bzw. Ausrufung eines slowakischen Vasallenstaates durch entsprechende Kollaborateure veranlaßte. Diesem Punkt kommt in der Betrachtung der Destabilisierungspolitik gegenüber Polen besondere Bedeutung zu.

Anknüpfen am großpolnischen Chauvinismus

Was die inneren sozialen und nationalen Gegensätze im Vorkriegs-Polen anbelangt, kann festgestellt werden, daß dort zum einen ein ähnliches Regime der Unterdrückung der Arbeiterbewegung aufgerichtet worden war wie in Österreich, und zum anderen, daß die Nationalitätenpolitik dieses Regimes ähnlich

wie die Nationalitätenpolitik der bürgerlichen tschechoslowakischen Regierung auf die Spaltung der (unter diesem Gesichtspunkt) verschiedenen Bevölkerungsteile hin angelegt war. Hinzu kommt aber, daß diese Politik durch großpolnischen Chauvinismus bestimmt war: sie beruhte auf Annexionen und zielte auf weitere Einverleibungen fremden Staatsgebiets. Die Annexionen, auf denen sie beruhte, betrafen im wesentlichen die im Feldzug gegen die junge Sowjetrepublik (1920/21) eroberten weißrussischen und westukrainischen Teile Ostpolens. Die Annexionen, auf die sie zielte, betrafen vor allem die Ukrainische Sowjetrepublik (4) sowie Litauen und gewisse Teile der Tschechoslowakei.

Die reichsdeutsche Destabilisierungspolitik gegenüber Polen hat unter anderem an diesem großpolnischen Chauvinismus angeknüpft, um die Tschechoslowakei von Polen zu isolieren: Im Gefolge der schrittweisen Auflösung des tschechoslowakischen Staatsverbands kam es zu einer deutsch-polnischen Absprache über die Trennung des sogen. „Teschener Gebiets“. Später hat die NS-Regierung die diesbezügliche Kollaborationsbereitschaft des polnischen Regimes durch die In-Aussicht-Stellung weiterer gemeinschaftlicher Annexionen wachzuhalten versucht, um Polen von der UdSSR zu isolieren. Dies betraf hauptsächlich die Ukraine — eine Perspektive, die der Täuschung der polnischen Seite diene, denn in dieser Angelegenheit hatte die reichsdeutsche Seite von Anbeginn eigenstän-

den Beistand an. Im August desselben Jahres wiederholte sie dieses Angebot im Rahmen der britisch-französisch-sowjetischen Militärkommissionsverhandlungen über ein gemeinschaftliches Vorgehen gegen die faschistische Aggressorachse. Abgesehen davon, daß die beiden Westmächte diese Verhandlungen ohne ernsthafte Absichten betrieben, hat vor allem die polnische Seite das für eine kollektive Operation gegen Deutschland notwendige Durchmarschrecht der Roten Armee strikt verweigert (5).

Es wird im Kontext der Geschichtsverfälschungen der bundesdeutschen Grenzrevisionspolitik bezüglich dieses Tatbestands gern auf die angebliche „Furcht“ der polnischen Seite vor einer Okkupation durch die Rote Armee verwiesen, die sie zu ihrer ablehnenden Haltung veranlaßt habe. In Wahrheit gibt es weder Belege für die Existenz einer solchen Besorgnis innerhalb der seinerzeitigen polnischen Regierung noch war dies das tatsächliche Motiv der polnischen Ablehnung eines militärischen Beistands durch die UdSSR. Vielmehr belegen die damaligen polnischen Expansionspläne gegen die Ukraine, daß man nicht nur keinerlei „Furcht“ vor der Roten Armee hatte, sondern sich vielmehr eine Wiederholung der Kollaboration mit der reichsdeutschen Seite — wie im Falle der gemeinschaftlichen Zerstückelung der Tschechoslowakei — ausrechnete. Es bleibt somit erstens festzuhalten, daß eine erfolgreiche Verteidigung Polens gegen die faschistische Aggression im Spätsommer 1939 nurmehr mit direkter Unterstützung der Roten Armee zu erlangen war. Es bleibt zweitens festzuhalten, daß die polnische Regierung zu keinem Zeitpunkt um diese direkte militärische Unterstützung der UdSSR nachgesucht hat. Somit bleibt drittens die Schlußfolgerung übrig, daß der polnischen Regierung die Niederlage gegen die faschistische Aggression akzeptabler erschien als ein Widerstandskrieg im Bündnis mit der UdSSR.

Die sowjetische Regierung hat nach Bekanntwerden der Flucht der polnischen Regierung nach Rumänien in der Nacht zum 17. September 1939 mit (u.a.) folgender Begründung den Befehl zum Einmarsch der Roten Armee in Polen gegeben:

„Sich selbst überlassen und ohne Führung geblieben, hat sich Polen in ein bequemes Feld für jegliche Zwischenfälle verwandelt, die eine Bedrohung für die Sowjetunion schaffen können. Infolge dessen kann die Sowjetregierung, die bisher neutral war, sich nicht weiter neutral zu diesen Tatsachen verhalten. Die Sowjetregierung kann sich auch nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die ... Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben“ (6).

Eine Zusammenschau sämtlicher diesbezüglicher Dokumente zum politisch-militärischen Vorgehen der Reichsregierung in Polen während des Zeitraums vom 1.—17. September 1939 (7) läßt folgende Konturen zweier strategischer Absichten deutlich werden: Zum einen bestand der Plan der Aufrichtung eines westukrainischen Vasallenstaats im südöstlichen Teil des damaligen Polens. Von dort aus sollten — unterm Kommando der „Abwehr“ (Canaris, Lahousen) — exilukrainische Kollaborateure gegen die Ukrainische Sowjetrepublik tätig werden. Zum andern bestand der Plan eines nordöstlichen Vorstoßes zwecks Einverleibung der baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland. In Anbetracht dieser strategischen Absichten ist die durch Zeitzeugen überlieferte bestürzte Reaktion der reichsdeutschen Seite auf den Einmarsch der Roten Armee am 17. September gut verständlich. So etwa berichtet ein Vertrauensmann des NS-Reichsaußenministers, Fritz Hesse, daß Ribbentrop am 18. September ihm gegenüber feststellte: „Die Russen haben uns ... da eine schöne Suppe eingebrockt. Sie sind, ohne uns vorher ein Wort zu sagen, einfach auch in Polen einmarschiert. Jetzt muß ich mich beeilen, damit es kein Unglück gibt und die beiden Armeen gegeneinander anrennen. Das könnte den Engländern so passen, daß es dazu kommt ...“ (8)



15. März 1939: Einmarsch der faschistischen deutschen Truppen in Prag

dige Absichten. Hierzu muß im folgenden einiges zusammengetragen werden.

Die sowjetische Regierung hat vor dem Zustandekommen des Nichtangriffsvertrags mit dem Reich immer wieder versucht, eine gemeinsame Front der nichtfaschistischen Staaten zur Aufrechterhaltung des Status quo in Europa herzustellen. Darüber hinaus hat sie nach der Annexion Österreichs durchs Reich der Tschechoslowakei ihre militärische Unterstützung angeboten, weil dieser Staat sich aufgrund der drastisch verschlechterten Lage (fast vollständige Umschließung durch „Großdeutschland“) nicht mehr alleine verteidigen konnte.

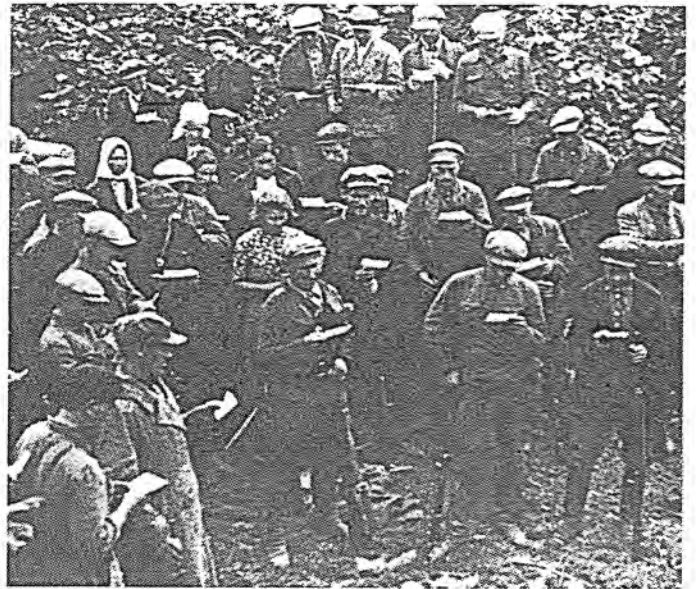
Eine nahezu vergleichbare strategische Lage war für Polen durch die Einverleibung der „Rest-Tschechei“ in den Reichsverband und durch die Bildung des slowakischen Vasallenstaates entstanden. Polen war seit dem Frühjahr 1939 in einem weiten Halbkreis von Ostpreußen bis zu den Karpathen umfaßbar. Seine natürliche Verteidigungslinie gegenüber einem Angriff aus dem Westen — die Flüsse Bobr, Narew, Weichsel und San — war nicht mehr aus eigener Kraft zu halten. Im Mai 1939 bot die UdSSR der polnischen Seite direkten militäri-

Es gibt einige Hinweise darauf, daß es ab dem 19. September zu Kampfhandlungen zwischen Einheiten der Roten Armee und der Hitlerwehrmacht gekommen ist. (9) Bereits zuvor waren in der UdSSR notgelandete Bomberbesatzungen der Luftwaffe gefangenengenommen und interniert worden. Vor diesem Hintergrund ist sowohl die Aushandlung einer Demarkationslinie wie auch deren spätere Festlegung als Grenze zwischen beiden Seiten einzuordnen. Dabei hat die Sowjetregierung darauf Bedacht genommen, daß diese im wesentlichen mit der bereits durch die Pariser Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg zugestandenen westlichen Abgrenzung der Ukraine und Weißrußlands („Curzonlinie“) übereinstimmte.

Einverleibung des Baltikums an UdSSR gescheitert

In einer Rundfunkansprache am 1. Oktober 1939 hat der damalige britische Oppositionspolitiker W. Churchill folgendes über das sowjetisch-deutsche Abkommen zur Festlegung der gemeinsamen Grenze entlang der „Curzonlinie“ festgestellt: „Daß die russischen Armeen auf dieser Linie stehen mußten, ist aber im Interesse der Sicherheit Rußlands gegenüber der Nazi-Gefahr offensichtlich notwendig. Auf jeden Fall besteht die Linie, und es ist eine Ostfront geschaffen worden, die das nazistische Deutschland nicht anzugreifen wagt. Als Ribbentrop in der vorigen Woche nach Moskau beordert wurde, geschah es, um zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren, daß den Absichten der Nazis auf die baltischen Staaten und auf die Ukraine radikal ein Ende gesetzt worden ist“ (10). Bekanntlich suchen die Geschichtsverfälschungen der bundesdeutschen Grenzrevisionspolitik mit der Behauptung, die baltischen Staaten seien von der UdSSR als Folge eines geheimen Abkommens mit dem Reich (am 23.8.1939) annektiert worden, von diesen „Absichten der Nazis auf die baltischen Staaten“ und ihrer Vereitelung durch die UdSSR abzulenken. Betrachtet man das Zustandekommen dieser baltischen Republiken, so wird zunächst einmal deutlich, daß im Gefolge der Großen Oktoberrevolution in Estland, Lettland und Litauen eine von der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung getragene Sowjetmacht aufgerichtet wurde. Die Intervention der reichsdeutschen Baltikum-Freikorps hat bald danach den Sieg der Konterrevolution in allen drei Staaten bewirkt und der herrschenden Klasse, bestehend aus einheimischem Bürgertum und deutschen Landbaronen (Nachfahren der Ordensritter), wieder an die Macht verholfen. Die Zusammensetzung dieser herrschenden Minderheit macht zugleich deutlich, warum sie zur Kollaboration gegenüber dem reichsdeutschen Imperialismus hinneigte und warum sie kein wirkliches Interesse an der Bewahrung des eigenen Landes vor dem reichsdeutschen Zugriff hatte.

Die sowjetische Regierung hat offenbar berechnet, auf welcher Linie sie den Widerstand gegen die ostwärtigen Absichten der Faschisten würde leisten können. Dabei ist sie offenkundig zu der Schlußfolgerung gelangt, daß dies dort der Fall sein würde, wo man sich auf revolutionäre Traditionen stützen konnte. Es ist sicherlich so gewesen, daß die Sowjetregierung unter diesem Gesichtswinkel in den Verhandlungen zum Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 auf die Grenzen ihrer Neutralitätsverpflichtung (mündlich) aufmerksam gemacht hat. Mehr wird nicht der Fall gewesen sein, und insofern tut man gut daran, wenn man an der Bewertung jenes angeblichen „Geheimen Zusatzprotokolls“ durch das Nürnberger Tribunal festhält: Es handle sich hierbei um ein Dokument „von zweifelhafter Herkunft“ — dies gilt auch und erst recht in Anbetracht sowjetischer „Echtheits-Bekundungen“. Die reichsdeutschen Absichten gegen das Baltikum sind mit dem Abschluß von Beistandspakten zwischen Estland, Lettland und Litauen einerseits und der Sowjetunion andererseits (September/Oktober 1939) unterbunden worden. Die nachfolgende innenpolitische Entwicklung der Klassengegensätze in diesen Ländern führte schließlich im Juli 1940 zur Wiederaufrichtung der



Sowjetische Partisanen

Sowjetmacht und zum Beitritt in den Unionsverband der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Wir sind am Schluß unserer Darlegungen zur reichsdeutschen Destabilisierungspolitik und der dagegen gerichteten sowjetischen Nichtangriffsvertrags-Politik angelangt. Wir meinen, daß man daraus folgende Lehre im Hinblick auf die aktuelle Grenzrevisionspolitik der BRD ziehen kann: Damals wie heute stützt sich die Expansionspolitik auf Klassenkräfte in denjenigen Ländern, auf die sie zielt. In einem Beitrag der jüngste Ausgabe der Zeitschrift „Außenpolitik“ (3/89) hat der für die Außenpolitik verantwortliche Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Dr. Horst Teltschik, entsprechende Feststellungen getroffen, die diese Lehre bestätigen:

„Der Westen muß sich ... vor der Illusion hüten, daß er es in der Hand hat, solche Reformprozesse (in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern/Red.) zum Erfolg führen zu können. Verantwortlich für Erfolg oder Mißerfolg bleiben die verantwortlichen Führungen in den jeweiligen Ländern. Die Geschichte beweist doch, daß diese Reformprozesse ihren Ursprung ausschließlich innerhalb des Systems genommen haben ... Der Beitrag des Westens kann und darf nicht in dem Versuch bestehen, sich in die inneren Verhältnisse dieser Länder einzumischen. Wir können und müssen jedoch Alternativen ... aufzeigen ... Dies gilt sowohl für den immateriellen Bereich ... als auch in allen konkreten Fragen von staatlicher, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Ordnung und materieller Hilfe“.

Quellenhinweis: (1) Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945, Serie D, Bd. I, Baden-Baden 1950, S. 46-59; (2) J. Curtius, Bemühungen um Österreich — Das Scheitern des Zollunionplans von 1931, Heidelberg 1947; (3) dokumentiert in: N. v. Preradovich, Die Wilhelmstraße und der Anschluß Österreichs 1918-1931, Bern, Frankfurt/Main 1971; (4) V. J. Sipols, Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, Moskau 1981, S. 223 f.; (5) Sipols, a.a.O., S. 284 f.; (6) dokumentiert in: Jahrbuch für auswärtige Politik Jg. 1940, S. 197; (7) Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-45, Serie D, Bd. VII und VIII, Baden-Baden, Frankfurt/Main 1961; Kriegstagebuch — Generaloberst Halder, Bd. I, Stuttgart 1962; N. v. Vormann, Der Feldzug 1939 in Polen, Weissenburg 1958; H. Groscurt, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, Stuttgart 1970; Kriegstagebuchaufzeichnung des Admiral Canaris, 12.9.1939, dokumentiert in: A. Beissaud/Canaris 1887-1945, Frankfurt/Main 1976, S. 554 f.; Zeugenaussage Lahousen, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 1947, Bd. II, S. 485 ff.; (8) F. Hesse, Das Spiel um Deutschland, München 1953, S. 232; (9) N. v. Vormann, a.a.O., S. 159; (10) W.P. Z.K. Coates, Vom Interventen zum Alliierten 1917-1942, Berlin-DDR 1959, S. 662/663 und S. 647 — (huh, ma!)

Beziehungen zur DDR

Niedersachsen ist als Grenzland das Hauptaufmarschgebiet gen Osten

Niedersachsen ist schon durch seine geographische Lage ein wichtiges Bundesland, von dem aus die DDR ständig unter Druck gesetzt wird. Der Verlauf der Elbgrenze, Streitigkeiten über Umweltverschmutzungen, die „Zentrale Erfassungsstelle“ in Salzgitter, der „Kleine Grenzverkehr“ und wirtschaftlicher Handel sind die Felder, von denen aus die Reaktion massiv Einfluß auf die Belange der DDR nimmt. Ministerpräsident Albrecht führte im April Gespräche mit Generalsekretär Honecker. Die anschließende Debatte im Niedersächsischen Landtag entwickelte sich zu einem neuerlichen Angriff auf die Souveränität der DDR. In einer weiteren Landtagsdebatte im Juni unterstri-

chen die Regierungsparteien ihre auf Grenzrevision ausgerichtete Politik. Die Opposition hofft gegenüber der „unfreien“ DDR auf eine „friedliche“ Vereinnahmung. Im folgenden Bericht wird auf die Landtagsdebatten Bezug genommen, um die unterschiedlichen Positionen deutlich zu machen. Dabei werden auch bestimmte Gemeinsamkeiten klarer. Im Anschluß sind zwei Artikel dokumentiert, die in der Broschüre „40 Jahre Verfassung der BRD, 40 Jahre Revanchismus, Ersatzlose Streichung der Präambel des Grundgesetzes! Völkerrechtliche Anerkennung der DDR!“ veröffentlicht sind. Die Broschüre ist beim GNN-Verlag erhältlich. — (mal)

Am 11. Mai gab Ministerpräsident Albrecht eine Regierungserklärung zur Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Land Niedersachsen und der DDR ab. Danach entwickelte sich eine Debatte, die das unterschiedliche Vorgehen der Regierungsparteien CDU und FDP sowie der Opposition aus SPD und Grünen gegenüber der DDR verdeutlicht. Sie entspricht in etwa den Positionen, die diese Parteien auch auf Bundesebene vertreten. Im folgenden einige wesentliche Passagen dieser Diskussion.

Ministerpräsident Albrecht: „Wir haben diesen Besuch sorgfältig vorbereitet, und wir haben uns im Vorfeld darüber verständigt, daß über die Frage der Elbgrenze zwar gesprochen werden sollte, daß aber eine Einigung in dieser Frage nicht die Voraussetzung für eine Verständigung auf anderen Gebieten sei. Herr Schröder hat mir mehrfach nahegelegt, in Sachen Elbgrenze eine wichtige deutsche Grundsatzposition aufzugeben, wenn ich dafür Fortschritte in Sachen

Reinhaltung der Elbe erzielen könnte. Ich habe dies immer abgelehnt ... In Wahrheit ging es ja in all den Jahren ergebnisloser Gespräche mit der DDR über diese Frage um einen Punkt, nämlich darum, daß die Landesregierung in Übereinstimmung mit allen Bundesregierungen an dem Grundsatz festgehalten hat, daß wir die Grenze, die Deutschland unseligerweise teilt, zwar dort, wo sie die Besatzungsmächte gezogen haben, hinnehmen und respektieren, aber daß wir sie nicht konstitutiv festlegen. Ich weiß, Herr Schröder, daß sie bereit sind, diesen Grundsatz — wie auch andere — über Bord zu werfen ... Ich erinnere daran, daß Sie im März 1987 von der Lebenslüge der Wiedervereinigung gesprochen haben. Als es dann Widerstand auch in ihrer Fraktion gab, haben sie Haken geschlagen und haben das interpretiert, Sie meinten damit nicht die Wiedervereinigung schlechthin, sondern nur im Sinne der Einvernahme der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland.

Aber daß Sie Ihre Meinung in Wahrheit nicht geändert haben, zeigte sich Ende Juni 1988, als Sie erklärten — ich zitiere aus der ‚Neuen Presse‘ —, für eine Politik der Wiedervereinigung gebe es keine materielle Basis. Sie sei illusionär und nicht visionär ... Für mich — das will ich in aller Klarheit sagen — ist die Wiedervereinigung keine Illusion. Für mich ist sie Ziel und konkrete Hoffnung.“

Nach einigen Ausführungen über Umweltschutzthemen kommt Albrecht zu den wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR.

„Der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist seit 1984 deutlich zurückgegangen. Der Handel zwischen der DDR und Niedersachsen hat sich demgegenüber gut behauptet und erreicht mit 1,47 Milliarden DM im Jahre 1988 ein beachtliches Ergebnis. Wir alle wissen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Niedersachsen und der DDR maßgeblich von VW und Salzgitter, aber auch von Blaupunkt getragen werden. Beide Seiten sind der Auffassung, daß die mittelständischen Unternehmen stärker in den Handel einbezogen werden müssen ... Wir werden dies auch finanziell unterstützen.“

Die DDR verspricht sich von der Ausdehnung des Handels auf mittelständische Betriebe sicher eine Entkrampfung von zu Recht befürchteten Abhängigkeiten von zentralisierten Kapitalen der westdeutschen Konzerne. Die Reaktion in der BRD spekuliert auf Anreizeffekte für die Mittelklassen. Dabei spielt sicher auch eine große Rolle, daß diese „friedliche“ Infiltration bis in die Reihen der Opposition — also auch bei den Grünen — auf keinen Widerstand stoßen wird. Vielmehr eröffnen sich für Angehörige der Neuen Mittelklasse Leitungsperspektiven, die in der westeuropäischen Managementkonkurrenz so einfach nicht zu haben sind. Die so in Aussicht gestellten lohnenden Pfründe bemänteln die tatsächlichen Bedingungen für eine Einverleibung der DDR. Diese Variante revanchistischer Politik schwächt die politi-



Die von BRD-Seite gesteuerte „Opposition“ in der DDR entwickelte eine Kampagne gegen angebliche Fälschungen von Wahlergebnissen.

sche Opposition bis in die Reihen der Linken nicht unerheblich.

Eine Diskussion darüber findet zur Zeit nicht statt. Sie ist überfällig, denn auf der Ebene des Parlaments laufen die Auseinandersetzungen um die Frage, wie kann die DDR „demokratisiert“ werden, wie die bürgerliche Opposition effektiv gestärkt werden.

Schröder (SPD): „Herr Albrecht, warum haben Sie die DDR-Führung nicht mit dem Drängen zum Beispiel der Kirchen nach Reformen konfrontiert? Läßt Sie die Reformdebatte in der DDR, im gesamten Osten kalt? Läßt Sie das Bemühen der dort lebenden Menschen kalt, ihre Rechte verstärkt wahrzunehmen? Wenn Sie hätten wissen wollen, wie solche Positionen vertreten werden, dann hätten Sie sich an den Debatten der SPD-Grundwertekommission orientieren können ... Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, wegen der Aufrechterhaltung von Rechtsvorbehalten, aber unter gleichzeitiger Regelung einer Praxis, die diese Rechtsvorbehalte gar nicht realisiert, offensive Deutschlandpolitik hintanzustellen und damit die Chancen Niedersachsens einer nicht nur defensiven, sondern offensiven Position kleiner zu machen, als sie sein müßten.“

Trittin (Grüne): Diese Rede, Herr Ministerpräsident, im Zusammenhang mit der Regierungserklärung hatte im wesentlichen zwei Funktionen. Zum einen sollte sie Balsam für das eigene deutschnationale Lager sein und sollte den bekannten Abwanderungsbewegungen in Richtung auf rechtsradikale Parteien entgegenwirken. Das zweite, was Sie mit dieser Regierungserklärung bezweckt haben, war der erneute Versuch — dies steht ebenfalls in einer bestimmten unseligen deutschen Tradition —, fortschrittliche Demokraten, Sozialdemokraten zu angeblichen Werten zu vernehmen, die Sie benannt haben, Vaterland, Nation und Ihre Definition von Wiedervereinigung als Verfassungsgebot, erneut — das kennen wir seit den frühen Zeiten der Weimarer Republik, seit dem Kaiserreich — als vaterlandslose Gesellen zu denunzieren ... Nach 13 Jahren Amtszeit, Herr Ministerpräsident, — damit schließe ich — bringen Sie viele Absichtserklärungen und ein paar — zum Teil auch wenig greifbare — Ergebnisse mit. Das ist zu wenig. Das wird erst dann aufbrechen, wenn auch in Niedersachsen positive Impulse dahingehend kommen, die Eigenstaatlichkeit der DDR, so wie sie ist, anzuerkennen und zu akzeptieren. In dieser Richtung muß es weitergehen, wenn es wirkliche deutschlandpolitische Erfolge geben soll.“

Hildebrand (FDP): „Auf der anderen Seite erleben wir revolutionäre atemberaubende Entwicklungen in Bereichen, die wir vor kurzem noch ‚Ostblock‘ nannten. Da muß es Aufgabe Niedersachsens sein, an der Schnittstelle dieser unglaublichen Entwicklungen Brücken-

baufunktionen zu übernehmen, die nicht nur im Interesse des deutschen Volkes auf beiden Seiten dieser Schnittlinie, sondern auch im Interesse der Zukunft eines friedlichen gemeinsamen Europas liegen ... Fortschritte in der Deutschlandpolitik, Fortschritte in der Beziehung zwischen der DDR und Niedersachsen und darüber hinaus Fortschritte in den Beziehungen zu den übrigen Ländern des RGW in Europa eröffnen die Perspektive, aus der Randlage Europas zum Zentrum Europas zu werden.“

CDU und FDP legten nach dieser Landtagsdebatte einen Antrag vor, der das „Wiedervereinigungsgebot“ des Grundgesetzes zum Inhalt hatte. Die SPD antwortete mit dem Antrag „Europäische Friedensordnung und Einheit der Deutschen“, in dem es u.a. heißt: „Die historischen Erfahrungen der Deutschen

lichkeit der Trennung möglicherweise anders empfinden als heute ... Hier geht es darum, daß ein bisher bestehender Grundkonsens aller Demokraten von einem SPD-Fraktionsvorsitzenden aufgekündigt worden ist.“

Schröder (SPD): „Wer über die Einheit der Deutschen ehrlich redet, trifft auf Empfindungen und hat es mit Empfindungen zu tun ... Es ist wahr: Ich rede von der Einheit der Deutschen, ich rede nicht von Wiedervereinigung. Mein Thema sind die Chancen, mein Thema sind nicht die Illusionen ... Wir haben die Ostverträge, wir haben den Grundlagenvertrag durchgesetzt gegen Ihre Wut und gegen das Zögern vieler Menschen, die es schwer hatten, sich selbst das Scheitern auch ihrer Illusionen einzugehen. Ich sage Ihnen ohne Wenn und Aber: Auf diese Politik der Ostverträge.



Der VW-Konzern ist neben der Salzgitter-AG und Blaupunkt einer der niedersächsischen Betriebe, die in der DDR große ökonomische Aktivitäten entwickeln.

und ihre Entscheidung für ein gemeinsames Europa verbieten einen deutschen Sonderweg.“ In der Plenarsitzung am 16. Juni begründeten die Parteien ihre Anträge. Die Grünen unterstützten weitgehend die Positionen der SPD.

Gansäuer (CDU): Niemand in der CDU sagt, daß es die Wiedervereinigung heute oder morgen geben wird. Wir sehen aber in der Entwicklung im Ostblock, in den weltweiten erfolgreichen Bemühungen um Abrüstung und im Vorbild der Europäischen Gemeinschaft die Perspektive und Hoffnung, in einer nicht allzu fernen Zukunft die Wiedervereinigung erreichen zu können ... Unsere jungen Menschen wachsen auch in der Freizügigkeit des Westens, die für sie zur Selbstverständlichkeit geworden ist, auf. Es ist deshalb begreiflich, daß sie die immer noch vorhandene Unfreiheit des Ostens nicht so empfinden wie viele von uns Erwachsenen. Aber auch die Jugendlichen werden erwachsen und werden dann hoffentlich die Schmerz-

auf diese Politik des Grundlagenvertrages sind wir sehr, sehr stolz ... Alles das, was sich in Deutschland für die Menschen positiv bewegt hat, hat sich auf der Basis der Verträge bewegt, die wir geschaffen und Sie bekämpft haben ... Noch eines: Hier ist viel von dem Reformprozeß in Osteuropa die Rede gewesen. Ich sage: Wenn Sie versuchen, den Reformprozeß in Osteuropa für das Wiederbeleben eines deutschen Nationalismus, für die Vorstellung zu nutzen, es könnte einen deutschen Nationalstaat in Europa geben — Sie sind mitten dabei, das zu tun —, dann werden Sie diesen Reformprozeß zerstören ... Wenn es uns gelingt, den Demokratisierungsprozeß in Osteuropa unumkehrbar zu machen, wenn es gelingt — auch da sollten Sie gut zuhören —, das gewaltige Wohlstandsgefälle zwischen West- und Osteuropa auszugleichen, wenn es gelingt, neue Strukturen in der Sicherheitspolitik zu schaffen, dann und nur dann ... wird die Trennung in Europa zu mildern, viel

leicht sogar zu überwinden sein. In diesem Prozeß wird dann auch die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ihren trennenden Charakter verlieren, wird das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung ... Realität werden."

Trittin (Grüne): Pünktlich zum 17. Juni mit Blick auf den jetzt anstehenden Wahlkampf sollen im nationalen Lager mit solchen Anträgen Stimmen gesammelt werden ... Eine Verbesserung der Situation der Menschen in der DDR wird nur dann möglich sein, wenn wir den vermessenem Alleinvertretungsanspruch in diesem Punkt nicht nur in Worten und nicht nur in Verträgen, sondern auch in juristischen Schriften, etwa in unserer Verfassung, aufgeben."

Hildebrandt (FDP): Wir Freien Demokraten sagen: Auch 40 Jahre nach dem Krieg darf man künftige Generationen nicht um die Chance einer staatlichen Einheit betrügen ... Wir Freien Demokraten wissen um das Tempo und die Dynamik, die der europäische Zug eingenommen hat. Aber wir wissen auch, daß die Europäische Gemeinschaft zum Grenzüffner für Mitteleuropa werden kann. Über eine staatliche Einheit wird letztendlich die Geschichte entscheiden."

Albrecht: „Wenn wir eine Chance sehen, in Frieden und Freiheit durch eigenen Beschluß der Deutschen die Wiedervereinigung herzustellen, dann werden wir das tun, und dann werden wir nicht bei den zwölf oder 20 europäischen Staaten um Genehmigung bitten, sondern wir werden das in Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen tun ... Wenn die Bürger in der DDR eine neue Regierung haben werden und diese Regierung den Beschluß fassen wird: Wir verhandeln jetzt über die staatliche Einheit aller Deutschen ... Diese Chance wollen wir uns wahren."

Schröder: „Entweder wir schaffen es nicht nur in Westeuropa, sondern in ganz Europa, nationalstaatliches Denken zu überwinden, entweder wir schaffen es, den Prozeß, der jetzt mit dem Binnenmarkt beginnt, nämlich die Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen an überstaatliche Einrichtungen, auf Europa zu erstrecken, oder alles Nachdenken oder Wünsche von Wiedervereinigung wird pure Illusion bleiben."

Trittin: Herr Ministerpräsident, Sie sollten die Wirkung solcher Äußerungen, wie Sie sie hier gemacht haben, bedenken ... Wenn dieser Eindruck nach außen auftritt, dann bestätigen Sie alle die Vorurteile und die Urteile, die aus den historischen Erfahrungen gewachsen sind und die die Mehrheit der Europäer in West und Ost mit Händen und Füßen — ich meine, zu Recht — dagegen wehren zu lassen, hier im Zentrum Europas einen neuen deutschen Nationalstaat entstehen zu lassen. Das ist die Wirkung solch hypothetischer Reden."

Hirche (FDP): „Ich fordere die SPD

auf, klipp und klar zu sagen, ob sie dem, was die Präambel des Grundgesetzes fordert, nämlich an dem politischen Bekenntnis, die Einheit der Deutschen zu vollenden, festhält oder nicht. Nur das will der Antrag der Koalitionsfraktionen."

Ausbau des „Nordstaates für Nord- und Ostexpansion

Die Kapitalisten Niedersachsens haben nicht die Absicht, ihre „EG-Randlage“ zu bejammern, sondern sie entwickeln die „europäische Dimension“ der Lage Niedersachsens, womit sie blitzschnell vom „Rand“ zur „Front“, bzw. zum „Scharnier“ werden. Die Landesregierung ist dafür voll gespannt. Europa ist größer als der Binnenmarkt 1992? Bitte schön, genau für diese Aufgabe hat Niedersachsen eine gewichtige, zentrale Lage. Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Jürgens (FDP) erklärt: „Niedersachsen und seine Landeshauptstadt Hannover haben eine zentrale norddeutsche Lage. Zauderer und Skeptiker des Binnenmarktes 1992 verweisen immer wieder auf eine Randlage Niedersachsens in der EG. Diese Randlage ist jedoch nicht gegeben. Im Gegenteil: Niedersachsen ist schon heute die Drehscheibe zwischen Nord- und Südeuropa. Und Niedersachsen wird zur Drehscheibe des Ost-West-Handels, je mehr die Entspannung und der Ausbau des Handels mit Osteuropa fortschreiten. Im europäischen Haus der — wenn vielleicht auch fernen — Zukunft, wird Niedersachsen an zentraler Stelle und nicht im Dachgeschoß liegen.“ (1)

Die Konzerne Niedersachsens bündeln ihre Macht mit dem der anderen norddeutschen Küstenländer und erhöhen so ihren Einfluß auf die EG. Seit 1987 betreibt Niedersachsen zusammen mit Hamburg und Schleswig-Holstein ein gemeinsames Brüsseler Büro, über das Informationen im „spezifischen Interesse der drei norddeutschen Küstenländer“ gesammelt und weitergegeben werden, wo Kontakte vermittelt und den jeweiligen norddeutschen Kapitalisten bei Ausschreibungen und Antragsstellungen „Geleitschutz“ gegeben und darüber hinaus Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird. Den Konzernen selbst ist die föderale Aufteilung Norddeutschlands in vier Bundesländer zu eng, sie wollen eine „Politik der größeren Dimension“ betreiben, ihnen schweben gemeinsame Aktionen in Bonn oder gegenüber Brüssel vor, und sie wollen Planungsinstrumente für den gesamten norddeutschen Raum schaffen; genauso wie eine einheitliche Energiepolitik. Diese Diskussion läuft

Im Anschluß beschloß der Landtag einstimmig, beide Anträge zur Beratung an den „Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen“ sowie zur Mitberatung an den „Ausschuß für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebiets“ zu überweisen.

unter dem Stichwort „Nordstaat“ und der Präses der Handelskammer Hamburg erklärt ungeduldig: „Wir müssen hin zu einer Politik des Als-ob, einer Politik, als ob es diese Ländergrenzen nicht gebe, soweit dies im Rahmen des Grundgesetzes möglich ist.“ (2) So ihre Kräfte gebündelt, sehen die Konzerne Norddeutschlands in der Expansion nach Skandinavien und Osteuropa ihre spezifische Chance. Die Aussichten lassen Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, frohlocken: „Von Norddeutschland ging einst der mächtige Bund der Hanse aus, mit Stützpunkten von London bis Nowgorod, aber auch weit in den Süden hinein ... — wenn wir alle diesem Geist folgen, wird der Norden wieder Spitze werden.“ (2)

Schon lange verhandeln Konzerne wie der Salzgitter-Konzern oder VW mit der DDR. Expansion gen Osten hat sich VW ganz bewußt zum Ziel gesetzt. Der Vorstandsvorsitzende Hahn erklärte gegenüber der Zeitung „Welt“: „Wir haben ja sehr früh das Thema DDR offensiv behandelt und sind auf fruchtbare Reaktionen gestoßen. Und VW hat sicher eine besondere Position, einschließlich seiner geographischen Lage. Wenn es zu einer Annäherung zwischen Comecon und westlicher Welt kommt, dann liegt Wolfsburg strategisch in der Mitte.“ („Welt“, 9.9.87) VW ist heute ein entscheidender Automobillieferant für Bulgarien, ebenso für Ungarn. Im „Gegenzug“ werden von dort Zulieferteile abgenommen. In der DDR hat VW jetzt einen dicken Coup gelandet: Die DDR wird den Polo in Lizenz nachbauen. Der niedersächsische Energiekonzern Preußen-Elektra baut eine Stromleitung durch die DDR nach Westberlin. In diesem Jahr soll die DDR mit jährlich einer Milliarde Kilowattstunden beliefert werden, ab 1992 Westberlin mit etwa der gleichen Menge. Das konkrete profitliche Interesse und das der Sicherung des Brückenkopfs Westberlin sowie der Stärkung der Abhängigkeit der DDR-Wirtschaft decken sich hier trefflich.

Quellenhinweis: (1) Verlagsbeilage Niedersachsen des Rheinischen Merkur/Christ und Welt, 31.3.89; (2) Beilage Zukunftsstandort Küste, Die Welt, 31.8.88

„Deutsche Frage“

Völkerrechtswidrige Politik „Geraer Forderungen“ einlösen!

Der Staatsratsvorsitzende der DDR Honecker hat im Oktober 1980 als Teil einer in Gera gehaltenen Rede die „Geraer Forderungen“ der DDR an die BRD erhoben: völkerrechtliche Anerkennung und Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider Staaten in Botschaften, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Auflösung der „Zentralen Erfassungsstelle“ in Salzgitter und Anerkennung des Grenzverlaufs in der Flußmitte der Elbe. Honecker betonte: „Jegliches Streben nach einer Revision der europäischen Nachkriegsordnung muß die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten belasten, ja in Frage stellen.“

Diese berechtigten Forderungen hat die DDR am 30. Januar 1985 in einem Artikel im „Neuen Deutschland“ bekräftigt: „Es gibt keinen Staat ohne Staatsbürger ... Beim Abschluß des Grundlagenvertrages konnte man über diese einfache Wahrheit keine Übereinstimmung erzielen, da die Bundesrepublik Deutschland im Widerspruch zum Völkerrecht noch nicht zur Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR bereit war ... Seit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages sind zwölf Jahre vergangen ... Es ist also an der Zeit, daß seitens der bundesdeutschen Regierung Abschied genommen wird von der angeblich ihr übertragenden Obhutspflicht für alle Deutschen und daß sie anerkennt, was ist.“

Erstmals greift die DDR auch das Grundgesetz der BRD zu Recht als völkerrechtswidrig an. Wörtlich heißt es im „Neuen Deutschland“: „Die Berufung der BRD auf Artikel 116, Absatz 1, ihres Grundgesetzes und die damit verbundene Inanspruchnahme von Bürgern der DDR ist völkerrechtswidrig.“

Der GG-Artikel 116 Absatz 1 lautet: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Die politische Opposition gegen den westdeutschen Revanchismus und Expansionismus hat allen Grund, die „Geraer Forderungen“ der DDR zu unterstützen. Die nachträgliche einseitige Revision des Grundlagenvertrags von 1972 durch das Urteil des Bundesverfas-

sungsgerichts von 1973 ist ebenso wie die anderen auf Einverleibung und Vernichtung der DDR zielenden Grundgesetzartikel und Gesetze völkerrechtswidrig. Im übrigen hat die DDR auch international mit ihren Forderungen Unterstützung gefunden: 1960 war sie erst von zwölf Staaten diplomatisch anerkannt: den Staaten des Warschauer Pakts sowie der VR China, Jugoslawien, Nord-Korea und Nord-Vietnam. 1985 war die DDR bereits von 132 Staaten diplomatisch anerkannt, darunter auch von allen NATO-Staaten — mit Ausnahme der BRD.

Der Revanchismus der niedersächsischen Landesregierung

Im Rahmen der aggressiven Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik gegenüber der DDR spielt das Land Niedersachsen mit der von Ernst Albrecht geführten CDU/FDP-Landesregierung eine besonders widerwärtige Rolle. Beharrliche Verweigerung der dem internationalen Recht entsprechenden Anerkennung des Grenzverlaufs in der Flußmitte der Elbe sowie Aufrechterhaltung der „Zentralen Erfassungsstelle“ in Salzgitter sind wichtige Positionen des BRD-Revanchismus.

Die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen“ in Salzgitter wurde im November 1961 auf Beschluß der Justizminister und -senatoren der Bundesrepublik eingerichtet, um „in Ostberlin und in der SBZ begangene Gewaltakte festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können“ (aus: Erlaß des nds. Justizministers v. 15.11.1961). Zu Recht betrachtet die DDR die Erfassungsstelle als „völkerrechtswidrige Einrichtung, die unter Zugrundelegung der Alleinvertretungsanmaßung der westdeutschen Bundesrepublik und der Ausdehnung der westdeutschen Gerichtshoheit Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wegen der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte widerrechtlich verfolgt“ (aus: Informationspapier der Zentralen Erfassungsstelle).

Die niedersächsische Landesregierung gehört zu den entschlossenen Verfechtern der Erfassungsstelle. Als im vergangenen Jahr der Rat der Stadt Salzgitter im Vorfeld einer geplanten Städtepartnerschaft mit Gotha (DDR) in einer Resolution zum Ausdruck brachte, daß er die Auflösung der „Zentralen Erfassungsstelle“ begrüßen würde, schickte Albrecht die Bezirksregierung Braun-

schweig vor, um den Städtepartnerschaftsvertrag für „rechtswidrig“ erklären zu lassen.

Die SPD Salzgitter, die mit einem Mandatsträger der Grünen die Ratsmehrheit stellt, wurde in dieser wichtigen politischen Auseinandersetzung sowohl von der Bundes- als auch von der Landes-SPD kaum unterstützt. Die Arbeit der „Zentralen Erfassungsstelle“ ist durch alleinige Einstellung der Zahlungen seitens der SPD-regierten Länder und Stadtstaaten nicht zu gefährden. Die antirevanchistische Opposition wird sich in Hinblick auf die Landtagswahlen 1990 in Niedersachsen einiges einfallen lassen müssen, um die gegenwärtige parlamentarische Opposition von SPD und Grünen zu einer eindeutigen Zusage zu bringen, alles Erforderliche zur Auflösung der Erfassungsstelle zu tun.

In der Frage der Regelung des Elbe-Grenzabschnitts hat die Bundesregierung anläßlich des Honecker-Besuchs im September 1987 die DDR von der zwischenstaatlichen Ebene abdrängen können und den niedersächsischen (Landes-) Ministerpräsidenten Albrecht zum zuständigen Verhandlungspartner machen können. Mit dem Akzeptieren Albrechts als Gesprächs- und Verhandlungspartner von Seiten der DDR hat die BRD einen weitreichenden Erfolg erzielt, insofern die BRD schon immer der Grenze zwischen beiden Staaten nur die Qualität einer innerstaatlichen Landesgrenze zugesteht.

Albrecht wiederum hat bei verschiedenen Anlässen betont, daß er nicht bereit ist, den Grenzverlauf in der Flußmitte nach üblichem Völkerrecht zu akzeptieren. Stattdessen arbeiten Albrecht und sein Umweltminister Remmers fieberhaft daran, die DDR mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln des wirtschaftlichen und politischen Drucks zu einer „pragmatischen Regelung“ und damit zu einer Vorentscheidung in Sachen Grenzverlauf zu zwingen. Dies läßt deutlich werden, daß die DDR sich auf einen Grenzzustand einlassen soll, wo sie ihren gesamten zivilen und grenzsichernden Flußverkehr mit Duldung der BRD abwickelt — wo sie also selbst beliebig viele schwimmende Vorwände für die zukünftige Anzettelung eines „Grenzzwischenfalls“ liefern soll.

Es ist zu begrüßen, daß die „Geraer Forderungen“ der DDR in den letzten Jahren immer mehr Beachtung und Zustimmung in den politischen Bewegungen gegen den Revanchismus und die Kriegsvorbereitung der BRD gefunden haben. Unter Berücksichtigung der aggressiven, völkerrechtswidrigen Wiedervereinigungspolitik des BRD-Imperialismus ist die Unterstützung der DDR und ihrer berechtigten Forderungen in der Bundesrepublik jedoch noch schwach entwickelt.



Dienstleistungsabend bei Kommunen, Handel, Banken

Für den 5. Oktober haben zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte, aber auch verschiedene Großbanken sowie Bundesbehörden und einige Kommunen angekündigt, daß sie den Dienstleistungsabend einführen wollen. An vielen Orten versuchen Einzelhandel, Banken, Industrie- und Handelskammern, die Kommunen zu Zugeständnissen im öffentlichen Personennahverkehr, bei Amteröffnungszeiten und anderem mehr zu drängen. Das Bundesinnenministerium gab bekannt, daß auch Arbeits- und Postämter künftig Donnerstags bis in den späten Abend geöffnet sein sollen. Konzerne und Regierung setzen alles daran, den Dienstleistungsabend und damit die Arbeit bis spät in den Abend praktisch durchzusetzen.

Ungarn: Eckpunkte für Systemwechsel vereinbart

Die Dreiergespräche zwischen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), neun Oppositionsparteien und den der USAP nahestehenden Organisationen über „Spielregeln“ und Schlüsselgesetze für die sogen. „friedlichen Umwandlung“ des politischen Systems sind abgeschlossen. Der Dachverband der Ungarischen Gewerkschaften (SZOT) hatte kurz zuvor aus Protest seine Vertreter aus dem Trialog zurückgezogen, da ihm kein Rechtsstatus zuerkannt worden war und deutlich geworden sei, daß offenbar die große Masse der Arbeiterschaft aus dem Prozeß der Schaffung künftiger wirtschaftlicher und politischer Bedingungen ausgeklammert werden solle.



Von von Dohnanyi zu Voscherau

Nach einer Treibjagd andersgleichen, bei der sich rechte Sozialdemokraten und die Hamburgs Presselandschaft dominierende Springer-Meute das Wild zutrieben, warf 1981 Bürgermeister Klose (heute Bundesschatzmeister der SPD) das Handtuch. Er hatte etwas von „an Stamokap ist was dran“ verlauten lassen. Sein Nachfolger von Dohnanyi erfand das „Unternehmen Hamburg“, aber er machte auch den Weg frei für die Pachtverträge mit der Hafenstraße. So etwas lassen Hamburgs Kapitalisten wie auch rechte Sozialdemokraten auch keinem Adligen durchgehen. V. Dohnanyi mußte gehen. Sein Nachfolger Voscherau hält seine Vorgänger für Schnacker; er dagegen sei ein Macher. Was macht der Voscherau-Senat?

Spürbare Lohnerhöhungen dringlich

Im März 1990 laufen die Tarifverträge über Lohn, Gehalt und Arbeitszeit in der Metallindustrie nach dreijähriger Laufzeit aus. Die öffentliche Diskussion über den Tariffkampf hat begonnen. Ende Oktober findet der IG Metall Gewerkschaftstag statt. Es ist zu befürchten, daß der Vorstand — wie in dem Vorwort einer Sonderausgabe des „Gewerkschafters“ steht — ausschließlich für die 35-Stunden-Woche und gegen Samstagsarbeit eintritt. Dringend spürbare Lohnerhöhungen, Widerstand gegen die geplanten „ertragsabhängigen“ Löhne und die damit verbundene weitere Zerklüftung der Einkommensstrukturen finden keine Erwähnung. Was ist auf der Lohnseite nötig? Welche Forderungen existieren in Vorbereitung des Gewerkschaftstages?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b.H.
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

- Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
Mittelungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie

--- Nachrichten Chemische Industrie 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe

— Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik

— Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse

— Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik

— Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

— Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM. ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Walldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen für Auslandsberichterstattung, Rudiger Lotzer für Aus Verbänden und Parteien, Martin Lopp für Reportagen und Berichte regional, Gunter Baumann für Aus Kultur und Wissenschaft - Diskussionsbeiträge, Angela Lux für Sozialstatistik, Spezialberichte, Alfred Küstler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie, AGM, der AG Medien in der Volksfront, AGMe, des NH Chemie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront, AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik, AGB, der AG für Kommunalpolitik, AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront, yf

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln - Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken